Mittwoch, 23. Oktober 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 247 - 43. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 140 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitsmarkt: Seit der „Beschäftigungswende" Mitte 1984 sind in der Metallindustrie 181 000 (Stand Ende August) neue Arbeitsplätze geschaffen worden. Wie in früheren Aufschwungperioden habe die Beschäftigung im Produktionsbereich deutlich stärker zugenommen als in der Verwaltung, teilte der Arbeitgeberverband Gesamtmetall mit. (S. 11)

Wahlen: Die niedersächsische Landesregierung hat den 15. Juni 1986 als Termin für die Landtagswahlen bestimmt. Die Kommunalwahlen sollen am 5. Oktober 1986 stattfinden.

Sprecher: Neuer sozialpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und damit Nachfolger des verstorbenen Haimo George wurde der hessische CDU-Abgeordnete Bernhard Jagoda.

Anschlag: Politische Motive vermutet die Polizei hinter dem Anschlag auf das Hamburger Redaktionsbüro der linken „tageszeitung" (taz). Die Täter zerstörten Mobiliar, Produktionsgeräte und Fensterscheiben. (S. 4)

Gipfel: In Sofia begann gestern der Gipfel der sieben Warschauer-Pakt-Staaten. Beherrschendes Thema dürfte die bevorstehende Begegegnung zwischen Gorbatschow und Reagan sein.

Drohung: Mit einem Exportstopp für Chrom hat der südafrikanische Präsident Botha den USA und Europa als Antwort auf Sanktionsbeschlüsse gedroht. „Wenn Südafrika seine Chrom-Exporte zurückhält, würde eine Million Amerikaner ihre Arbeit verlieren und die Autoindustrie in Europa zum Stillstand kommen", sagte Botha. (S. 5)

Craxi: Der wieder mit der Kabinettsbildung beauftragte italienische Ministerpräsident hat seine erste Konsultationsrunde mit allen im Parlament vertretenen Parteien beendet, ohne einen Durchbruch zu erreichen. (S. 7)

Afghanistan: 60 000 bis 70 000 sowjetische und afghanische Soldaten sind nach Angaben des pakistanischen Präsidenten Ziaul Haq seit der Besetzung des Landes durch die Rote Armee getötet oder verwundet worden.

Kandidatur? Die Witwe des ermordeten philippinischen Oppositionsführers Aquino erwägt, im Falle vorgezogener Präsidentschaftswahlen gegen Präsident Marcos anzutreten.

Asyl: Die Zahl der Asylbewerber in West-Berlin hat den bisher höchsten Stand erreicht. In den ersten neun Monaten gingen 17 362 Anträge ein.

Willkür in Honeckers Gefängnissen

Der Besuch der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der „DDR" oder das Briefeschreiben an Freunde im Westen können als eine „ungesetzliche Verbindungsaufnahme" ausgelegt und mit Freiheitsstrafen geahndet werden. In der dritten und letzten WELT-Artikelfolge werden die inhumanen Haftbedingungen, wie etwa „Tigerkäfig"-Zellen in den Zuchthäusern Erich Honeckers beschrieben. Seite 3

WIRTSCHAFT

Teilzeit: 20 bis 25 Prozent der Vollzeitbeschäftigten in der Bundesrepublik streben nach Erkenntnissen des Bundesarbeitsministeriums eine Teilzeitarbeit an. Würden entsprechende Voraussetzungen geschaffen, könnte der Arbeitsmarkt spürbar entlastet werden. (S. 11)

Stahlmarkt: „Tief besorgt" hat sich der EG-Ministerrat über die starre Haltung der USA in den Verhandlungen mit der Gemeinschaft geäußert. (S. 11)

Atomenergie: Ein Plädoyer für den Schnellen Brüter in Kalkar hielt Bundesforschungsminister Riesenhuber auf dem Kongreß „Kraftwerk '85" in Essen. Kalkar sei eine Aufgabe, die heute für die übernächste Generation gelöst werden müsse. (S. 11)

Börse: Von Sonderbewegungen abgesehen, beherrschten Gewinnmitnahmen das Geschehen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war schwächer. WELT-Aktienindex 237,71 (238,37). BHF-Rentenindex 104,381 (104,550). Performance Index 105,571 (107,715). Dollarmittelkurs 2,6410 (2,6311) Mark. Goldpreis pro Feinunze 327,75 (326,15) Dollar.

KULTUR

Ausstellung: „Apokalypse – Ein Prinzip Hoffnung?" ist der Titel einer Ausstellung, mit der das Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen Ernst Bloch zum 100. Geburtstag ehren will. Das Unternehmen ist mißglückt, es erweist sich als eine Summe von Mißverständnissen. (S. 21)

Shakespeare: Es gibt kaum ein Theater, das in einem Provinznest zu Hause und doch für die ganze Welt ein Begriff ist. In 25 Jahren hat sich die Royal Shakespeare Company, groß geworden in Stratford-upon-Avon, zum zweiten Nationaltheater Englands „hochgespielt". (S. 21)

SPORT

Tennis: Wimbledonsieger Boris Becker gelang zum Auftakt des Grand-Prix-Turniers von Tokio ein leichter 6:2, 6:0-Sieg über den Amerikaner Bud Schultz. In der zweiten Runde trifft er morgen auf John Sadri (USA). (S. 8)

Fußball: Franz Beckenbauer rechnet nicht mit einem Comeback Bernd Schusters in der deutschen Nationalmannschaft. Schuster bleibe nach wie vor bei seiner Ablehnung, bestätigte der Teamchef in einem Interview. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Telefon: Auf einen Schlag werden in Frankreich in der Nacht von Freitag auf Samstag alle Telefonnummern umgestellt. Bisher sechs- oder siebenstellige Nummern werden zu achtstelligen geändert. 20 000 Techniker müssen für die Großoperation eine Sonderschicht einlegen. (S. 22)

Bankier: Voraussichtlich morgen entscheidet sich, ob der des Betrugs und der Untreue verdächtigte Graf von Galen gegen eine Kaution von 16 Millionen Mark aus der Haft entlassen wird. (S. 22)

Wetter: Nach Nebelauflösung sonnig. Um 10 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Signal aus Ost-Berlin: Honecker erwägt Besuch im Dezember

Aber Unsicherheit in der „DDR"-Führung / Gipfeltreffen wird abgewartet

HANS-R. KARUTZ, Bonn/Berlin

Die „DDR"-Führung richtet sich offenbar darauf ein, bei einem halbwegs günstigen Verlauf des Gipfeltreffens Reagan/Gorbatschow in Genf auch kurzfristig die seit langem geplante Reise Erich Honeckers in die Bundesrepublik Deutschland anzusetzen. In Berlin gibt es Signale aus diplomatischen Kreisen, eine derartige Visite könnte noch vor Weihnachten – im ersten Dezember-Drittel – möglich sein.

Ursprünglich hatte es als „Ersatz" für eine Bonn-Reise des Staatsratsvorsitzenden schon im Frühjahr 1985 die Überlegung gegeben, Honecker könnte als Gast der 40-Jahr-Feiern der UNO in New York auf dem Rückflug in Bonn Station machen (die WELT berichtete darüber). Die relativ kurzfristig von Michail Gorbatschow angesetzte Tagung des Politischen Ausschusses des Warschauer Pakts vom 21. bis 23. Oktober in Sofia durchkreuzte jedoch derartige denkbare Terminpläne Honeckers.

Als sein Vertreter im Staatsrats-Vorsitz nahm nun Gerald Götting, Vorsitzender der Ost-CDU, an den UN-Feierlichkeiten teil. Am Rande eines Empfangs von New Yorks Oberbürgermeister Koch traf Götting mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher zusammen. Dabei dürfte die Entwicklung der deutsch-deutschen politischen Geschäfte in den nächsten Monaten zur Sprache gekommen sein.

Auf Ostberliner Seite mehren sich die Anzeichen für eine zumindest vorübergehende Verhärtung des eigenen Standpunktes. Ob dabei die soeben gescheiterte Übereinkunft der beiden Koalitionsfraktionen und der SPD über eine neuerliche Deutschland-Resolution eine Rolle spielt, ist offen. Möglicherweise fehlte es auch an eigener Steuerung, weil das zuständige Politbüro-Mitglied Herbert Häber erkrankt war.

Auf Berliner Ebene sind jedoch von der „DDR"-Seite mehrere rote Signale ausgesandt worden:

- So liegt eine fertig ausgehandelte Übereinkunft über einen Austausch von Gebietsflächen an der Sektorengrenze der Stadtgrenze zur „DDR" weiterhin auf Eis, obwohl die Unterzeichnung der „DDR" Devisen einbringen würde.
- Ein Gespräch zwischen den beiderseitigen Besuchsbeauftragten, Gerhard Kunze (West), und Walter Müller (Ost), ist von der anderen Seite kurzfristig abgesagt worden.
- Eine bereits verabredete neue Unterredung zwischen Berlins Senatskanzleichef Detlef Stronk und dem für die Gestaltung der 750-Jahr-Feiern in Ost-Berlin zuständigen Kultur-Staatssekretär Walter Löffler über Termin-Abstimmungen der Feiern wurde ebenfalls kurzfristig abgesagt.
- Die östliche Seite ließ im August und September 1985 weniger Personen im arbeitsfähigen Alter in dringenden Familienangelegenheiten in den Westen reisen als im selben Zeitraum 1984. Darauf machte Berlins Bundessenator Rupert Scholz öffentlich aufmerksam.
- Ost-Berlin scheint zur Zeit außerdem weiterhin nicht bereit zu sein, das fertig ausformulierte Rahmenabkommen über einen Kulturaustausch zu unterzeichnen. Angeblich steht auch kein Termin für eine weitere Begegnung der beiden Verhandlungsdelegationen fest.

In der Berliner Senatskoalition wächst – vornehmlich von seiten der Freien Demokraten – der Druck auf Bonn, endlich mit Zahlen über denkbare Projekte „überzukommen". FDP-Fraktions- und Parteichef Rasch sagte zur WELT: „Bonn muß wissen, Deutschlandpolitik kostet auch Geld."

DER KOMMENTAR

Hussein weicht aus

PETER M. RANKE

Das Friedensangebot des israelischen Ministerpräsidenten Peres, der nicht einmal mehr den von König Hussein geforderten internationalen „Schirm" für direkte Verhandlungen ablehnt, hat den Jordanier in eine schwierige Lage gebracht. Er kann nicht direkt nein sagen, sonst ist die neue amerikanische Waffenhilfe von 1,9 Milliarden Dollar nicht im Kongreß durchzusetzen. Er kann auch nicht einfach ja sagen, sonst bricht er den antiisraelischen Konsens der arabischen Welt und zieht die Mörder auf sich.

Also muß er ausweichen und unannehmbare Vorbedingungen stellen – wie seit 1967. Er erspart damit den Israelis vielleicht eine Regierungskrise zwischen Likud und Arbeiterpartei, aber er verpaßt dann auch die „letzte Chance", die er selbst beschworen hat.

Wenn Hussein direkt über Frieden mit Israel verhandeln würde, hätte er sofort die Syrer gegen sich. Und die angeblich so prowestlichen Saudis. Denn Riad hat warnend erklärt, weder Syrien noch Jordanien würden einen Separatfrieden mit Israel schließen. Auch von Mubarak kann Hussein keine Rückendeckung erwarten, denn der Ägypter grollt mit Amerika und Israel und bereitet heimlich eine Staatsvisite in Moskau vor. Die arabische Basis für Friedensverhandlungen mit Israel ist zu schwach, sie trägt Hussein nicht.

Im Grunde weiß das auch Shimon Peres. Aber er will gegenüber den Amerikanern für Klarheit sorgen, auch gegenüber westlichen PLO-Sympathisanten. Hussein ist friedenswillig, wie seine Politik der offenen Brücken am Jordan und seine Kontrolle der PLO beweisen, aber er ist allein nicht friedensfähig. Das verhindern angeblich so prowestliche Freunde wie Ägypten, Saudi-Arabien oder auch Syrien und Irak, die dafür reich mit Waffenlieferungen belohnt werden.

Peres riskiert Krise in Jerusalem

Direkte Gespräche mit Jordanien vorgeschlagen / Weitgehende Zugeständnisse

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Israels Ministerpräsident Shimon Peres ist mit seiner Rede vor der UN-Vollversammlung mit außenpolitischen Zugeständnissen an die Gegner Israels so weit gegangen, daß er einen Zusammenbruch seiner Koalition mit dem Likud-Block gerade noch abwehren kann, ihm aber bei seiner Heimkehr nächste Woche ein Kabinettsungewitter bevorsteht.

Dabei hatte er gerade noch im letzten Moment aus dem Entwurf seiner lange erwarteten Rede eine einseitige Erklärung über die Beendigung des Kriegszustandes mit Jordanien herausgestrichen. Wie es im israelischen Rundfunk hieß, unterließ er dies, weil „Israel nicht allein für den Kriegszustand verantwortlich ist".

Mit seiner Rede lieferte Peres jedoch eine Basis, auf der König Hussein weiterbauen könnte – falls dieser nicht nur den Willen, sondern auch die politische Energie zu dessen Durchsetzung hat. Dies allerdings ist noch fraglich. Die Zugeständnisse, die Israel nach den Worten von Peres zu machen bereit ist, sind in der Tat beachtlich:

- PLO-Mitglieder an sich gelten nicht mehr als unannehmbare Verhandlungspartner. Peres sprach von „Palästinensern, die als Männer des Friedens, nicht als Männer des Terrors kommen". Diese Definition ist vage, anscheinend mit Absicht.
- Peres sprach über die Möglichkeit von „Grenzziehungen" im Rahmen von Interimsregelungen oder permanenten Abkommen mit Jordanien. Eine Grenzziehung beinhaltet die Möglichkeit von Gebietsverzichten – sogar vor einem regelrechten Friedensvertrag.
- Der von der arabischen Seite geforderte „internationale Rahmen" für Verhandlungen mit Israel könnte, so Peres, „für die Aufnahme" der Verhandlungen zugelassen werden, nicht aber für die eigentlichen Verhandlungen, die „direkt und ohne Vorbedingungen" geführt werden müssen.

Die Sowjetunion wäre auch von einem solchen internationalen Rahmen ausgeschlossen, doch formulierte dies Peres positiv statt wie bisher ablehnend: „... Wir finden, daß Staaten, die keine diplomatischen Beziehungen mit uns unterhalten, eine solche Rolle nicht spielen können ..."

Die positive Einstellung war überhaupt kennzeichnend für Peres' Rede und gab zur Vermutung Anlaß, daß sie weniger für die noch lange nicht aufnahmebereiten arabischen Ohren, sondern in erster Linie für die amerikanische Öffentlichkeit bestimmt war. Er wollte beweisen, daß Israel auch zu schmerzvollen Verzichten bereit ist, und hat jetzt König Hussein unter Zugzwang gestellt.

Lautstarke Reaktionen von seiten des nationalistischen Koalitionspartners „Likud" waren schon gestern bis Washington zu hören. Handelsminister Arik Sharon fand „keinerlei Ähnlichkeit zwischen Peres' Rede und dem Koalitionsabkommen". Der Vertreter der Rechtsopposition in der Knesset, Abg. Yuval Ne'eman, sagte schlicht: „Nach unserer Ansicht ist Peres' Plan eine Katastrophe". (SAD)

Waffenverkauf an Jordanien im Widerstreit

DW. Washington

US-Präsident Ronald Reagan hat den Kongreß offiziell davon verständigt, daß er Jordanien Kampfflugzeuge und Raketen im Wert von 1,9 Milliarden Dollar verkaufen will. Es gilt allerdings als fast sicher, daß die Abgeordneten ihr Veto gegen dieses Geschäft einlegen werden, wozu sie jetzt 30 Tage Zeit haben. Noch in der vergangenen Woche hatte Reagans republikanischer Parteikollege Richard Lugar, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat, der Regierung eine Niederlage durch Parlamentarier vorausgesagt: Sie sehen in dem Verkauf eine mögliche Bedrohung Israels. Die Regierung vertritt dagegen die Auffassung, der Waffenhandel sei notwendig als Vertrauensbeweis für Jordaniens König Hussein. Außerdem müsse Jordanien in der Lage sein, sich gegen Gegner der amerikanischen Friedensbemühungen wie das Nachbarland Syrien zu behaupten, sagte ein Regierungsvertreter.

Bundespräsident verwendet sich für neue Technologien

DW. Osnabrück

Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat an die Wirtschaft appelliert, sich im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit verstärkt neuen Technologien zu öffnen. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte der Bundespräsident, Länder wie Amerika und Japan, die frühzeitig neue Technologien eingeführt hätten, seien besser mit dem Problem der Erwerbslosigkeit fertiggeworden. „Daraus sollten wir lernen", betonte der Bundespräsident. Es sei „ganz ausgeschlossen", daß Betriebe, Regionen oder Staaten international konkurrenzfähig blieben, ohne sich die neuen Technologien zu eigen zu machen. „Wir alle, die wir Verantwortung tragen, müssen dafür eintreten, daß in dieser Richtung weitergearbeitet wird." Weizsäcker erklärte: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit kann nur mit, nicht gegen neue Technologien geführt werden."

Kohl: Europäische Interessen wahren

Vor dem Genfer Gipfel präzisiert der Kanzler seine Zielvorstellungen / Gespräch mit Reagan

GÜNTHER BADING, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl will in den New Yorker Vorgesprächen für das Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow darauf dringen, daß die europäischen Interessen in den Verabredungen der Supermächte nicht zu kurz kommen. In den ganztägigen Beratungen mit den europäischen Verbündeten am morgigen Donnerstag wird zunächst Reagan seine Strategie für den Genfer Gipfel am 19. und 20. November in Genf darlegen. In der Aussprache darüber will der Kanzler dann folgende Punkte deutlich machen:

- Diese von ihm seit Jahren geforderte Begegnung der beiden mächtigsten Poltiker der Welt sollte zum Auftakt weiterer Gipfeltreffen, zu einer Verstetigung des Dialogs auf höchster Ebene führen.
- Von Genf müßten Impulse ausgehen für alle anderen Verhandlungsrunden, von den Gesprächen über die Chemie-Waffen bis zu bilateralen Ost-West-Beziehungen, von Umweltschutzfragen bis zu den Menschenrechts-Problemen. Werde Genf zum Erfolg, so stehe eine „rege Reisetätigkeit" auch zwischen Mittelmächten und kleinen Staaten in Ost und West zu erwarten.
- In den Spitzengesprächen muß sichergestellt sein, daß Europa dasselbe Recht auf Sicherheit habe wie die Großmächte. Es dürfe keine Zonen unterschiedlicher Sicherheit geben. Die strategische Einheit des NATO-Bündnisses müsse gewahrt bleiben. Es gehe um eine größtmögliche Beseitigung und Minderung der Bedrohung auch durch die speziell auf Europa gerichteten Systeme wie etwa die sowjetische SS-20.
- Kohl will die Notwendigkeit einer westlichen Reaktion auf die jüngsten sowjetischen Abrüstungsvorschläge betonen. In Genf müsse ein Gegenvorschlag eingebracht werden, der auch die Unausgewogenehit der sowjetischen Pläne offenlege.

Der nächste große Themenkomplex, der sowohl bei dem NATO-Gespräch als auch in der Zweier-Begegnung mit Präsident Reagan am Freitag eine Rolle spielen wird, ist die amerikanische Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Der Kanzler will dabei:

- das deutsche Interesse an Form und Inhalt einer möglichen Kooperation zwischen deutschen Industriefirmen und Forschungseinrichtungen mit Firmen und Instituten in den USA bekräftigen,
- auf die Notwendigkeit einer restriktiven Interpretation des ABM-Vertrages (über die Begrenzung der Raketenabwehr) für SDI verweisen.

In der Unterredung mit Reagan werden nach Ansicht informierter Kreise in Bonn auch die wirtschaftlichen Beziehungen eine Rolle spielen. In New York wird der Kanzler auch mit UN-Genersalekretär Perez, den Regierungschefs Israels, Chinas und Indiens sowie mit dem sowjetischen Außenminister zu Gesprächen zusammenkommen.

SPD bringt die Entschließung ein

p. p. Bonn

Die SPD-Bundestagsfraktion wird die ursprünglich als gemeinsamer Entschließungsantrag von CDU/CSU, SPD und FDP ausgehandelte Erklärung zur Deutschlandpolitik als eigenen Antrag einbringen. Die Koalitions-Fraktionen waren nach internen Diskussionen von der Initiative abgerückt.

Schäuble hatte darüber hinaus klargestellt, daß die Koalition an den bisherigen Grundsätzen der Deutschlandpolitik festhalte und „wir das nicht jedes Jahr neu zu beschließen brauchen". Die Koalitions-Fraktionen wollen einen eigenen Antrag vorlegen, der allerdings nur aus der Bekräftigung der vor einem Jahr festgehaltenen Grundsätze besteht.

Mißtrauensantrag gegen Börner

DW. Wiesbaden

Der Hessische Landtag wird morgen über einen Mißtrauensantrag von CDU und FDP gegen die SPD-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Holger Börner abstimmen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde stellte gestern während einer Regierungserklärung Börners den Antrag nach Paragraph 114 der hessischen Verfassung, der die Unterschrift der 52 Abgeordneten der Oppositions-Fraktionen trägt. Der Ministerpräsident hatte die Opposition selbst zu diesem Schritt aufgefordert und zugleich das Verlangen der CDU nach einer Ablösung von Innenminister Horst Winterstein zurückgewiesen.

Seiten 2 und 10: Weitere Beiträge

Handelt das ZDF verfassungswidrig?

GERNOT FACIUS, Bonn

1961 brachten Hessen, Hamburg, Bremen und Niedersachsen Konrad Adenauers ehrgeizige Pläne einer Deutschland-Fernsehen-GmbH zu Fall; das Bundesverfassungsgericht verwies die Rundfunkhoheit in die Kompetenz der Länder. Wiederholt sich jetzt ein Rundfunkstreit, nur daß diesmal der Bund der Sieger ist? Medien- und Verfassungsrechtler im Bundesinnenministerium sind der Ansicht, daß das vom ZDF, dem Österreichischen Rundfunk und der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft veranstaltete Satellitenprogramm „3 SAT", verfassungswidrig ist. Denn, mit „3 SAT" werde in die Kompetenzen des Bundes für die Veranstaltungen von Auslandsrundfunk eingegriffen.

Rundfunk als Ländersache, meinen Zimmermanns Experten, „kann nach Auffassung des Bundes nämlich nur die Veranstaltung von Rundfunk sein, der allein oder auch ganz überwiegend auf die Bevölkerung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland gerichtet ist". Die Zuständigkeit der Länder sei nach dem Territorialprinzip „auf die jeweils eigenen Landesgrenzen beschränkt". Ein einzelnes Land wäre daher nicht einmal befugt, in anderes Bundesland Rundfunk abzustrahlen, es sei denn, ein Staatsvertrag der Länder – Beispiel ZDF – ließe das zu. Unter diesem Aspekt betrachtet, gewinnt eine Überlegung an Bedeutung, die ein kompetenter Medienexperte des Innenministeriums gegenüber der WELT so umriß: Würde ein Gebührenzahler gegen diese grenzüberschreitenden Sendungen klagen, hätte er wahrscheinlich die Rechtsprechung auf seiner Seite. Denn die Rundfunkzuständigkeit der Länder ende auf jeden Fall „an den Grenzen der Bundesrepublik Deutschland".

Dabei ist es keineswegs so, daß diese Bonner Experten eine Bundeskompetenz für den Rundfunk beanspruchen. Sie sind nur der Meinung, bei einer verfügbaren Technik, die „die Grenzen sprengt, sollte der Bund mit ins Boot genommen werden". Die Überlegungen sind Bestandteil einer „Konzeption des Bundes für die Medienordnung der Zukunft", über die von der politischen Spitze des Innenministeriums bald eine Entscheidung gefällt werden soll. Denn das Bundeskabinett hat Zimmermann im Frühjahr beauftragt, bis Ende dieses Jahres eine Konzeption vorzulegen. Von Länderseite werden derartige Pläne freilich mit Argwohn verfolgt.

Beim ZDF zeigte man sich gestern noch zurückhaltend. Pressesprecher Fritz Hufen bestätigte allerdings der WELT: „Uns ist klar, daß eine solche Ausarbeitung existiert, aber die kennt hier noch kein Mensch." Deshalb wolle sich das ZDF zu „dieser möglicherweise hochbrisanten Angelegenheit im Verhältnis zwischen Bund und Ländern noch nicht äußern".

G

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Volles Programm

Von Günther Bading

Der Kanzler hat ein volles Programm in New York. Neben den ganztägigen Beratungen mit dem amerikanischen Präsidenten und den anderen NATO-Partnern über die westliche Gesprächslinie beim Gipfeltreffen Reagans mit Gorbatschow Ende November in Genf sind noch eine Reihe von Unterredungen mit Regierungschefs anderer Nationen und mit dem sowjetischen Außenminister geplant. Der Kanzler, das ist offenkundig, ist ein gefragter Gesprächspartner. Auch für Ronald Reagan, mit dem er am Freitagvormittag unter vier Augen konferieren wird. Was immer über das Zustandekommen dieser Begegnung geredet worden ist, es bleibt dabei: Der amerikanische Präsident will mit dem immer noch zuverlässigsten Verbündeten in Europa sprechen, bevor er den sowjetischen Parteichef trifft.

Kohl will noch einmal deutlich machen, daß die europäischen Interessen nicht zwischen den Supermächten zerrieben werden dürfen. Bei Reagan rennt er damit weit offene Türen ein. Der Präsident hat nicht die Absicht, das ist aus jeder seiner Reden erkennbar, Europa in irgendeiner Form abzukoppeln. Auch nicht bei der nur auf dieser Seite des Atlantiks immer wieder mit der Zusatzvokabel „umstritten" versehenen Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI).

Was hier allerdings not tut, ist ein klärendes Wort des Bundeskanzlers. Amerikanische Politiker, zunehmend auch die Öffentlichkeit, sind verunsichert durch den Meinungsslalom so manchen deutschen Politikers in Sachen SDI. Dabei ist die Beschlußlage klar. In der Wort für Wort mit Außenminister Genscher abgesprochenen Regierungserklärung vom April hat Kohl die Rechtmäßigkeit der SDI-Forschung unterstrichen; der Bundestag hat die Forschung als „grundsätzlich wünschenswert" gebilligt. Dennoch werden, auch aus dem Außenamt, immer wieder Zweifel an SDI vorgebracht.

Auch die Interessenlage der deutschen Wirtschaft ist klar. Man drängt auf Beteiligung. Und man weiß, daß der amerikanischen Seite schon aus Sicherheitsüberlegungen daran gelegen ist, Verträge mit deutschen Firmen oder Instituten in ein von der Regierung garantiertes Abkommen zu stellen. Ein klares Wort des Kanzlers sollte spätestens nach seinem Treffen mit Reagan möglich sein.

Januskopf

Von Carl Gustaf Ströhm

Zum Auftakt der Gipfelkonferenz des Warschauer Pakts in Sofia – gewissermaßen als Begrüßung der Partei- und Staatschefs – hat die Zeitung des bulgarischen kommunistischen Jugendverbandes militante Töne angeschlagen. Offenbar mit Blick auf manche osteuropäischen Parteiführer, die insgeheim eine Auflösung des Militärbündnisses wünschen (weil sich dadurch ihr politischer Freiraum erweitern könnte), erklärte „Narodna Mladesch", eine Auflösung des Warschauer Pakts komme nicht in Frage, weil er die einzige „reale Macht" sei, welche sich der „imperialistischen Kriegsmaschinerie" entgegenstellen könne.

Zugleich gab die Jugendzeitung im Namen der bulgarischen Armee eine Versicherung ab: Sie sei bereit, „gemeinsam mit den anderen Armeen des Bündnisses ihre nationale und internationalistische Pflicht zum Schutz des Sozialismus zu erfüllen". Was die *nationale* und was die *„internationalistische"* Pflicht in diesem Fall ist, kann beliebig interpretiert werden. Es war einst die „internationalistische Pflicht" der Länder des Warschauer Pakts (außer Rumänien), über die Tschechoslowakei herzufallen und dort die Breschnew-Doktrin vorzuexerzieren.

Wenn am Schluß des Sofioter Treffens ein Friedensappell erlassen wird, *sollte man nicht nur den schönen Deklarationen* lauschen, sondern auch an solche inoffiziellen, aber ernstzunehmenden Erklärungen denken. Die neue Kreml-Führung trägt einen Januskopf: Auf der einen Seite hört man von Modernisierung und vermutet sogar einen gewissen Realismus bei Gorbatschow – auf der anderen Seite hat der neue Kreml-Chef harte Bandagen für jene bereit, die ihm nicht gehorchen wollen. Vor dem Abflug nach Sofia gelang es Gorbatschow, einen seiner potentiellen Rivalen, den Moskauer Parteichef Viktor Grischin, zu demütigen. Grischin mußte in einem Leserbrief an die Zeitung „Sowjetskja Rossija" bekennen, Schwindeleien im Wohnungsbau gedeckt zu haben. Man darf gespannt sein, ob Gorbatschow demnächst auch osteuropäische Partei-Führer ähnlich hart anfassen wird.

Börner am seidenen Faden

Von Dankwart Guratzsch

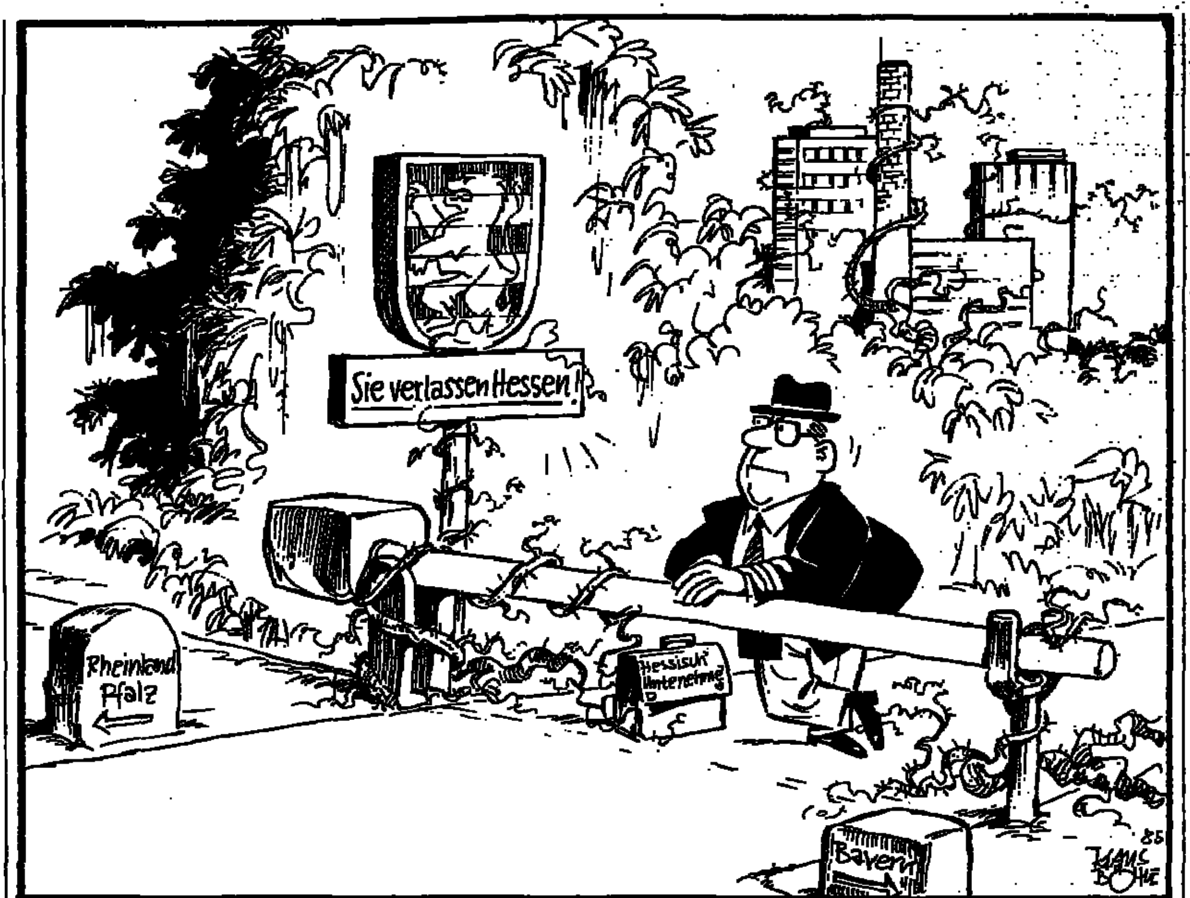
Der Mißtrauensantrag im Hessischen Landtag trifft Holger Börner wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Mitten in der Verlesung seiner Regierungserklärung mußte der Ministerpräsident sein Redekonzept ändern. Die Polemik gegen eine Opposition, deren Vorstöße nur „deklamatorischen Charakter" hätten, war hinfällig geworden.

CDU und FDP haben den Antrag eingebracht, weil sie in letzter Minute eine rot-grüne Koalition verhindern wollen. Sie sehen eine schwerwiegende Gefährdung der hessischen Wirtschaft, aber auch des Konsenses der demokratischen Parteien voraus, wenn die Grünen Zugang zu politischen Schaltstellen erhalten und die Energie- und Umweltpolitik bestimmen. Um mit ihrem Antrag Börner zu stürzen, brauchen sie vier Stimmen von SPD und/oder Grünen.

Es ist die vorletzte Möglichkeit, die Koalition zu verhindern. Vorgestern haben bereits die SPD-Führungsgremien und die Landtagsgruppe der Grünen zugestimmt, am Sonntag muß noch die grüne Landesmitgliederversammlung die Koalition billigen. Mitten in diesen „Fahrplan" platzt nun der Mißtrauensantrag, über den morgen abgestimmt werden soll.

CDU und FDP hoffen dabei auf den gewerkschaftlichen Flügel der SPD. In den vergangenen Tagen hatten führende Gewerkschafter wie DGB-Chef Breit und IG-Chemie-Chef Rappe in zum Teil wenig verklausulierten Äußerungen Verständnis für die Sorgen führender Industrieller signalisiert. Aber auch SPD-Politiker aus anderen Bundesländern, unter ihnen die Spitzenkandidaten Rau und Schröder, erteilten dem hessischen Modell eine Absage. Und selbst bei den Grünen gibt es einen „Abweichler", dessen Abstimmungsverhalten schwer berechenbar ist: den *„fundamentalistischen"* Abgeordneten Kuhnert, der schon mehrfach gegen die eigene Fraktion gestimmt hat und in der Koalitionsvereinbarung einen „Verrat an Basis und Wählern" der Grünen sieht.

Börners Hoffnung, Stabilität zu gewinnen, hängt also am seidenen Faden. Ob er der Zerreißprobe standhält, daran wird sich nicht nur Börners politisches Schicksal entscheiden.



„Das bringt mich doch glatt auf eine Idee!" KLAUS BÖHLE

Der grüne Spagat

Von Detlev Ahlers

Am Sonntag entscheidet die hessische grüne Mitgliederversammlung für oder gegen die rot-grüne Koalition. Aber der überwölbenden Frage „Wie hast du's mit dem Parlamentarismus?" wird sie wohl wieder ausweichen.

Die Bündnisfrage ist deswegen nur taktischer Natur; die Antwort, wie immer sie ausfällt, geprägt von der „Existenzangst", unter der nach Ansicht des Bundestags-Fraktionssprechers Christian Schmidt die Grünen leiden – unter der Angst, zu zerbrechen, wenn sie nicht in den nächsten Bundestag kommen. Es ist paradox: Eine Partei, die nur halbherzig in die Parla*mente kam, macht* jetzt ihre Parlamentszugehörigkeit zur Überlebensfrage.

Die Grünen wollten von Anfang an nur ein Spielbein in den Parlamenten haben, während das andere in der außerparlamentarischen Opposition mitmarschiert. Doch wo der letzte Bundeskongreß „alle Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung" offenhielt, wagte man kein Wort dazu, wie umstritten in der Partei überhaupt die parlamentarische Mitwirkung ist. Alle grünen Programme fordern Wirtschafts- und Sozialräte, Basis- und Rätedemokratie; die parlamentarische Demokratie wird in der Regel abfällig behandelt, zum Beispiel im hessischen Programm: „Wir machen uns keine Illusionen, unsere Politik durch Parlamente zu verwirklichen."

Dennoch soll es dort nun sogar eine Regierungsbeteiligung geben. Dabei können die Grünen einen Beschluß für oder gegen Regierungsbeteiligung nicht bindend fassen, im Gegenteil: Ein grüner Minister muß mit Besetzungen und Blockaden seines Hauses durch Parteifreunde rechnen. Jeder seiner Kompromisse ist in ihren Augen „Reparatur eines Systems der Repression, das überflüssig gemacht werden muß" (Petra Kelly), selbst gute Entscheidungen sind schlecht, denn sie bewirken „eine bedenkliche Steigerung der Akzeptanz des Systems" (Rainer Trampert). Im Programm des hessischen SPD-Bündnispartners steht: „Gesetzesverletzungen können bis zur gezielten Sabotage gehen, wenn andere Mittel nicht mehr greifen."

Andere Mittel – bedeutet das nun auch die Lahmlegung der Industrie *durch ein Ministerium?* Für die Unternehmen ist es ein schwacher Trost, daß jetzt gewitzelt wird, anderswo werde sechs Wochen verhandelt und drei Jahre Koalition gemacht, in Hessen sei es wohl umgekehrt. Gleichviel, wie lang die Koalition hält; der Versuch, sie herzustellen, zeigt die Entwicklung eines wirtschaftsfeindlichen Klimas an, zu dem schon Hoechst und andere Firmen Stellung genommen haben. Der Druck auf die Grünen wird dadurch nicht geringer; immerhin haben sie nicht nur Parlamentarismus-Gegner als Wähler, sondern auch solche, die dazu neigten, die Grünen als „frischen Wind im Parlament" zu sehen.

Diese merken nun unvermeidlich, daß sie Sturm ernten könnten. Die in der alternativen „tageszeitung" gestern geäußerte Freude: „Da braucht man, scheint's, nur einen Joschka Fischer auf einen Ministersessel zu setzen, und die größten Umweltschweine der Na*tion flüchten wie die Vampire vor* der Knoblauchzehe", trifft die Stimmung großer Teile der Grünen, wird aber auch nicht wenige verschrecken. Hermann Rappe von der IG Chemie warnte: „Ich fürchte, daß viele Stammwähler, vor allem Facharbeiter, Fragen an die SPD stellen werden." Diese Fragen müßte die SPD an den Unsicherheitspartner weitergeben.

Zu Anfang der Bundestags-Legislaturperiode half die Friedensbewegung über den Zwiespalt der Grünen hinweg, weil das Schlag*wort „Gewaltfreiheit" das Umfeld* vereinte. Es bestand der kollektive Wille, diesmal nur, dafür aber nachhaltig, am Nötigungsparagraphen zu rütteln. Und noch heute feiern die Grünen Gerichts-Urteile, die ihre Linie bestätigen: Wer den Weltuntergang verhindert, hat auf den Straßen Vorfahrt und Vorsitz. Doch mit dem Abflauen der Friedensbewegung sank die Hoffnung, mit getrenntem Marschieren in *Parlamente* und davor die Beschlüsse der Mehrheit zu schlagen.



Grüne und Parlament: „Demonstration" im Bundestag während der *Nachrüstungsabstimmung* am 22. November FOTO: DPA

Der ursprüngliche Charme der Grünen, eine Nein-Sager-Bewegung zu sein und deswegen eine reine Lehre zu vertreten, ist ein Geburtsfehler, der sie daran hindert, ja zu sagen – und *darauf kommt* es in den Parlamenten an. Das Dilemma der Mitgliederversammlung in Hessen ist, daß das Ja spaltet. Bereits 1982 klagten in Hamburg Gruppen, die sich für Frauenhäuser oder gegen die Hafenerweiterung, für Stadtteilzentren oder gegen Häuserabriß zusammengetan hatten, daß sie für „irgendwelche fernen Wahlen" eingespannt und von ihrer Berufung abgelenkt würden. Wenn die Grünen bei der Bundestagswahl unter fünf Prozent bleiben, werden diese Gruppen jede *für sich zählen, was nach dem* parlamentarischen Zwischenspiel übriggeblieben ist.

Im September ermittelte Emnid, daß die Grünen bundesweit bei sechs Prozent liegen. Vor der Bundestagswahl wird 1986 noch in Niedersachsen (Juni), Bayern (Oktober) und Hamburg (November) gewählt. Heute kämen die Grünen nur in Hamburg sicher über fünf Prozent, in Bayern sicher nicht, in Niedersachsen steht es derzeit auf der Kippe. Wenn es bei der Bundestagswahl um das Überleben geht, *dann werden Landtagswahl*-Niederlagen den Überlebenswillen schwächen.

Willy Brandt hofft, daß die SPD die Grünen „aufschlürft". Es ist freilich nicht sicher, ob eine etablierte Partei die Stimmen gewinnen kann, die einer Partei gegeben wurden, von der man erwartete, daß sie alles kompromißlos anders machen werde. Freilich sind die Grünen selbst längst ein faulender Kompromiß: Ein Bein im Parlament, eines draußen – dieser Spagat zerreißt sie. Vielleicht schon auf der *Mitgliederversammlung* in Neu-Isenburg.

IM GESPRÄCH E. von Rotenhan

Kirche und Arbeitswelt

Von Henk Ohnesorge

Als sie vor knapp einem Jahr gewählt wurde, erregte dies einiges Aufsehen: Mit Eleonore von Rotenhan, Jahrgang 1939, kam zum ersten Mal eine Frau in den Dreiervorstand des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Für die Kenner war die Wahl allerdings nicht überraschend. Zuvor schon war sie in den Rat der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD), das Leitungsgremium der in der EKD zusammengefaßten westdeutschen und Westberliner Landeskirchen, gewählt worden.

Die Diplomsozialwirtin, die den Namen eines fränkischen Adelsgeschlechts trägt, gilt als linksliberal. Seit vielen Jahren ist sie in der Industrie tätig, die letzten fast viereinhalb Jahre an führender Stelle in der sozialen Betriebsarbeit der Firma Siemens. Klug und engagiert, hat sie – etwa zum Thema Gastarbeiter – differenzierte Ansichten, die aus der Praxis stammen. Die Arbeitswelt ist für sie kein abstrakter Begriff, sondern etwas, das ihr durch Erfahrung vertraut ist. Nicht, daß Eleonore von Rotenhan ausschließlich auf Praxis ausgerichtet wäre: Als Professorin lehrt sie auch an einer Fachhochschule.

Liebenswert mag ein abgegriffener Ausdruck sein, aber auf die Frau mit dem frischen, doch nicht burschikosen Auftreten trifft er zu. Man kann mit ihr rasch in eine kontroverse Diskussion geraten – ihr gram zu sein fällt schwer. Dazu ist sie bei aller Festigkeit des eigenen Standpunkts zu redlich in der Auseinandersetzung über die Argumente ihres Diskussionspartners.

Offen und bei aller Ernsthaftigkeit unbeschwert ist auch ihr Verhältnis zur Kirche und zum Glauben, von dem vor Jahren ein Journalist schrieb: „Sie hat ein herzlich robustes und unkompliziertes Verhältnis zur Kirche, auch zur feministischen Theologie übrigens, deren Bedeutung für andere sie anerkennt. Ihr hingegen, so bekennt sie, falle es nicht schwer, ‚Herrgott' zu sagen."

Als im Oktober 1984 die Wahl des neuen Leitungsgremiums des Kirchentags – mit vielen Stimmenthaltungen – erfolgte, wurde vielfach bemängelt, daß mit dem Verfassungsrichter Helmut Simon, dem Marburger Theologieprofessor Wolfgang Huber und Eleonore *von Rotenhan* nicht mehr das gesamte politische Spektrum des Protestantismus vertreten sei. Bei dem vorhergegangenen Vorstand – Richard von Weizsäcker, Klaus von Bismarck und Erhard Eppler – war dies noch der Fall gewesen. Doch die politische Arithmetik ist zumindest im Falle von Eleonore von Rotenhan, wegen ihrer Redlichkeit und Sensibilität zu eng.



Sinnfrage: Kirchentagspräsidentin Eleonore von Rotenhan FOTO AP

Nach ihrer Wahl hat sie als Hauptaufgabe des Kirchentagspräsidenten bezeichnet, herauszufinden, was die Menschen bewegt und was sie brauchen. Sie vermutet, daß auf dem Kirchentag 1987, den sie leiten wird (jeder der drei Präsidenten ist für einen der im Zwei-Jahres-Abstand durchgeführten Kirchentage verantwortlich), die Sinnfrage die wichtigste Rolle spielen werde.

So weit dies das weite Gebiet von Arbeit und Arbeitslosigkeit tangiert, verfügt sie über Kompetenz. Daß sie es versteht, Mitarbeiter und Zuarbeiter zu animieren, wird allen Teilnehmern der größten (und manchmal auch umstrittensten) Veranstaltung des westdeutschen Protestantismus zugute kommen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie schreibt zum UNO-Jubiläum:

Im Kreuzfeuer der Kritik stehen Form und Inhalt der Arbeit einer Organisation, die dem Frieden und den Menschenrechten zuerst und zuletzt zu dienen hat. Diese Aufgaben werden *jedoch so unvollkommen* wie nur denkbar gelöst. Aber die Chancen, die Bonner Vorstellungen von einer menschlicheren und effektiveren UNO zu verwirklichen, sind gleich Null. Die überwältigende Mehrheit der Mitglieder sieht in dem bürokratischen Leerlauf und in der Beschäfti*gung mit Nebensächlichem willkommene* Gelegenheiten, von den gravierenden Verstößen gegen die UNO-Charta in den eigenen Ländern abzulenken.

Kölnische Rundschau

Sie geht auf die Rasterfahndung in Nordrhein-Westfalen ein:

Nur eineinhalb Jahre nachdem er die sogenannte Rasterfahndung für den Verfassungsschutz gesperrt hatte, legt Innenminister Herbert Schnoor ein neues Gesetz vor, das *nun das alte Verfahren wieder in* Gang setzen wird. Schnoor gibt offen zu, daß in der Zwischenzeit der Verfassungsschutz seine Aufgaben nicht erfüllen konnte. Die ständige Kampagne gegen möglichen Mißbrauch von computergestützten Ermittlungen hat im nordrhein-westfälischen Fall – *dem sich schließlich auch die* übrigen Bundesländer beeindruckt anschlossen – offensichtlich Schaden angerichtet.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung kommentiert die Absicht der Oppositionsparteien, Unternehmen zu reprivatisieren:

Die Verstaatlichung ist eine kostspielige Operation, die aber schnell vollzogen ist. Die Entstaatlichung wird sich eher als mühsamer Wiederaufbau nach diesem Blitzkrieg erweisen, der 1981 die Zerstörung eines weitreichenden Bereiches der freien Wirtschaft bedeutete. Der Staat ist auf dem Markt aufgetreten wie ein Elefant im Porzellanladen ... Die Entstaatlichung wird der Test für eine Politik der Befreiung der Wirtschaft sein. Wenn die neue Mehrheit das Mandat des Volkes erhält, wird sie in dieser Hinsicht nicht den geringsten Komplex haben dürfen.

Die Presse

Die Wiener Zeitung meint zum Streik in Griechenland:

Der montägige Generalstreik war mehr als ein traditionelles Element der politischen Mittelmeerkultur. Er war vielmehr das äußere Zeichen der bisher eindeutigsten Bankrotterklärung sozialistischer Wirtschaftspolitik überhaupt. Wenn nämlich der mit ganz *linken* Parolen angetretene Papandreou zu solchen „reaktionären" Sanierungsschritten greifen muß wie einem landesweiten Lohnstopp, und das gleich auf zwei Jahre, bei gleichzeitiger Abwertung, dann bedarf es keiner komplizierten ökonomischen Analysen mehr. Papandreou ist am Ende seiner politischen Substanz.

Wenn ein ganzes Medienjahr in die Binsen geht

Keine Hoffnung auf eine Einigung in Saarbrücken / Von Gernot Facius

Die Verzweiflung von Politikern angesichts des föderalistischen Hin und Her über ein gemeinsames Medienkonzept hatte Klaus von Dohnanyi Anfang 1985 sarkastisch beschrieben: Wenn sich die Länder in diesem Jahr *nicht mehr einigten, dann sei es* doch am besten, dem Bund die Rundfunkkompetenz zu geben. Die Ministerpräsidenten werden sich auch auf ihrer heute in Saarbrücken beginnenden Konferenz nicht zusammenraufen.

Daran ändert auch der „Kompromiß" nichts, den Dohnanyi und sein Mainzer Kollege Vogel gefunden haben sollen. Der Versuch, das Verhältnis von Gebühren- und Werbeeinnahmen bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten festzuschreiben und jeweils „dynamisch anzupassen", ist in der Union nicht mehrheitsfähig. Selbst Sympathisanten der Monopol-Anstalten räumen ein, es mache wenig Sinn, wenn bei einer Gebührenerhöhung auch gleichzeitig der Werbeumfang erweitert würde. Das Werbethema hat die Sitzung am 19. Dezember 1984 gesprengt, in Saarbrücken wird es nicht anders sein.

Vogel zieht die Regelung der anstehenden Fragen, zu denen auch die Belegung der Kanäle auf dem Direktsatelliten TV-SAT gehört, in einem Staatsvertrag einem Verwal*tungsabkommmen vor. Er tritt* aber dafür ein, wie er der WELT sagte, „die Angelegenheit in Saarbrücken zu entscheiden". Da das rot-grüne Hessen (vielleicht auch Lafontaine) in der Verweigererecke bleibt, ist das Ergebnis klar: Der Staatsvertrag ist passé.

Und was aus Nordrhein-Westfalen kommt, kann die Verfechter einer Alternative zum Rundfunk-Monopol auch nicht fröhlich stimmen. Johannes Rau sicherte zwar verbal privaten Fernseh- und Hörfunkveranstaltern an Rhein und Ruhr „faire *Entwicklungschancen*" zu, schweigt aber über die konkrete Ausgestaltung seines Landesmediengesetzes. Sein Bekenntnis zum lokalen Rundfunk liegt haargenau auf der Linie, die Peter Glotz im Juni so beschrieb: Die SPD muß sich durch Beteiligung an dieser Kommunikationsmöglichkeit rechtzeitig Einfluß sichern.

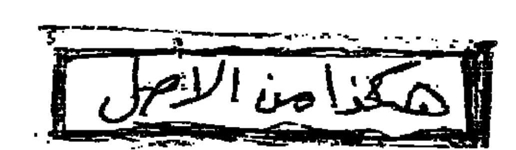
Für die Union ergibt sich aus einer Nichteinigung die Verpflichtung, endlich ihr Wort vom „Alleingang" einzulösen. Das Warten auf den „Konsens" hat sich, wie die *Realisten in ihren Reihen* richtig anmerken, als Dauerpflege von Illusionen erwiesen. Nach dem programmierten Scheitern von Saarbrücken bleibt den CDU- und CSU-Staatskanzleien kaum etwas anderes übrig, als Transponder auf TV-SAT 1 und Intelsat zu beantragen, die Klage gegen die Einführung der Fernsehwerbung in Hessen III schnell einzubringen und vor allem auf eine Harmonisierung der Mediengesetze in den Bundesländern mit Unionsmehrheiten hinzuwirken. Bernhard Vogel hat *hier versprochen: „Kommen die* Verhandlungen nicht zu einem Erfolg, muß der Rechtsweg beschritten werden. In diesem Fall werden die von der Union geführten Länder, vertreten durch das Land Rheinland-Pfalz, Klage gegen das Land Hessen erheben."

Diesen „Alleingang", genauer den Weg zu mehr Freiheit im Rundfunkbereich, hätten die verantwortlichen Medienpolitiker der Union schon vor zwei Jahren einschlagen müssen. Dieser Weg hätte keineswegs zu „Separatismus" geführt. Im Gegenteil, die Zauderer und Verweigerer wären durch ihre Bürger, die nicht einsehen, warum Ministerpräsidenten Informationsvielfalt kontingentieren dürfen, zum Anschluß an die liberale Entwicklung gezwungen worden. So wurde wertvolle Zeit mit Diskussionen über eine dubiose „Bestands- und Entwicklungsgarantie" für die Öffentlich-Rechtlichen vertan, die den Privaten jetzt auch mit der bundesweiten Verbreitung ihrer Dritten Programme zusätzliche Konkurrenz machen.

Planungssicherheit für die privaten Wettbewerber, das Wort Konkurrent verbietet sich angesichts des gigantischen Vorsprungs der Monopol-Anstalten, muß endlich geschaffen werden. Dazu gehört auch die Genehmigung von Werbung an Sonn- und Feiertagen. Ohne diese Möglichkeit würde das private Fernsehen zum „Sechs-Tage-Fernsehen". Es wäre schlechterdings nicht lebensfähig.

Daß letzthin, zum Beispiel von Ernst Albrecht, auch die Forderung nach einem Gebühren-Anteil *zugunsten* der Privaten erhoben wurde, kommt nicht von ungefähr. Vogel: „Die Überlegungen meines Kollegen Albrecht sind die Folgerungen aus immer neuen Forderungen nach einer Ausweitung der Werbung für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, und sie sind Ausdruck seiner Sorge, daß den privaten Anbietern nicht wirklich gleiche Startchancen in der Bundesrepublik Deutschland geboten werden."

Nach Saarbrücken besteht noch eine, wahrscheinlich die letzte Chance, um die Position der Privaten gegenüber den bisherigen Monopolisten zu stärken. Die Zeit zerrinnt den Politikern in den Händen. Es darf nicht eintreten, was Bundespostminister Christian Schwarz-Schilling Anfang des Jahres befürchtete: daß das ganze Medienjahr 1985 „in die Binsen geht".



Die UNO feiert, und New York wundert sich

Großes Stelldichein der gekrönten und ungekrönten Häupter, der Regierungschefs aus vieler Herren Ländern. Die UNO wird 40, und New York erlebt einen der größten Aufmärsche von Mächtigen, den es je gab. Selbst für die Ausnahme-Stadt ein Ausnahmezustand.

Von ERNST HAUBROCK

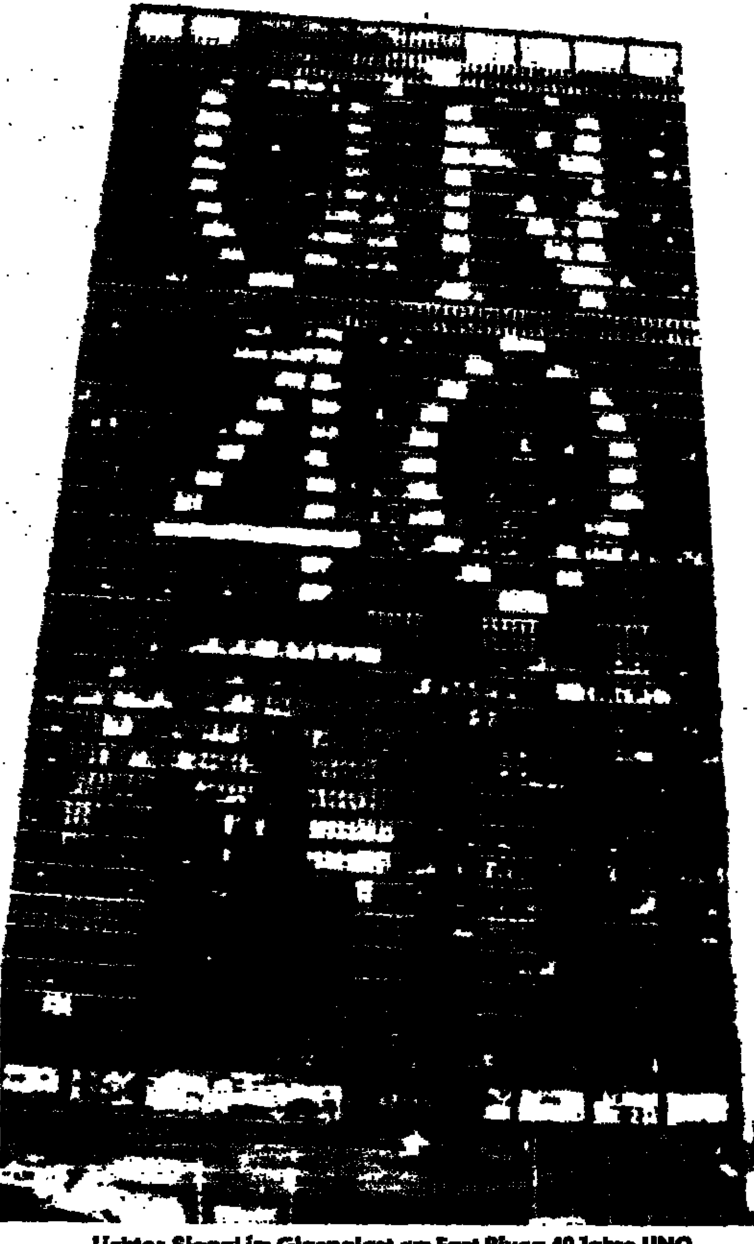
Anthony Ameruso, Chef der New Yorker Verkehrspolizei, sprach von „ungewöhnlichen Verkehrsbedingungen", als er das Chaos auf Manhattans Ostseite beschrieb. Es war das Understatement des Tages. Dreißig Blocks, von der 34. bis zur 65. Straße, von der ersten bis zu fünften Avenue sind seit Montag und noch für zehn weitere Tage ab zehn Uhr morgens bis nach Büroschluß nur noch mit Blaulicht und Polizeieskorte passierbar – eine Folge des größten Auftriebs von hohen Gästen, den New York jemals gesehen hat.

Über 60 Staatspräsidenten und Regierungschefs, Außenminister, Sonderbotschafter, gekrönte Häupter größerer und kleinster Monarchien haben sich am East River eingefunden, um das 40jährige Bestehen der Vereinten Nationen zu begehen. Während die normal sterblichen New Yorker das Ereignis mal mit stoischem Gleichmut, mal mit Zähneknirschen über sich ergehen lassen, ergeben sich abseits der Mammut-Suada in der Vollversammlung – über 150 Redner werden zu Grundsätzlichem zur Sprache kommen – täglich Randaspekte, die von den Zaungästen mit amüsiertem Schmunzeln zur Kenntnis genommen werden:

Zwischen Nancy Reagan und der Gattin von Nicaragua-Präsident Daniel Ortega Saavedra kam es zu Küßchen und Umarmung, als die beiden ersten Damen auf einer Konferenz zur Bekämpfung der Rauschgiftsucht zusammentrafen. Zur gleichen Zeit ritt Ehemann Daniel in der Vollversammlung eine scharfe Attacke gegen Reagan und die USA.

Ursprünglich war geplant, daß an diesem Donnerstag, dem Tag, an dem vor 40 Jahren die UNO-Charta in Kraft trat, keine Reden von Regierungschefs, sondern nur eine „ernsthafte Feierstunde" gehalten werden sollte. Aber dann kündigten die USA an, daß ihr Präsident sprechen und eine kleine Gipfelkonferenz halten werde, worauf die Sowjets gleiche Redezeit verlangten.

Am Sonntag küßte Bürgermeister Edward Koch auf europäische und UNO-Art Hunderten von Damen die Hand, als er Gastgeber im Museum of Modern Art für 700 Vertreter der Weltorganisation spielte. Im Gewimmel von Smokings, Fracks, afrikanischen Stammestrachten, Abendkleidern, großen Gala-Uniformen und schlichten dunklen Anzügen fanden die einmaligen Monets und Picassos an den Wänden keine Beachtung mehr. Aufmerksamkeit zog dagegen Imelda Marcos, die Frau des philippinischen Präsidenten, auf sich, als sie in einer bodenlangen, malvenfarbenen Chiffonwolke, umgeben von einer dräuenden Leibwächtergarde, durch den Saal rauschte. Die arabischen Staatsgäste boykottierten den Empfang aus Protest gegen die Israel-Freundlichkeit des Bürgermeisters. Er nahm es mit Humor und sagte: „Die Damen und Herren haben eine gelungene Party verpaßt."



Lichter-Signal im Glaspalast am East River: 40 Jahre UNO

FOTO: AP

Allenthalben wurde bei den Gästen der Wunsch nach Ausbruch aus dem offiziellen Programm erkennbar. Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone besuchte eine Volksschule im feinen Vorort Bronxville, wo viele junge Japaner, Kinder von Diplomaten und Geschäftsleuten, das Abc lernen. Österreichs Bundeskanzler Fred Sinowatz interessierte sich für die New Yorker Börse und ging im Central Park spazieren. Ministerpräsident Shimon Peres nahm die Gelegenheit wahr, um einen Doktorhut der New York University in Empfang zu nehmen. Der Präsident von Zaire, Mobutu Sese Seko Kuru Ngbendu Wa Za Banga, was – wie amerikanische Zeitungsleser voller Erstaunen erfuhren, soviel bedeutet wie „Der Hahn, der keine Henne unbesprungen läßt", machte mit seiner Entourage von 50 Personen einen Abstecher nach Washington und mietete dafür von der Eisenbahngesellschaft zwei Salonwagen. Für die Reiseverpflegung – Kaviar, Champagner, Lachs und Langusten – zahlte er bar: 27 000 Mark.

Kleine und größere Empfänge finden täglich zu Dutzenden in den elegantesten Hotels und Clubs der Metropole statt. In den diversen Nobelherbergen haben die Hausmanager Kopfschmerzen, weil sie nicht wissen, wie sie die Flaggen ihrer vielen hohen Gäste an der Fassade unterbringen sollen. Draußen vor den Hotels sind auffällig die unauffälligen athletischen Herren vom Secret Service zu erkennen, der Einheit der Bundespolizei, die für den Schutz des eigenen Präsidenten und der ausländischen Staatsgäste zuständig sind. Sie alle tragen Sonnenbrillen, auch bei bedecktem Himmel, und Mikrofonknöpfe im Ohr. Sie sprechen gedämpft in die in den Manschetten versteckten Mikrofone.

Vor dem UNO-Hauptquartier an der ersten Avenue parkt seit letzter Woche ein bescheidener Wohnwagen. Drinnen sitzen Polizeibeamte an Fernsehmonitoren und beobachten mit Dutzenden von rund um den UNO-Komplex versteckten Kameras alles, was sich bewegt. Auf dem Dach der Vollversammlungs-Halle sind vier Scharfschützen mit einem beeindruckenden Waffenarsenal postiert. In der Luft über dem Glaspalast schwebt ständig ein Hubschrauber.

Viel werden die New Yorker in den nächsten Tagen über die Verdienste, das Versagen, den Wert und den Unwert der Weltorganisation zu lesen und zu hören bekommen. Ob sie bis zum Ende des Festes weiter zuhören, scheint fraglich. Sicher ist ihnen der große Katzenjammer hinterher. Wer die Abermillionen Dollar bezahlen soll, die die zusätzlichen Sicherheitsaufgaben der Polizei verschlingen, ist noch nicht entschieden. Ungewiß für einen Hotelier bleibt auch, wie er 90 000 Dollar eintreiben soll, die ihm ein südamerikanischer Staatsgast schuldet, der mit Familie und Gefolge mehrere Luxussuiten mietete, nach drei Tagen wieder auszog und seitdem verschwunden ist. (SAD)

Gefangen in einem „Tigerkäfig"

Ehemalige politische Häftlinge der „DDR" berichten über Repressalien von kriminellen Mitgefangenen, über den „Tigerkäfig" und Zustände im Frauengefängnis. Aus Dokumenten des Europarats.

Von GERNOT FACIUS

Peter Letz zählte einmal zu den Privilegierten in der „DDR". Er war hauptamtlicher Funktionär bei der „Freien Deutschen Jugend", hatte Einblick in Partei-Interna, konnte hinter die Kulissen schauen. „Ich habe also gesehen", erzählt er, „daß mit Geldern gearbeitet wird, die mehr oder weniger zur Befriedigung privater Bedürfnisse von Funktionären dienen, die zusätzlich auch noch Waffenträger sind." Bis zu einem gewissen Punkt hat auch er mitgemacht, bis es einfach nicht mehr ging. Als er schließlich versucht, Parteiverfahren gegen diese Leute einzuleiten, wird Letz „gegangen" und zur Armee eingezogen. Dort stellt er seinen ersten Antrag auf Ausreise. Er landet im Gefängnis.

Insgesamt war der ehemalige FDJ-Funktionär zweimal inhaftiert. Einmal 1976 bis 1978 für ein „gedankliches Verbrechen", nämlich die aktive Planung und Vorbereitung zur Fahnenflucht. Er erhielt damals drei Jahre. 1984 wurde er an einem Sonntag nachmittag wieder von der „Stasi" zu Hause abgeholt, angeblich zu einer kurzen „Befragung"; Letz hatte sein Ausreisebegehren nicht aufgegeben. Am Ende dieser „Befragung" stand die Verurteilung zu zweieinhalb Jahren Haft. Seine Ehefrau erhielt ein Jahr Haft. Der Vorwurf: ungesetzliche Verbindungsaufnahme (damit ist der Besuch der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland gemeint) und das Schreiben von Briefen an Freunde. Ute Letz hatte sich gleichfalls entschlossen, die Ausreise zu beantragen.

Sie berichtet: „Mein Grund, die DDR zu verlassen, war eigentlich die Heirat, da er mir von Anfang an sagte, daß er die DDR verlassen will. Aber was eigentlich das Faß zum Überlaufen gebracht hatte, war die Warnung meiner Schuldirektorin. Als ich das Aufgebot bestellt hatte, sagte meine Schuldirektorin zu mir: Bitte hören Sie mal zu. Wenn Sie diesen Mann heiraten, dann wird es Ihr letzter Arbeitstag sein." Nicht am Hochzeitstag, aber kurz danach wurde sie fristlos entlassen.

Peter Letz erinnert sich mit Grauen an seine erste Haftzeit in Brandenburg. Er erhielt wegen Lappalien 21 Tage Arrest im sogenannten Tigerkäfig. Über diese berüchtigten Arrestzellen gab der Arzt Wilhelm Koch den Europarat-Mitgliedern in Hamburg zu Protokoll: „In einer normalen Haftzelle mit den Standardabmessungen 2×3 Meter befindet sich innen noch einmal ein Gitterkäfig von Armspannweite in der Länge und Breite, und er ist nur ausgerüstet mit einem stinkenden verrottenden Kübel. Es ist darin keine Sitzbank, es ist praktisch eine Erleichterung, wenn ein Brett von dem Aufseher heruntergelassen wird, damit sich der Gefangene zwischendurch einmal setzen kann."

Koch berichtet von mit Ketten oder mit Handschellen gefesselten Gefangenen in Bautzen. Er erlebte, daß die sogenannten „gesicherten" Gefangenen von einem Schlägerkommando mißhandelt wurden. Mitgefangenen, wegen krimineller Taten bestraft, wurden Gummiknüppel ausgehändigt, um Strafen an den politischen Häftlingen zu vollziehen. In Brandenburg, so weiß Peter Letz aus eigener Anschauung, gibt es „Abweichungen" von dem Cottbuser Tigerkäfig: „Es ist nämlich eine Betonpritsche drin, ein Betonsockel, der gleichzeitig als Schlafgelegenheit dient." Und was bei dem Mediziner Koch der „Kälteschock" war, sollte bei Letz wohl einen „Hitzeschock" verursachen. Der Raum war weit über 40 Grad erhitzt.

Letz vor den Europarat-Mitgliedern: „Darin 21 Tage lang mit einer 20-Watt-Birne ohne Tageslicht ... das grenzt schon halb an Wahnsinn. Man bekommt weder einen Laut mit noch sonst etwas." Aus seiner letzten Haft weiß er, daß „diese Sachen nicht mehr ganz so drastisch sind". In Cottbus zum Beispiel wurden auf Druck der internationalen Öffentlichkeit immerhin die Sichtblenden von den Fenstern entfernt. In Brandenburg selbst wurde auch versucht, das Schlagen weitgehend zu unterlassen. „Man wendet jetzt andere Repressalien mehr psychischer Natur an: Postentzug, Paketsperre, Sprecherabbruch, Sprecherunterbrechung, Sprecher in der Kabine; all das habe ich selbst erlebt, vom Abbruch bis zur Kabine. Man zettelt zwar noch an den Sachen, aber man schlägt nicht mehr so schnell zu. Dagegen wurde ich damals bei der ersten Haft in Brandenburg regelrecht zusammengeschlagen, weil ich nicht bereit war, mir die Grippeschutzimpfung verabreichen zu lassen." Das Wort „Sprecher" ist ein typischer Ausdruck in der Haftstrafe in der „DDR". Damit ist die Sprecherlaubnis, die Besuchserlaubnis für Angehörige gemeint.

Uta Letz war in der Haftanstalt Hoheneck eingesperrt. Sie hat „glücklicherweise die Arrestzellen nicht erlebt, aber einmal durchs Schlüsselloch schauen können". Sie weiß von Erzählungen von Mitgefangenen: „Diese Arrestzelle sieht so aus, daß durch ein Gitter der Häftling abgetrennt wird. Er kann also den Tag über nicht bis an die Tür, und er kann sich auch nicht hinlegen, er hat keine Liege, keine Bank. Es existiert dort nur ein Brett, das nachts heruntergeklappt wird, wozu sich der Häftling zwei Decken nehmen kann. Angekettet werden Häftlinge eigentlich in sehr seltenen Fällen. Es wird nur dann gemacht, wenn Selbstmordgefahr besteht."

In der „Strafvollzugseinrichtung" Hoheneck, der größten für Frauen in der „DDR", verbrachte Uta Letz sechs Monate unter rund 900 Häftlingen, die Hälfte davon „Politische". Untergebracht war sie in einer Zelle mit elf weiteren Frauen, „glücklicherweise sehr viele politische Häftlinge". Uta Letz: „Trotzdem möchte ich dazu sagen, daß wir besonders unter den Repressalien, also unter den Repressalien der aus kriminellen Gründen Inhaftierten, zu leiden hatten und daß diese Kriminellen auch die besten Stellungen hatten. Sie teilten die Arbeit ein."

Die hygienischen Bedingungen waren „sehr schlecht": ein durchgängig gemauertes Waschbecken, ähnlich einem Trog. In demselben Raum eine Toilette. Toilettenpapier und andere hygienische Artikel, die normalerweise selbstverständlich sind, „konnten nicht gestellt werden".

In Hamburg erzählt Uta Letz noch von einer weiteren Erfahrung in Hoheneck: „Wir haben erlebt, daß die Menstruation entweder ausgeblieben ist oder dermaßen unregelmäßig war, daß man daraus schließen konnte, daß uns Hormone verabreicht worden waren. Ich hatte auch den Eindruck, daß eine kurze Haftzeit in Karl-Marx-Stadt – meist 14 Tage – dazu diente, um diese Hormone dem Körper wieder zu entziehen, damit das dann später nicht mehr nachgewiesen wird." Die Zeugin: „Ich glaube, im Namen der Frauen zu sprechen, die jetzt noch in Hoheneck sind. Das ist eine Sache, die uns sehr, sehr gestört hat und die wir als unverantwortlich empfinden."

(Schluß)





Peter und Uta Lenz sagten im Juli in Hamburg vor einem Ausschuß der Parlamentarischen Versammlung des Europarats über ihre Haft in Brandenburg beziehungsweise im Frauengefängnis Hoheneck aus. Links der sogenannte „Tigerkäfig" der Strafanstalt Cottbus, der auf dem Treffen ehemaliger politischer Häftlinge der „DDR" 1984 in Lippstadt nachgebaut wurde.

FOTOS: GREBENSTEIN/CHOLET

„Welche Trägheit des Herzens"

Das Schicksal politischer Häftlinge in der „DDR" gehörte stets zu den besonderen Anliegen des verstorbenen Berliner Verlegers Axel Springer. Bei der Verleihung der Jakob Fugger-Medaille sagte Springer 1976 unter anderem:

Man braucht mich nicht darauf aufmerksam zu machen, daß letzten Endes alles durch Hitlers Gewaltakte und seinen wahnwitzigen Eroberungskrieg entstanden ist. Aber man kann nicht Hitlers Gewaltpolitik verdammen und die Gewaltpolitik der Sowjets heute segnen. Man kann nicht braune Unfreiheit hassen und bekämpfen, die rote aber herbeireden und lieben oder verharmlosen. Unrechtsystem bleibt Unrechtsystem, gleichgültig unter welchen Farben ...

Doch was sagen diese äußerlichen Lebensbedingungen gegenüber den seelischen Leiden, der Wirkung des Kontakt- und Schreibverbots. Die Verlassenheit, das Hingeworfensein ohne Würde, die Degradierung zum rechtlosen, würdelosen Sklaven in schlimmerer Form als nach altrömischen Recht, wo der Sklave zwar Unperson, Sache war; aber wenigstens eine Sache, die man wegen der Rentabilität und des Vermögenswertes pfleglich behandelte ...

Ich könnte Ihnen die Liste des deutschen Archipel GULag im kommunistisch beherrschten Teil unseres Landes beliebig verlängern. Als ich die Berichte des Grauens studierte, war ich fassungslos.

Vor allem darüber, daß dies geschehen darf, ohne daß ein Aufschrei durch den freien Teil unseres Vaterlandes geht, ohne daß die Fäuste gegen die dafür Verantwortlichen erhoben werden. Welche Menschenverachtung! Welche Trägheit des Herzens.

Versagen wir ein zweites Mal, wie wir es nach 1933 taten? ...

Voltaire hatte noch die Meinung, es brauche nur zwei bis drei mutige Menschen, um den Geist einer Nation zu ändern. Voltaire kannte aber das Fernsehen nicht und nicht die internationale Zusammenarbeit der Kommunisten, sonst hätte er die Zahl der Mahner höher angesetzt, die notwendig sind, den Geist der Nation zu ändern.

Anschlag nach Interview mit Verfassungsschützer

Hoher Sachschaden in Redaktion und Technik der „taz"

UWE BAHNSEN, *Hamburg*

Die Redaktionsräume und die Druckerei der alternativen „tageszeitung" (taz) in Hamburg-Altona sind in der Nacht zum Dienstag von bislang unbekannten Tätern verwüstet worden. Der Sachschaden beläuft sich nach Angaben der Geschädigten auf 150 000 bis 200 000 Mark. Der „taz"-Mitherausgeber Thomas Jansen erklärte dazu, er sei gegen Mitternacht von Nachbarn der Druckerei benachrichtigt worden und habe dann feststellen müssen, daß Satzgerät zerstört, ein Teil der Einrichtung verwüstet und eine Wand mit dem Hinweis „Wegen Lochte" beschmiert worden sei. Die Polizei hat den gesamten Vorgang inzwischen bestätigt.

Aus den Worten „Wegen Lochte" schließen Experten in den Sicherheitsbehörden der Hansestadt, *daß* die Täter aus der Szene rings um die verwahrlosten Häuser in der St.-Pauli-Hafenstraße stammen. Die „taz" hatte am vergangenen Mittwoch ein ausführliches Interview mit dem Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz in der Hansestadt, Senatsdirektor Christian Lochte, zur Situation in diesen Häusern veröffentlicht.

Lochte hatte darin auf Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung hingewiesen, die von Bewohnern der im Besitz der städtischen Wohnungsbaugesellschaft SAGA befindlichen Häuser ausgehen, und in diesem Zusammenhang auch die RAF erwähnt, die neuerdings in diesen Häusern vertreten sei. In den letzten Jahren war es immer wieder zu gewalttätigen Auseinandersetzungen *zwischen Bewohnern der Hafenstraße* und der Polizei gekommen. Die jüngsten Krawalle hatten sich nach dem Tod des Demonstranten Günter Sare ereignet.

Das Problem Hafenstraße macht dem Hamburger Senat seit Ende 1981 zu schaffen, als zum größten Teil randständige und bindungslose Jugendliche mehrere zum Abriß bestimmte Häuser besetzten. Der Polizei waren damals im Hinblick auf eine sofortige Räumung die Hände gebunden, weil ein entsprechender Antrag des Eigentümers SAGA auf Weisung des Senats unterblieb. Maßgebend waren dabei Rücksichten, die insbesondere Bürgermeister Klaus von Dohnanyi wegen der Bürgerschaftswahl vom Juni 1982 zu nehmen wünschte. Um die Situation zu entschärfen, ließ die Baubehörde – ihr untersteht die SAGA – *sich dann* auf Verhandlungen mit den Besetzern ein, die zu *Mietverträgen und* Zuschüssen der Stadt für eine Renovierung der *Wohnungen* in Selbsthilfe führten.

Was aus diesem *Experiment* geworden ist, resümierte der Hamburger Verfassungsschutzchef in dem „taz"-Interview, mit dem er erkennbar in die Szene hineinwirken wollte, wie folgt: Bis zum Sommer dieses Jahres sei die Hafenstraße für den Verfassungsschutz „kein Thema" gewesen; aus seiner Sicht habe es sich bis dahin um „*Kleinstkriminalität*" gehandelt: „Ladendiebstähle in Kaufhäusern *zum Beispiel*, oder es werden Zementsäcke oder Steine geklaut, weil sie das Geld, was sie für den Ausbau bekommen haben, dazu nicht so richtig benutzt haben . . ."

Inzwischen habe sich, so Lochte, die Situation aber grundlegend geändert, weil bislang fünf Mitglieder des Hamburger RAF-Umfeldes in der Hafenstraße aufgetaucht seien und mit ihnen „überhaupt erstmals eine Struktur von *Gewalt*, hereingetragen von Leuten, die sich politisch zu hundert *Prozent* mit der RAF identifizieren . . ." Lochtes Äußerungen werden von Eingeweihten als ein weiteres Indiz dafür gewertet, daß die Sicherheitsbehörden in der Hansestadt die Zustände in den betreffenden Häusern an der Hafenstraße als nicht länger tolerierbar beurteilen und eine polizeiliche Räumung vorbereiten.

Mit seiner Forschungsoffensive will Albrecht den Südwesten bremsen

Von MICHAEL JACH

Mit stillem Ingrimm werden in Hannover aus Baden-Württemberg lancierte Meldungen „weggesteckt", das dortige Landesarbeitsamt setze jetzt eigens des Norddeutschen *mächtige Mitarbeiter* ein, um der schwäbischen Mundart unkundige „*Wirtschaftszuwanderer*" *aus dem* Norden gezielt und verständlich beraten zu können. Eine Nachricht mit doppelter psychologischer Spitze: Sie trifft die nördlichen Bundesländer am wunden Punkt ihres strukturpolitischen Rückstands, der den Facharbeiterzug nach Süden ausgelöst hat. Zugleich verrät sie das Bemühen des blühenden Südweststaates, die aufholende Konkurrenz – zumal Niedersachsen – auf den Platz zu verweisen.

Zum Ingrimm, in Hannover jedenfalls, haben sich jedoch Taten gesellt. Dieser Tage verkündete Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Journalisten, auf der ersten Etappe der „Aufholjagd" sei man dem Ziel nicht mehr fern, dem anspruchsvollen Wertbegriff „Forschungsland" *zu genügen*. Nun sei es an der Zeit, sich an die Folge-„Aufgabe für ein weiteres Jahrzehnt" zu machen: zukunftssichere Wirtschaftsunternehmen zahlreich ins Land zu ziehen. An der nötigen Attraktivität für forschungs- und entwicklungsorientierte Industrien könne es nicht mehr mangeln.

Der Schauplatz der Zwischenbilanz-Eröffnung ist sinnreich gewählt: Albrecht und sein Wissenschaftsminister Johann-Tönjes Cassens, flankiert von den Professoren und *Doktoren* der Gesellschaft für Biotechnologische *Forschung (GBF), treten in* Braunschweig auf. Im Hochschulviereck Hannover–Göttingen–Clausthal–Braunschweig, angesichts der Großexperiment-Apparaturen in den GBF-Hallen, gewinnt Albrechts Botschaft greifbar an Überzeugungskraft: Auf den „für die wirtschaftliche Entwicklung wichtigsten" naturwissenschaftlich-technischen Forschungsfeldern habe Niedersachsen „Anschluß an die Spitzengruppe gefunden".

Beispiel Braunschweig und Biotechnologie: Mit Gründerstolz verweist Wissenschaftsminister Cassens auf das entstehende „Zentrum der biotechnologischen Großforschung in der Bundesrepublik Deutschland schlechthin". Neben der demnächst auf 500 Mitarbeiter ausgebauten, von Bund und Land betriebenen GBF erhält die renommierte Technische Universität ein „Biozentrum" samt neuen Fachstudiengängen *und gemeinsam* mit der GBF zu berufenden Lehrstuhlinhabern.

Einen langen Tag nahmen sich der Regierungschef *und sein Minister* jetzt Zeit, ihr „Forschungsland" zu bereisen. *Und weil Klappern zum politisch-psychologischen* Handwerk



gehört, wollten sie auch anderen „zeigen, wie gut wir sind", orderten einen *20sitzigen Grenzschutzhubschrauber* und beluden ihn mit Zeitungsleuten. Von der Universität Hannover flog man zum mittelstandsfördernden Technologiepark Syke, von dort gen Göttingen, schließlich nach Braunschweig.

Beim hannoverschen Universitätsinstitut für theoretische Nachrichten- und Informationstechnik etwa nutznießt Bosch/Blaupunkt (Hildesheim) für sein *demnächst marktreifes Straßenverkehrs-Leitsystem* (Autoatlas *Deutschland auf Compact-Disc mit* optisch-elektronischem Kartenbild-Gerät). Das Institut wird jetzt um einen großzügigen Laboratoriumsbau erweitert. Für seinen Ruf spricht, daß bereits zur kürzlich erfolgten Grundsteinlegung industrielle Forschungsaufträge über 15 Millionen Mark erteilt waren.

In Göttingen hat das Max-Planck-Institut (MPI) für biophysikalische Chemie (Laser-Forschung) vor zehn Jahren zwei Doktoren hervorgebracht, die mittlerweile mit ihrer Firma „Lambda Physik" und 120 *Mitarbeitern* 55 Millionen Mark Jahresumsatz machen. Ihre preiswerten Gaslaser-Geräte, deren Grundlagen sie in ihrer MPI-Zeit entwickelten, stechen selbst in den USA und Japan Konkurrenten aus.

Wie die Segnungen modernster Technik auch für herkömmliche Gewerbezweige erschlossen werden, ist im seit Jahresbeginn betriebenen Technologiepark Syke (nur einer von einem halben Dutzend im ganzen Land) zu besichtigen. Derzeit nutzen *dort 13 (noch) kleinste junge Unternehmen* mit aussichtsreichen Produktideen die Kostenvorteile gemeinsamer, vom Land bezuschußter *Einrichtungen (von der Sekretärin bis* zur EDV-Anlage) unter einem Dach.

An Köpfen voller Wissen und Ideen mangelt es dem Land offenkundig *nicht. Nur habe eben, sagt* der Ministerpräsident, Niedersachsen bis weit *in die siebziger Jahre hinein „die Zeit verschlafen"*. SPD-Landesvorsitzender Johann Bruns hat unlängst genüßlich zitiert, Albrecht habe noch 1977 staatliche Technologieförderung „ausdrücklich für unnötig erklärt".

Die Regierung läßt sich in ihrer erklärten „Forschungsoffensive" davon nicht stören. Einmal im Schwung der Werbekampagne, wird selbst ein Abglanz des Nobelpreises für den *Physiker Klaus von Klitzing noch auf* Niedersachsen gelenkt. Albrechts *Glückwunschtelegramm* vermerkt „mit Stolz", daß der Sohn westpreußischer Flüchtlinge im südoldenburgischen Quakenbrück das Gymnasium besucht und in Braunschweig studiert hat.

Das Max-Planck-Institut für Festkörperphysik, bei dem der Nobelpreisträger heute tätig ist, hat seinen Sitz allerdings in Stuttgart. Da ist er wieder, dieser vertrackte Vorsprung-Sog des großen Konkurrenten im Südwesten.

„Zahlreiche Ohrfeigen von römischer Seite"

VELKD-Synode enttäuscht über ökumenische Bewegung

mj. Schleswig

Erhebliche Bedenken gegen einen „allzu zuversichtlichen Grundton" in der Beurteilung evangelisch-katholischer Annäherung beherrschten gestern auf der Schleswiger Generalsynode der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD) die Aussprache über den Bericht des Catholica-Beauftragten der VELKD, Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck). Wilckens hatte in seiner Bewertung dieses Ausschnitts der weltweiten ökumenischen Bewegung von einem „ganz großen Wunder der Kirchengeschichte" gesprochen. Dagegen machte sich seitens der Synodalen vorwiegend Enttäuschung Luft über das jüngste „Gemeinsame Wort" der beiden Konfessionen zur konfessionsverschiedenen Ehe.

So wies der bayerische Landesbischof Johannes Hanselmann darauf hin, daß „bereits Zehntausende von Kindern" aus Mischehen nicht mehr getauft würden, weil die Eltern keine Klarheit hätten über die beiderseitige kirchenrechtliche Anerkennung. Andere Sprecher wiesen der katholischen Seite die Hauptverantwortung für den „Stillstand" auch in der Frage der Gottesdienst- und Abendmahlsgemeinschaft zu. Hanselmann hält es angesichts der Lage für „unverantwortlich", daß in einer kürzlich vorgelegten lutherisch-katholischen Studie „Einheit vor uns" geradezu „*vertröstet*" werde auf „viele Generationen" hinaus.

Der Leiter der *theologischen* Akademie Celle und Hermannsburg, Rolf Heue, nannte das gegenwärtige lutherisch-katholische Verhältnis als „zum Aus-der-Haut-Fahren". Er kritisierte vor allem, daß die katholische Kirche der Gemeinde bei Entscheidungen „nicht die geringste Rolle" zubillige. Den Bericht von Wilckens bezeichnete er als „Schönfärberei" angesichts der „zahlreichen Ohrfeigen, die ihn von römischer Seite treffen."

Gegensätzliche Standpunkte zeigten *sich auch zu dem Vorhaben* eines alle Kirchen umfassenden „Friedenskonzils", *das zuletzt der Physiker* und Kulturphilosoph Carl Friedrich von Weizsäcker auf dem Düsseldorfer Kirchentag angestoßen hatte. Während der Leitende VELKD-Bischof Karlheinz Stoll (Schleswig) diese Pläne in seinem Jahresbericht uneingeschränkt begrüßt hatte, wandte sich Günter Linnenbrink, Vizepräsident des hannoverschen Landeskirchenamtes und neugewähltes Mitglied der VELKD-Kirchenleitung, entschieden dagegen: „Ich verspreche mir davon gar nichts." Denn zur Friedensdebatte werde allenfalls ein weiteres „allkirchliches" Forum eröffnet, das jedoch in der politischen Sache kaum etwas bewirken werde. Mit Verlautbarungen als Selbstzweck würden die Kirchen je länger, desto weniger ernst genommen.

Zur Urheberschaft der Idee „Friedenskonzil" wurde in Schleswig eher am *Rande daran erinnert*, daß bereits auf der Vollversammlung des Genfer Weltkirchenrates 1983 in Vancouver die evangelische Delegation aus der „DDR" einen derartigen Vorschlag gemacht habe. Der Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB), Bischof Zoltan Kaldy (Ungarn), erwähnte gestern als Gast der Synode vor Journalisten, „ähnliche Gedanken" habe zuvor schon die „Christliche Friedenskonferenz" – „Dialogforum" zwischen Christen und Kommunisten aus Ost und West – geäußert. Kaldy hob auch entsprechende Vorstöße der orthodoxen Kirchen in Osteuropa hervor. Nichtsdestoweniger fände er es „gut, Professor von Weizsäcker als Initiator zu haben".

Zur aktuellen Südafrika-Politik wurden in Schleswig Differenzen zwischen der VELKD-Leitung und dem Verhalten des in Genf ansässigen Weltbundes sichtbar. Bischof Stoll hatte eingangs der Synode, die heute zu Ende geht, zur Gesprächsbereitschaft mit allen Führern der schwarzen Bevölkerungsmehrheit in Südafrika geraten – „unabhängig davon, ob uns deren politische Richtung sympathisch ist oder nicht". Kurz darauf wurde bekannt, daß eben *erst in Genf der norwegische LWB*-Generalsekretär Gunnar Stalsett ein Gespräch *mit* Gatsha Buthelezi, dem Führer der gewaltfreien, nichtkommunistischen „Inkatha"-Bürgerrechtsbewegung der südafrikanischen Zulus, verweigert hatte. Stoll wurde deutlich: Mit seinem Appell sei dies nicht vereinbar, und „Genf ist nicht mein Vatikan".

SPD zur Armee: Ja – aber

Doppeldeutige Erklärung zum 30. Jahrestag der Bundeswehr

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Mit einer Erklärung ihres Präsidiums zum 30. Geburtstag der Bundeswehr versucht die SPD, zum einen die militärische Bedeutung der Streitkräfte für die Friedenssicherung in Europa zu würdigen, zum anderen aber auch alle jene zu befriedigen, die der Meinung sind, allein in einer Politik der Abrüstung und der Entschärfung der NATO-Strategie für den potentiellen Gegner im Osten liege *die Zukunft. Bundesgeschäftsführer* Peter Glotz sagte, auch wenn die Bundeswehr von der Partei nicht in Frage gestellt werde, sehe sie die „wachsenden Zweifel in der Gesellschaft", ob mit der Strategie der „flexiblen Reaktion" und der nuklearen Abschreckung „auf Dauer" die Verteidigungsaufgaben zu bewältigen seien. Deshalb glaube man sich in einer Phase, in der „neue strategische Paradigmen" notwendig würden, anders gesagt also die gültige Militärstrategie der NATO durch eine andere abgelöst werden müsse.

Die vom SPD-Präsidium gefaßte Entschließung stellt unter anderem fest, daß die Bundeswehr ihren Platz im demokratischen Staat gefunden habe. Es wird auch anerkannt, daß sie für unser Land einen Verteidigungsbeitrag im westlichen Bündnis leistet und bei der Friedenssicherung eine wichtige Rolle spielt. Dennoch aber wird *auch sehr ausführlich der* besonders immer wieder von Egon Bahr *ausgeführte Gedanke formuliert, daß* das Ziel eine „gemeinsame Sicherheit zwischen Ost *und West" sein müsse*, die sich nicht im „Gegeneinander-*Aufrüsten" realisieren dürfe*.

Kennzeichnend für die ganze SPD-Entschließung ist dieses „Sowohl-Als-auch", das Glotz auf die Frage, ob sicherheitspolitische Themen im nächsten Bundestagswahlkampf eine Rolle spielen würden, so präsentierte: Es werde nicht strittig sein, daß die Bundeswehr notwendig bleibe. Doch strittig werde die Debatte darüber, welche Militärstrategie die NATO künftig brauche und welche Waffen dafür.

NRW-CDU will kein zweites Mülheim

WILM HERLYN, Düsseldorf

Die Spitzen der nordrhein-westfälischen CDU haben sich darauf verständigt, daß die Diskussion, wer die geeinte Union von Rheinland und Westfalen-Lippe führen soll, auf keinen Fall in eine Kampfabstimmung münden dürfe. Fraktionschef Bernhard Worms *erklärte gestern in Düsseldorf*: „Ein zweites Mülheim wird *es nicht geben.*" Damit *bezog* er sich auf die Abstimmung zwischen Kurt Biedenkopf und sich im Mai 1983 um die Spitzenkandidatur für den Landtagswahlkampf in diesem Jahr. Im Vorfeld dieser Abstimmung hatten sich die beiden Kontrahenten derart hart befehdet, daß dabei ihre Landesverbände in Gefahr gerieten, ihren gemeinsamen Grundkonsens zu verlieren.

Auch Kurt Biedenkopf erklärte in diesen Tagen Journalisten, ein zweites *Mülheim müsse unter allen Umständen* vermieden werden.

Der neue Vorsitzende der CDU Rheinland, Dieter Pützhofen, den viele in seinem Landesverband als einen Anti-Biedenkopf aufbauen wollen, hält sich in der Personalfrage bedeckt. Er sagte, es genüge, wenn sich die beiden Gliederungen im Februar um die Frage kümmern, wer die fusionierte CDU als erster führen soll. Zunächst werde die Satzung ausgehandelt. Spätestens bis zum 31. März 1986 muß erstmals ein gemeinsamer Landesparteitag zusammentreten.

Als sicher gilt, daß die „beiden geborenen Kandidaten" – so gestern Worms – sich hinter den Kulissen treffen und besprechen. Beide wissen, daß sie der Partei nicht noch einmal eine Zerreißprobe zumuten dürfen. Das verstehen sie im Hinblick auf den Bundesparteitag vom 6. *bis* 8. Oktober 1986 in Mainz, auf dem die *Bundessatzung für die Fusion* der Nordrhein-Westfalen mit Zweidrittelmehrheit geändert werden muß. Vor allem aber sehen sie die Notwendigkeit einer geschlossenen Union vor dem Bundestagswahlkampf.

Eine Bemerkung Pützhofens nach seiner Wahl zum rheinischen Vorsitzenden (WELT vom 21. 10.) deutet darauf hin, daß er die Spitzenkandidatur im Landtagswahlkampf 1990 anstrebt. Damit wäre der Weg frei für Biedenkopf. Er gilt als genuiner Kandidat mit den meisten Erfolgsaussichten. Nachdem Bundesarbeitsminister Norbert Blüm auf dem rheinischen Parteitag eine derart fulminante Rede gehalten hatte, die auch seine innerparteilichen Gegner überzeugte, dürfte klar sien, daß er die Bundestagsreserveliste *auf Platz eins anführen* wird.

Danach werden traditionell Frauen *folgen* – etwa die neue Gesundheitsministerin Rita Süssmuth und Dorothee Wilms, die Bundesbildungsministerin. Aber der dann folgende Platz sollte einem Landesvorsitzenden Kurt Biedenkopf sicher sein. Dafür könnte er Pützhofen gegenüber das Versprechen einlösen, ihn im Landtagswahlkampf 1990 vorbehaltlos zu unterstützen. Das „rheinische Eigengewicht", das Pützhofen versprochen hatte in *die* Fusion einzubringen, dürfte dann in der Person des von *dem Parteitag zu wählenden* Generalsekretärs zu sehen sein. Als Kandidaten dafür böten sich die noch unbekannten Josef Theodor Blank, Neffe des früheren Verteidigungsministers, oder Peter Hintze, der Bundesbeauftragte für Zivildienst, an. Beide sind Rheinländer.

SPD bleibt bei Ausstieg aus Kalkar

AP, Essen

Der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen hat an *Ingenieure* und Wissenschaftler appelliert, die am Schnellen Brüter *(SNR 300) in Kalkar arbeiten, mit* Hochdruck die noch offenen technischen Probleme des Projekts zu lösen. Die Landesregierung werde im Rahmen des atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens dafür die Voraussetzungen schaffen, betonte der SPD-Politiker gestern bei der Eröffnung des Kraftwerke-Kongresses 1985 in Essen.

Nach Jochimsens Worten muß parallel dazu die „politische Diskussion" um den Brüter nach dem Votum der Landes-SPD für einen Ausstieg aus dem Projekt in Kalkar „durchgestanden werden".

Blüm begrüßt Pharma-Beschluß

AP, Bonn

Die Bundesregierung hat die Absicht der Pharma-Industrie begrüßt, die Preise für die meisten ihrer Arzneimittel für zwei Jahre einzufrieren. Dies sei ein „ganz wichtiger Beitrag" zur Stabilisierung der Beiträge zur Krankenversicherung, erklärte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) gestern in einem Gespräch mit dem Westdeutschen Rundfunk (WDR). *Diese Maßnahme diene auch* der Überwindung der Arbeitslosigkeit, *meinte der Minister im Hinblick* auf die Lohnnebenkosten. Wenn Ärzte, Zahnärzte und Arzneimittelhersteller ihre Zusagen einhielten, dann sei es ohne Gesetz und Bürokratie gelungen, „ein freiheitliches System der Krankenversicherung zu stabilisieren".

Botha droht mit Sperre strategischer Rohstoffe

Innenpolitischer Druck / Was Chrom für Südafrika bedeutet

M. GERMANI, Johannesburg

Als Antwort auf die Beschlüsse der Commonwealth-Konferenz und mit Rücksicht auf einige wichtige Nachwahlen in Südafrika am 30. Oktober hat Präsident Pieter Willem Botha in einer Wahlrede in dem kleinen Ort Bethlehem im erzkonservativen Oranje-Freistaat eine bemerkenswerte Drohung öffentlich ausgesprochen. Er kündigte Gegenmaßnahmen seiner Regierung an, falls Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika verhängt würden. Botha erklärte: „Wenn Südafrika seine Chromlieferungen zurückhält, würde eine Million Menschen in den USA ihre Arbeit verlieren, und in Europa käme die gesamte Automobilindustrie zum Stillstand." Ein besseres Verständnis der gegenseitigen Abhängigkeit zwischen Südafrika und dem Westen sei notwendig, zumal die Welt bei Südafrika oft andere Maßstäbe anlege.

Südafrikas Bevölkerung bestehe aus Minderheiten. Botha: „Wir reden täglich mit schwarzen Führern und sind auch weiterhin gewillt, mit vernünftigen Führern zu verhandeln." Auf die Befürchtungen der weißen Bevölkerung eingehend erklärte der Präsident, die Weißen des Landes müßten beschützt werden; das Ausland könne da keine entsprechenden Vorschriften geben. Doch hätten die Weißen die Tatsache zu akzeptieren, daß Reformen stattfinden müssen, meinte Botha. Er glaube nicht an ein Modell nach dem Schlagwort „Ein Mann – eine Stimme". Er wies jedoch darauf hin, daß jeder eine Stimme innerhalb einer für Südafrika geeigneten politischen Struktur erhalten sollte. Diese Struktur sollte eine Dominierung der einen Bevölkerungsgruppe durch eine andere verhindern.

Politische Beobachter sehen die Rede im Zusammenhang mit Bothas Bemühungen, die weiße Wählerschaft zu beruhigen. Die Befürchtungen der regierenden Nationalen Partei sind größer denn je, daß die Konservative Partei einen deutlichen Wahlsieg erringen könnte. „Darum", so ein führender konservativer Politiker zur WELT, „ist Botha jetzt konservativer als wir."

Derzeit exportiert Südafrika in bisher nie dagewesenem Maße Mineralien in den Westen. Das deutet nach Ansicht von Beobachtern auf Hamsterkäufe aus Europa und den USA hin, die in direktem Zusammenhang mit der derzeitigen politischen Situation stehen könnten. Andererseits ist Südafrikas Wirtschaft daran interessiert, möglichst umfangreiche Verkäufe zu tätigen, die aufgrund des niedrigen Randkurses gegenüber dem US-Dollar riesige Profite für die Minen bringen, aber gleichzeitig auch die Inflation anheizen. In einem Wirtschaftsbericht des „Business Day" vom Mai dieses Jahres heißt es, der Chromexport sei der viertgrößte Devisenbringer nach den Einnahmen aus Gold, Platin und Kohle.

Für das Jahr 1985 prognostiziert der Wirtschaftsfachmann der Witwatersrand-Universität, Professor Roger Gildow, einen Export von 1,2 Millionen Tonnen Chromerz im Wert von 850 Millionen Rand. Da der Randkurs inzwischen weiter gesunken ist, dürften die Erträge wesentlich höher liegen. Der Preis pro Tonne Chromerz beträgt derzeit rund 450 US-Dollar. Professor Gildow weist vor allem auf die Steigerung der Chromförderung und auf die totale Kapazitätsauslastung der einzelnen Produzenten hin, während im Jahre 1983 die Betriebe nur zur Hälfte ausgelastet waren. Nach einer Untersuchung der US-Regierung gehen 95 Prozent des südafrikanischen Chroms an Wirtschaft und Rüstung der USA.

In Anbetracht der hohen Deviseneinnahmen einerseits, der südafrikanischen Wirtschaftskrise und des Moratoriums bis zum Ende des Jahres andererseits, weisen Wirtschaftskreise in Südafrika darauf hin, daß der von Botha angedrohte Schritt für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes negative Folgen haben wird. Südafrika ist zwar der wichtigste Chromlieferant für die USA und den Westen, doch, so die Experten, dürfte dabei nicht außer acht gelassen werden, daß sowohl Zimbabwe als auch Bophutatswana über Chromreserven verfügen. Zwar kann davon ausgegangen werden, daß Bophutatswana mit den südafrikanischen Maßnahmen konform gehen würde, Zimbabwe jedoch nicht. Im letzten Fall müßten diese Exporte dann über die relativ unsicheren moçambiquanischen Häfen Beira und Maputo erfolgen, da Südafrika unter diesen Umständen kaum bereit wäre, zimbabwisches Chromerz zu transportieren.

Ohne Chrom geht es nicht

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

In einer Studie zum Thema „Südafrika und der Westen" der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft in Reutlingen heißt es: „Unter den strategischen Rohmaterialien gibt es einige, die um keinen Preis durch andere Materialien ersetzt werden können. Die Industrienationen sind absolut auf diese Materialien angewiesen: Ohne sie bricht ihr technologischer Fortschritt zusammen. Diese wirklich kritischen industriellen Metalle sind Chrom, Kobalt, Mangan und Platin. Ohne diese vier Metalle würde kein Düsenflugzeug fliegen, kein Automobil, keine Eisenbahn, und kein Kraftwerk funktionieren können. Die Nahrungsmittelverarbeitung würde ohne sie in Schwierigkeiten kommen und kein Restaurations-, Hotel- oder Krankenhausbetrieb könnte ohne Qualitätsminderungen aufrecht erhalten werden. Computer, saubere Luft und sauberes Wasser sind allesamt von diesen Mineralien abhängig. Von den vier erwähnten wichtigsten Metallen verfügt Südafrika (zusammen mit Bophuthatswana) über reiche Vorräte bei Platin (89 Prozent der Weltreserven), Chrom (84 Prozent der Weltvorräte) und Mangan (77 Prozent der Weltvorräte).

Vielfach werden mehrere Metalle bei Arbeitsprozessen gebraucht. Deshalb läßt sich nicht genau ermitteln, welcher Schaden beim Ausfall von Chrom entstehen würde. Bei den meisten Stahlveredelungs- oder anderen Prozessen ist Chrom jedoch ein unverzichtbarer Bestandteil. Es wird in der Produktion von Rollen und Walzenlagern benötigt. Durch Chromzusätze können rostfreie Stähle produziert werden, die korrosionsresistent sind und auch bei extremen Temperaturbelastungen, zum Beispiel in Raffinerien, ihre Festigkeit und Form nicht verlieren. Ohne südafrikanische Stahlveredler gäbe es kein Blech, keinen Herd, keine Heizung, keinen Wasserhahn, keine Rasierklinge. Chrom und Vanadium sind im Motor, Getriebe und Differenzial – die Automobilindustrie kommt ohne diesen Rohstoff nicht aus. Auch die Luftfahrtindustrie sowie die Elektronikindustrie brauchen unbedingt Chrom. Die Instrumente der Chirurgen und viele Arbeitsutensilien in Chemie-Labors sind ohne Chrom nicht denkbar.

Nach dem Handbuch für Metall-Rohstoffe des vergangenen Jahres bezieht die Bundesrepublik 55 Prozent ihrer Chrom-Importe aus Südafrika. Bei Frankreich sind es 75 Prozent, bei Großbritannien sogar 92. Nur die Sowjetunion fördert zur Zeit ausreichende Mengen, um einen Ausfall südafrikanischer Chrom-Exporte auffangen zu können. Die Sowjetunion besitzt aber nur etwa drei Prozent der Weltreserven. Das südafrikanische Chromerz ist außerdem am kostengünstigsten zu fördern. Bis zu einer Teufe von 300 Metern besitzt Südafrika drei Milliarden Tonnen. Mit diesen Vorräten könnte die heutige Weltproduktion etwa 300 Jahre aufrecht erhalten werden.

In Spanien weniger US-Soldaten?

AP, Madrid

Gespräche über die Verringerung der US-Truppen in Spanien sollen heute zwischen einer Delegation der amerikanischen Regierung und Vertretern des spanischen Außenministeriums in Madrid beginnen. Die amerikanische Botschaft in Madrid teilte mit, daß der Inhalt der Gespräche vorerst nicht bekanntgegeben werde. Die Vereinigten Staaten haben auf mehreren Stützpunkten rund 12 500 Armeeangehörige und knapp 1700 Zivilangestellte stationiert. Ein entsprechendes Abkommen war 1953 mit Staatschef General Franco geschlossen worden. Unter Ministerpräsident Gonzalez war es 1983 verlängert worden.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Priester-Kritik an Kardinal Glemp

AP, Bonn

Der polnische Primas Jozef Kardinal Glemp ist wegen seiner Äußerungen über die deutsche Minderheit im polnischen Machtbereich und die Vertriebenen auf Kritik katholischer Priester gestoßen.

Der vom Papst ernannte apostolische Visitator des Erzbistums Breslau in der Bundesrepublik Deutschland, Winfried König, widersprach der Ansicht Glemps, in der Bundesrepublik würde vor allem von den Vertriebenenverbänden „auf ziemlich künstliche Weise das Heimweh" aufrechterhalten.

Er erinnerte daran, „daß die Vertriebenenseelsorge entscheidend zur Eingliederung der Vertriebenen, zu Gewaltverzicht und Frieden beigetragen hat und weiter beiträgt, daß Gespräch und Aussöhnung ihre besonderen Anliegen sind, ohne auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Liebe zu verzichten", heißt es in einem gestern in Bonn veröffentlichten Beitrag für den „Heimatbrief der Katholiken des Erzbistums Breslau".



Premier Nakasone bei seinem letzten Treffen mit Präsident Reagan. FOTO: DPA

Japan will seine Rolle in der Weltpolitik ausfüllen

Vorrang für Friedenssicherung / Vor Dialog mit Moskau

FRED de LA TROBE, Tokio

Der japanische Ministerpräsident Nakasone wird heute bei einer Rede vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen in New York Japans Rolle als friedenliebendes Land betonen. Er wird die uneingeschränkte Unterstützung Tokios für die amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsverhandlungen und positive Beiträge seines Landes für Frieden und Prosperität in der Welt herausstreichen.

Aus dem Stab Nakasones verlautet, der auf Ausgleich und Entspannung liegende Akzent der Rede des Premiers sei zu einem wesentlichen Teil für den Inlandskonsum in Japan bestimmt: Der lautstarken Opposition im Parlament gegen den neuen fünfjährigen Verteidigungsplan und die Aufstockung der Militärausgaben solle der Wind aus den Segeln genommen werden. Der Premier wünscht einen reibungslosen Ablauf der Parlamentssitzung, um Widerstände gegen eine Verlängerung seiner im nächsten Jahr ablaufenden Amtsperiode abbauen zu können.

In einer Erklärung anläßlich der Eröffnung der Herbstsitzung des japanischen Parlaments vor einigen Tagen hatte Nakasone schon hervorgehoben, daß Japan den weltweiten Erwartungen auf eine größere Rolle in der Weltpolitik gerecht werden müsse – und das nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch in der Politik. Außer den Bekundungen für Frieden und Dialog zeichnen sich aber in den Äußerungen des Premiers wieder nur ökonomische Vorstöße zur Überwindung der globalen Engpässe ab.

So will Japan seine staatliche Wirtschaftshilfe an die Entwicklungsländer im Laufe der nächsten sieben Jahre gegenüber der vorausgehenden Vergleichsperiode verdoppeln. Ein führender Politiker der Regierungspartei, Susumu Nikaido, brachte außerdem den Gedanken eines „japanischen Marshall-Plans" ins Gespräch, nach dem amerikanische Getreideüberschüsse mit Geldern Japans erworben und an bedürftige Staaten verteilt werden sollen. Dieses Projekt ist allerdings noch nicht spruchreif, wird in Tokio aber beraten.

Nakasone trifft während seines USA-Aufenthaltes auch mit Präsident Reagan zusammen; anschließend nimmt er an der Gipfelkonferenz der fünf westlichen Regierungschefs teil. Bei seinen Gesprächen mit Reagan hofft der Premier, die von wirtschaftlichen Gegensätzen überschatteten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten festigen zu können. Nakasone glaubt, daß enges Einvernehmen im westlichen Lager eine unerläßliche Voraussetzung für erfolgversprechende Verhandlungen mit den Sowjets ist.

Hinsichtlich der amerikanischen Pläne zur Entwicklung von Weltraumwaffen will Nakasone erneut Tokios „Verständnis" für das Vorhaben ausdrücken, sich aber eine endgültige Entscheidung vorbehalten. Auch in dieser Frage möchte er einen Streit im japanischen Parlament vermeiden. Die japanische Industrie hat an den Plänen bisher auch nicht allzu großes Interesse bekundet.

Zu Nakasones Demonstrationen für den Frieden passen auch seine Bemühungen für eine Klimaverbesserung zwischen Moskau und Tokio. Beide Länder kamen überein, daß der sowjetische Außenminister Schewardnadse im Januar Japan besuchen wird, und daß dann Verhandlungen über den Abschluß eines Friedensvertrages aufgenommen werden. Die Visite Schewardnadses wird den seit neun Jahren unterbrochenen Kontakt auf Außenministerebene zwischen beiden Staaten wieder herstellen. Es bleibt aber fraglich, ob die Sowjets in der Frage der japanischen Territorialansprüche – Tokio fordert die Rückgrabe von vier Inseln nördlich von Japan – Zugeständnisse machen werden. (SAD)

In Syrien baut Moskau Front gegen Ankara auf

Grenzsorgen beim NATO-Partner Türkei / 64 Ostblock-Sender

CAY GRAF BROCKDORFF, Sarp

Bei Sarp wird die Küstenstraße, die am Ufer des Schwarzen Meeres am steil aufragenden Gebirge entlangführt, plötzlich unterbrochen. Ein Tor verriegelt die Weiterfahrt. Ein hoher Zaun, Wachtürme und Minenfelder verkünden, daß hier das Sowjetimperium beginnt. 1938 ließ Stalin die Grenze schließen, Türken diesseits und jenseits wurden getrennt, Familienbande durchschnitten. Michail Gorbatschow, der neue Herr im Kreml, hat die Grenze nicht wieder öffnen lassen. NATO und Sowjetunion stoßen hier aufeinander, inmitten bewaldeter Berge und Teeplantagen.

Die kleine Gruppe ausländischer Journalisten, die den Grenzposten in der entlegenen Ost-Türkei besuchen darf, genießt ein seltenes Privileg: Angehörigen der Botschaften von NATO-Staaten in Ankara, die sich seit Jahren darum bemühen, Sarp besuchen zu können, wird die Fahrt dahin verwehrt. Die Türkei möchte die Sowjetunion nicht provozieren.

Sie verzichtet deshalb auch darauf, den 60 Millionen Turkomanen in der Sowjetunion ein türkisches Radioprogramm anzubieten. Die Türken senden nur für den Eigengebrauch innerhalb ihrer Grenzen. Der Ostblock legt sich diese Zurückhaltung nicht auf: 64 Rundfunksender strahlen kommunistische Programme in türkischer Sprache aus, allen voran Radio Moskau und die „DDR". Ost-Berlin betreibt den in der ganzen Türkei bekannten Sender „Bizim Radio", was soviel heißt wie „Unser Radio". Der Sender ist gut zu hören, bedient sich nach türkischen Angaben einer ausgewählt guten türkischen Sprache und ist offensichtlich sehr bemüht, Unruhe zu stiften.

Terroristische Untergrundgruppen, die nach türkischen Angaben noch immer im Lande versteckt sind, holen sich bei diesem Sender geistiges Rüstzeug. Nach der Machtübernahme der türkischen Militärs wurden im Lande 800 000 Waffen beschlagnahmt, die meisten davon aus der Produktion des Warschauer Pakts. In Syrien gibt es nach wie vor ein halbes Dutzend Militärlager, in denen nach türkischen Angaben Landsleute von sowjetischen und „DDR"-Instrukteuren zu Terroristen ausgebildet werden. Eine Anzahl von ihnen wurde in der Türkei verhaftet, sie waren jeweils mit sowjetischen Maschinenwaffen aus bulgarischer Produktion ausgestattet.

Riegel vor dem Golf

Syrien ist für die Türkei eine neue Bedrohungsfront. In Ankara sprechen Offiziere der türkischen Armee ganz offen von ihrer Sorge, daß die Sowjetunion im Fall eines Konflikts mit der NATO von dort eine neue strategische Front gegen die Türkei eröffnen könnte. Die Sowjetunion habe 2000 Kampfpanzer des neuesten Typs T-72 an Syrien geliefert. 1000 seien der syrischen Armee übergeben worden. Die anderen 1000 stünden in sowjetischen Depots und würden von sowjetischen Soldaten bewacht. Im Ernstfall brauche die Sowjetunion nur noch rechtzeitig die Besatzungen für diese Panzer ins Land zu fliegen. Im Norden Syriens entstünden ferner eine Anzahl neuer Militärflugplätze, deren Bau keinen Sinn machen würde, wenn sie nicht gegen die Türkei gerichtet wären.

Die Beendigung chaotischer Verhältnisse durch das türkische Militär ist nach Ansicht hoher Beamter im türkischen Außenministerium als strategische Niederlage der Sowjetunion zu werten. Sie habe lange und mit Nachdruck daran gearbeitet, das Land im Chaos versinken zu lassen, um eine kommunistische Machtübernahme zu ermöglichen. Der historisch immer wieder gesuchte freie Weg der Russen durch die türkischen Meerengen wäre dann frei gewesen, der Persische Golf hätte in greifbarer Nähe gelegen, denn die anatolische Landmasse, die wie ein Riegel den sowjetischen Vormarschweg blokkiert, wäre als Hindernis entfallen.

Treue zu Atatürk

In Ankara reagiert man empfindlich auf Kritik an der Machtübernahme durch die Militärs. Man sagt, die Armee halte als einzige Instanz des Staates unbeirrt an den Thesen des Staatsgründers Atatürk fest, der die Republik mit einer demokratischen Verfassung geschaffen habe, Staat und Islam voneinander trennte und dem Despotismus des Osmanischen Reiches ein Ende bereitete. Dreimal schon habe die türkische Armee zur Rettung dieser Ziele die Macht an sich gerissen. Dreimal habe sie freiwillig wieder auf die Macht verzichtet und sie in die Hände von Zivilisten und einer gewählten Regierung zurückgegeben. Es bestehe kein Zweifel daran, daß die türkische Armee auch ein viertes Mal einschreiten würde, wenn Religion oder Anarchie Atatürks Erbe bedrohen würden. Die riesige Türkei hat nur 40 000 Polizeibeamte, viel zu wenig um zu bemerken, daß damals militante Gewerkschaftsflügel sich planmäßig mit Hilfe der Sowjetunion bewaffneten. Mit viel Mühe baut Premier Özal jetzt die Polizei aus, um zu verhindern, daß bei jedem Zwischenfall gleich die Armee eingreifen muß.

Eine Gefahr scheint auch der Zug der Re-Islamisierung zu sein, der durchs Land geht. Die Militärregierung ist mit viel Eifer gegen die türkischen Rechtsparteien vorgegangen, die mit der Botschaft des Islam eigene politische Ziele verfolgten. Heute breitet sich der Islam auf individuellen Wegen aus. Jugendliche beachten islamische Kleidungsvorschriften. Nicht viele, doch im Straßenbild findet man Beispiele. Die Militärs sehen das mit wachen Augen, werden jedoch nicht eingreifen, solange islamische Gebote nicht Staatsgebote zu werden drohen. SAD



Abrüstungsexperte Paul Nitze FOTO: JUPP DARCHINGER

Bonn ehrt Nitze mit dem Verdienstkreuz

FRITZ WIRTH, Washington

Paul Nitze, Sonderberater des amerikanischen Außenministers in Rüstungskontrollfragen und im Vorfeld des Genfer Gipfeltreffens eine der Schlüsselfiguren der amerikanischen Abrüstungspolitik, ist am Montagabend in der Residenz des deutschen Botschafters Günther van Well in Washington mit dem „Großen Verdienstkreuz mit Stern" ausgezeichnet worden.

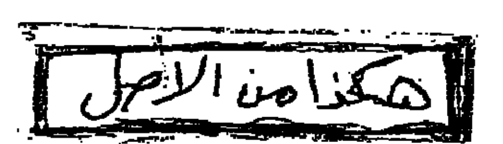
Das „Große Verdienstkreuz mit Stern" ist eine der höchsten Auszeichnungen, die an ausländische Politiker vergeben werden kann.

Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher war zur Verleihung von New York herübergekommen und feierte Paul Nitze als einen „Veteranen der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit". Dieses Jahr sei der Beginn eines neuen Kapitels der deutsch-amerikanischen Beziehungen. „Wir leben in einer Zeit großer Entscheidungen", sagte Genscher „und wir sind sehr froh darüber, daß Sie diese Entscheidungen in einer so wichtigen Position mitgestalten."

Genscher fügte hinzu: „Wir hatten immer Vertrauen zu Ihnen, ob sie am Schreibtisch oder am Verhandlungstisch sitzen, oder ob sie im Walde spazieren gehen" – eine Anspielung auf Nitzes Rolle und Bemühungen bei den vorletzten Abrüstungsverhandlungen mit den Sowjets in Genf. Die Denkspiele Nitzes und des sowjetischen Abrüstungsexperten Juli Kwizinski fanden in Washington und Moskau jedoch keine Gegenliebe.

Paul Nitze, 78, stammt aus Neuengland, hat deutsche Vorfahren und war in seinem Leben als Bankier wie als Beamter höchst erfolgreich. Seine Arbeit im Verteidigungsministerium machte ihn in fast zwei Jahrzehnten zum Experten für Abrüstungsfragen.

Für die Auszeichnung bedankte er sich mit den Worten: „Ich habe immer großen Respekt vor der Bundesrepublik und ihrer Arbeit für den Frieden gehabt. Ich habe bisher stets versucht, das Beste für mein Land zu tun. Die Tatsache, daß sie mich nun für meine Arbeit auszeichnen, zeigt, wie groß die gemeinsamen Interessen unserer beiden Länder sind."



Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gedenkminute

„Im Bundestag Gedenkminute für Moloise"; WELT vom 20. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Deutsche Bundestag, das Hohe Haus, hat für den Mörder und Terroristen Moloise, einen schwarzen Rassisten, eine Gedenkminute abgehalten. Wann hat der Deutsche Bundestag je eine Gedenkminute für einen von „DDR"-Grenzsoldaten getöteten Mitteldeutschen abgehalten? Wann hat das Hohe Haus je eine Gedenkminute für von Spielzeugbomben zerfetzte afghanische Kinder abgehalten? Wann haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages je darüber nachgedacht, wie sie in späteren Geschichtsbüchern dargestellt werden, oder ob sie überhaupt einer einzigen Zeile für wert befunden werden? Denn der Deutsche Bundestag hätte ebenso gut wie für den Moloise eine Gedenkminute für die vom schwarzen Pöbel ermordeten schwarzen Polizisten – zum Teil verbrannten Polizisten (!) abhalten können. Doch dafür sind seine Miglieder wohl zu berechnend. Diese Mitglieder rechnen sich nämlich aus, daß ein ganz anderes Südafrika, in dem die Apartheid abgeschafft wäre, da dann alle Rassen gleichermaßen unterdrückt wären, der Segen für die freie – noch freie – Welt wäre. Denn die von Südafrika gelieferten Rohstoffe, von denen unser Überleben abhängt, würden dann von Moskau aus kontrolliert. Dies ist sicherlich das Ziel einiger Abgeordneter auch meiner Partei, der FDP. Andere Unternehmungen wie zum Beispiel die Einladung an eine Parlamentarierdelegation der CSSR oder die angestrebten Beziehungen zur „DDR"-Volkskammer lassen auch darauf schließen.

Mit freundlichen Grüßen
Andreas Behrens,
Köln 30

*

Die Hinrichtung des ANC-Revolutionärs Moloise war nicht nur rechtlich problematisch und unmenschlich, sondern auch innen- und außenpolitisch unklug. Allerdings haben unsere Kirchenleute und Politiker kein Recht zu klagen, dies müsse nun den revolutionären Terror anheizen. Sie selbst tun ja ständig nichts anderes als dies, wenn sie für „ihre Revolutionäre" beten oder sie sonst moralisch oder finanziell unterstützen. Von einer reformbereiten Regierung wie derjenigen Bothas werden Fähigkeiten verlangt, die in der erforderlichen Kombination überall nur äußerst selten zu finden sind: nämlich die nötige Härte, um an der Macht zu bleiben, und gleichzeitig die nötige Flexibilität, um das für die Reform Notwendige und Mögliche zu erkennen und anderen plausibel zu machen. Sicherlich fehlt diese Kombination in Südafrika erst recht jenen weißen Geschäftsleuten und Jungpolitikern, die kürzlich Kontakt zur ANC-Führung suchten. In Hinblick auf die erste Sorte sagte schon Lenin, die Kapitalisten produzierten selbst die Stricke, an denen sie aufgehängt würden. Die andere Sorte nannte Kurt Schumacher „trojanische Esel".

Professor Heinz-Dietrich Ortlieb,
Hamburg 52

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

seit drei Tagen erleben, sehen und hören wir die Mutter Moloise auf dem Bildschirm, minutenlang, eine Mutter, deren Sohn einen Mord geplant und möglicherweise selbst begangen hat. Dagegen vermißt man die Worte der Mutter des ermordeten Polizisten, welche offenbar noch von keinem Team aufgesucht wurde. Sie hat gewiß dazu ebenfalls etwas zu sagen.

Der Deutsche Bundestag hat sich zu Ehren Moloises erhoben. Man kann doch sicher ganz überzeugt sein, daß sich unsere Volksvertretung ebenfalls zu Ehren des seinen Dienst versehenden, geplant ermordeten Polizisten – wohl auch zu der des feige meuchlings erschossenen Kreuzfahrers der „Achille Lauro" – erhoben hat.

Wann wird das im Fernsehen gezeigt?

Mit freundlichem Gruß
Dr. Ralf Wendt,
Heidenheim (Brenz)

Wort des Tages

„Ihr werdet die Schwachen nicht stärken, indem ihr die Starken schwächt. Ihr werdet nicht Brüderlichkeit schaffen, indem ihr Klassenhaß schürt. Ihr werdet den Armen nicht helfen, indem ihr die Reichen ausmerzt. Ihr könnt den Menschen nicht auf Dauer helfen, wenn ihr für sie tut, was sie selber für sich tun sollten und könnten."

Abraham Lincoln, amerikanischer Staatsmann (1805–1865)

Cui bono?

Sehr geehrte Damen und Herren,

Genschers außenpolitische Rösselsprünge erregen offenes Grollen bei der CSU, Befremden bei der CDU, Beifall bei der SPD und Staunen bei dem interessierten Zuschauer. Wessen Außenpolitik wird hier betrieben? Soll nach Angola, Mozambique, Äthiopien auch noch Südafrika an die Russen ausgeliefert werden? Muß sich nicht jeder Deutsche schämen, wenn der Außenminister eines Volkes, das fünf Millionen wehrloser Juden hingemordet hat, eben diesen Rechtsbruch vorwirft, wenn sie sich nun gegen Mörder wehren, denen Nachbarn rechtswidrig Unterschlupf gewähren? Cui bono? fragt seit Jahrtausenden der erfahrene Kriminalist, wem nützt es?

Und schon lüftet sich der Schleier: Genscher ist nicht mehr Vorsitzender der FDP. Seine Tage als Außenminister sind gezählt. Was dann? Der Posten des UNO-Generalsekretärs wäre doch etwas. Und wer wählt diesen? Na also!

Mit freundlichen Grüßen
Ingeborg Koenigk,
Krefeld 1

„Landshut"

Sehr geehrte Herren,

das Verhalten der NATO-Verbündeten Italien gegenüber den Vereinigten Staaten in der Angelegenheit der Schiffsgeiseln erinnert an die seinerzeitige Entführung des Lufthansa-Flugzeuges „Landshut"; damals landeten die Entführer ebenfalls in Italien und wurden schnell weitergeleitet nach Athen. Erst in Somalia wurde den Terroristen Halt geboten.

Somalia war damals keinesfalls ein besonders begünstigter Staat durch den Westen. Außer der Deutsch-Somalischen Gesellschaft gab es zu Somalia kaum Beziehungen. Trotzdem hat dieses tapfere Volk und seine Regierung sofort dem internationalen Terror Paroli geboten. Erstaunlicherweise sind diese Tatsachen nicht mehr im Gedächtnis der zuständigen Politiker, denn sonst hätte man wahrscheinlich die Maschine nach Mogadischu geleitet, wo sie bestimmt festgehalten worden wäre.

Leider muß bei dieser Gelegenheit auch darauf hingewiesen werden, daß sich die damaligen Äußerungen des Bundeskanzler Schmidt „Wir werden Euch dies nie vergessen!" wohl mehr auf den zweiten Teil des Satzes „vergessen" bezogen hat. Niemals hat der Herr Bundeskanzler oder der am längsten dienende Außenminister – Herr Genscher – bei ausgedehnten Auslandsreisen um eine Landeerlaubnis in Mogadischu nachgesucht.

Seit Jahren wird mit Vorliebe das kommunistische Äthiopien unterstützt und vor einigen Jahren war ein Vorschlag im Gespräch, um einen Staatenbund mit wirtschaftlicher Vereinigung zwischen Äthiopien, Kenia, Somalia und Tansania zu gründen. Natürlich hätte Äthiopien als bevölkerungsreichstes Land mit kommunistischer Führung die anderen Staaten spielend in die kommunistische Vorherrschaft gezwungen.

Was muß eigentlich bei uns geschehen, bis man sich alter Freunde entsinnt?

Mit freundlichen Grüßen
Hein Ruck,
Hamburg 11

Zweifel an SPD

„Geht es wirklich um die Wiedervereinigung?"; WELT vom 15. Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich geht es langfristig in der Deutschlandpolitik um die Wiedervereinigung, und zwar ist ein deutsches Staatsgebilde dann relevant, wenn die Freiheit für alle Deutschen erreicht ist. Aber inwiefern kann sich Herr Schmude vorstellen, daß diese Lösung auch anders als in einem einheitlichen Staat gefunden werden kann? Was heißt denn „anders"? Kann man sich denn in Ausübung seines Selbstbestimmungsrechts etwa gegen die Freiheit, gegen auf einer solchen beruhenden nationalen Basis entscheiden? Wer dies tun möchte, bitte. Aber diese Minderheit wird im Rahmen einer demokratischen Ordnung keine Chance haben.

Diese oft unklaren und zu Widersprüchen neigenden Definitionen der SPD-Politiker lassen immer wieder Zweifel aufkommen. Leider sind nach wie vor Fragen berechtigt.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Sabrey,
Freiburg

Personalien

PRÄSIDIALAMT

Offizielles und Privates mischen sich, wenn Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** heute Straßburg besucht. Der Bundespräsident wird zunächst auf Einladung von **Pierre Pflimlin**, Präsident des Europaparlamentes, vor den Parlamentariern eine Rede halten. Pflimlin bittet anschließend seinen deutschen Gast im Palais Rohan zu einem Essen. In Straßburg wird der Bundespräsident auch das Münster besuchen und dann einen Bummel durch Straßburgs malerische Fußgängerzone machen.

GEBURTSTAG

Der Chefredakteur der Deutschen Presse-Agentur, Dr. **Hans Benirschke**, feiert am Samstag seinen 60. Geburtstag. Benirschke leitet seit dem 1. Januar 1968 die Redaktion der Deutschen Presse-Agentur (dpa) in Hamburg. Er ist nach **Fritz Sänger** und **Erich Eggeling** der dritte Chefredakteur der dpa, einer der größten Nachrichtenagenturen der Welt. Hans Benirschke wurde 1925 in Christdorf im Altvatergebirge im Ostsudetenland als Sohn eines Bauern geboren. Als Fallschirmjäger geriet er in amerikanische Kriegsgefangenschaft und holte dort das Abitur nach. Nach der Entlassung aus der Gefangenschaft studierte er in Würzburg Neue Geschichte, Soziologie, Philosophie und Anglistik und promovierte 1951. 1953 trat Benirschke in die Auslandsredaktion der dpa ein und übernahm im Januar 1958 die Leitung des dpa-Büros in London. Vom Frühjahr 1963 bis Ende 1965 arbeitete er als Korrespondent für die „Süddeutsche Zeitung" und eine Reihe anderer Blätter in der britischen Hauptstadt. Der Aufsichtsrat der dpa bestellte Benirschke am 1. Januar 1966 zum stellvertretenden Chefredakteur. Als Erich Eggeling mit dem 31. Dezember 1967 in den Ruhestand ging, trat Benirschke seine Nachfolge an.

AUSZEICHNUNGEN

Als erste Marburger Kommunalpolitikerin ist die 81jährige **Gertrud Röhr** mit dem Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Oberbürgermeister Dr. **Hanno Drechsler** würdigte bei der Überreichung der Ehrung im Marburger Rathaus, daß sich die liberale Kommunalpolitikerin fast drei Jahrzehnte lang als Stadtverordnete und ehrenamtliche Stadträtin vor allem für die kulturellen und sozialen Bedürfnisse der Marburger Bürger eingesetzt hat.

*

Im Kurfürstlichen Schloß zu Mainz wurde zum ersten Mal der Fachinger Kulturpreis in einer Gesamthöhe von 20 000 Mark verliehen. Die Firma Staatliche Mineralbrunnen Siemens Erben hat damit ein uneigennütziges Mäzenatentum gegründet, das unter der Schirmherrschaft des Kultusministers von Rheinland-Pfalz, Dr. **Georg Gölter**, steht. Staatssekretär Professor Dr. **Konrad Mohr**, der als Vertreter des Kultusministers zur Preisverleihung gekommen war, sagte zum Wettbewerb, es sei ein schweres Unterfangen, einen Brief als literarische Form zu wählen, denn ein Brief könne nur Ausdruck einer augenblicklichen Realität, nur eine subjektive literarische Quelle sein. Den ersten Preis (7000 Mark) erhielt Dr. **Dagmar von Gersdorff** für einen Rollenbrief, der die Bezüge zur Gegenwart (zum Beispiel die Teilung Deutschlands) literarisch-historisch verkleidet. Der zweite Preis (5000 Mark) ging an Dr. med. **Frank Doerbeck**. In seinem Brief an Goethe wird die heutige Jugendsprache zum konsequent durchgehaltenen Stilmittel, und er überzeugt zudem durch die Art der Auseinandersetzung zu dem gestellten Thema. Der dritte Preis (3000 Mark) erhielt **Lilo Elster** für den originellen Einfall, die Natur selbst an Goethe schreiben zu lassen. Weitere fünf Preise mit je 1000 Mark wurden als gleichwertige Auszeichnungen verliehen.

VERNISSAGE

Minister Dr. **Ottokar Hahn**, Bevollmächtigter des Saarlandes beim Bund, unterstützt vom Bundesland Hessen, zeigt zur Zeit in den Bonner Räumen der Saarland-Vertretung eine Ausstellung über **Hans Staden**, der zu den frühen Chronisten Brasiliens gehört. Nach abenteuerlichen Reisen wieder zurück im heimatlichen Wolfhagen schrieb er 1556 eine „Wahrhaftige Historia", die bei Südamerika-Forschern auch heute noch „zu dem Ergreifendsten gehört, was die deutsche Literatur bietet". Die Ausstellung steht im Rahmen der Veranstaltungen der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft in Bonn, die ihr 30jähriges Bestehen feiert. Mit Bildtafeln und indianischen Exponaten erinnert die Landesvertretung heute an die Leistung Stadens. Seine Berichte über das Leben der brasilianischen Ureinwohner sind von der modernen Indio-Forschung bestätigt worden. Unter den zahlreichen Gästen in der Landesvertretung waren Professor Dr. **Hermann Görgen**, Gründer und Präsident der Deutsch-Brasilianischen Gesellschaft, Brasiliens Gesandter in Bonn, **Adolf Libert Westphalen**, der Präsidenten-Berater Professor **Paulo Brossard** aus Brasilia, der Minister beim Obersten Brasilianischen Rechnungshof **Alberto Hoffmann** und die brasilianischen Senatoren **Lomanto Junior** und **Gabriel Hermes**.

*

Rund 1000 Arbeitsstunden hat der Münchener Kunstmaler **Kurt Huber** aufgewandt, um Vergangenheit und Zukunft der Eisenbahn darzustellen. Sein 4,72 m breites und 2,34 m hohes, in Mosaiktechnik ausgeführtes Gemälde wurde vor rund 400 Ehrengästen im Gebäude der Bundesbahndirektion München enthüllt. Es zeigt den ICE (Intercity Experimental)-Zug der Zukunft in dem ehemaligen, von 1847 bis 1849 erbauten Münchener Hauptbahnhof. Das Kolossalwerk ist ein Geschenk der Sparda-Bank und der Eisenbahner-Versicherungsgruppe (DEVK) zum 150. Jahrestag der deutschen Eisenbahn.

VERÄNDERUNG

Das in Hamburg erscheinende „Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt" wird am 1. Januar 1986 zwei neue Chefredakteure bekommen. Der Aufsichtsrat der Hansischen Druck und Verlagshaus GmbH berief **Günter Geschke** und **Dietrich Sattler** zu gleichberechtigten Leitern der protestantischen Wochenzeitung. Sie sind Nachfolger des bisherigen Chefredakteurs **Eberhard Maseberg**, der mit Jahresende in den Ruhestand tritt. Maseberg leitete die Zeitung, die derzeit eine Auflage von 122 000 Exemplaren hat, seit 17 Jahren. Das Sonntagsblatt wird damit erstmals in seiner Geschichte zwei Chefredakteure haben. Stellvertretender Chefredakteur bleibt **Siegfried von Kortzfleisch**. Geschke und Sattler gehören beide bereits der Redaktion an.

Am 19. Oktober 1985 starb nach schwerer Krankheit der Leiter unseres tesa-Industrie-Vertriebs, Herr

Dr. Rolf-Peter Schreiber

im Alter von 54 Jahren.

Mehr als 25 Jahre war Herr Dr. Schreiber für uns tätig und führte in dieser Zeit das tesa-Industriegeschäft zu der heutigen Größe und außergewöhnlichen Marktstellung.

Seiner umsichtigen Handlungsweise und Sachkenntnis verdanken wir eine stetige, erfolgreiche Entwicklung in diesem Marktbereich sowie ein vertrauensvolles Verhältnis zu den Großabnehmern der Industrie.

Herr Dr. Schreiber wird uns unvergessen bleiben.

BEIERSDORF AG
Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter

Die Beerdigung findet am 28. 10. 1985 um 13.00 Uhr auf dem Rellinger Friedhof statt.

Durch einen tragischen Verkehrsunfall verloren wir am 14. Oktober 1985 unseren Gesellschafter und Geschäftsführer, Herrn

Gerhard Gottschalk

Wir trauern um einen treuen Partner und Kollegen, der über zwei Jahrzehnte in vorbildlicher Pflichterfüllung für unsere Firma tätig war.

Wir sind dem Verstorbenen zu Dank verpflichtet und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter
SIEMSSEN & CO. (GmbH. & Co.)

Hamburg 13, den 23. Oktober 1985
Mittelweg 136

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Unser Herz ist unruhig, bis es ausruht in Dir, o Herr.

Horst Lockau

* 12. 4. 1920 † 21. 10. 1985

In Liebe
Deine Schwester Inge

Lütjenmoor 28
2000 Norderstedt

Wir nehmen Abschied am 31. Oktober 1985 um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Rahlstedt, Am Friedhof 11, 2000 Hamburg 73.

Weltblatt für Deutschland
DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
W 3412

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 566

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,90 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

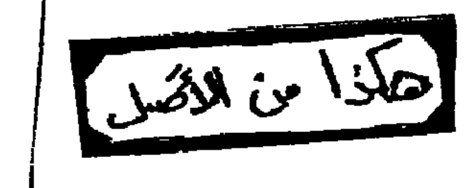
Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.



Italien fühlt sich verletzt, begehrt gegen USA auf

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die amerikanisch-italienische Kontroverse in der Abul-Abbas-Affäre hat in der italienischen Bevölkerung ein längst überwunden geglaubtes Phänomen reaktiviert: Den national motivierten, ressentimentgeladenen Anti-Amerikanismus.

Noch scheint die Strömung schwach und vor allem auf gewisse Kreise einer „Nationalen Linken" begrenzt. Die Gefahr, daß sie sich verstärken und eines Tages eine „Yankee-go-home-Kampagne" nach griechischem Vorbild auslösen könnte, ist jedoch nach Ansicht politischer Beobachter Roms durchaus ernst zu nehmen.

Selbst bei den leidenschaftlichsten Befürwortern einer Politik enger amerikanisch-italienischer Freundschaft und bei der großen Volksmehrheit, die gefühlsmäßig proamerikanisch eingestellt ist, hat das Vorgehen Washingtons nach der auf dem sizilianischen NATO-Flugplatz Sigonella erzwungenen Landung der ägyptischen „Boeing" mit Abul Abbas und den vier palästinensischen „Achille Lauro"-Entführern an Bord Verwirrung gestiftet und eine gewisse Reaktion des verletzten Nationalstolzes provoziert.

Daß die italienische Souveränität in diese Phase des „Achille Lauro"-Dramas mindestens bei zwei Gelegenheiten verletzt wurde, steht heute für fast alle Italiener fest. Sogar der republikanische Verteidigungsminister Spadolini, der aus Protest gegen die von Ministerpräsident Craxi und Außenminister Andreotti arrangierte Freigabe von Abul Abbas zurücktrat, sprach dieser Tage von einem Verhalten, das an einen Cowboy erinnere. Er spielte damit auf die unangemeldete Landung von 50 schwerbewaffneten US-Marines in Sigonella an und auf die von den Italienern nicht erlaubte Verfolgung der ägyptischen „Boeing" durch ein amerikanisches Jagdflugzeug bei deren Flug von Sigonella nach Rom.

Beifall der Kommunisten

Als Craxi vor seinem Rücktritt im Parlament gegen dieses Vorgehen unter Berufung auf die nationale Würde protestierte, fand er im Volk fraglos breite Zustimmung. Und er fand auch den begeisterten Beifall der Kommunistischen Partei, die keine Minute zögerte, sich auf den Kamm dieser Stimmungswelle zu schwingen.

Sie ließ sich sogar zu erstaunlichen Eskapaden hinreißen. So unterstellte sie nicht nur, daß Washington Italien als eine „amerikanische Provinz" betrachte, sie verglich auch die jetzige Reaktion im Volk mit dem Aufschrei der Empörung der damals faschistisch organisierten Jugend Italiens, als Frankreich und England wegen Mussolinis Aggression in Äthiopien das Land mit Sanktionen belegten.

Die kommunistische „Unita" druckte den Artikel des pazifistischen Schriftstellers Giovanni Giudici ab, der seinerzeit, wie alle seine Jahrgangsgenossen, der faschistischen Jugendorganisation „Balilla" angehört hatte.

Giudici schrieb: „Ja, wir hatten damals recht, trotz unserer Balilla-Uniformen, unserer lächerlichen Feze und unserer zwangsweise angelegten Schwarzhemden ... Eine große Gefühlsbewegung im Volk kann nicht durch das Nadelöhr allzu vieler elitärer Alchimien und der politischen Routine geben. Erst jetzt werden wir uns bewußt, daß Italien wie Polen ist, das heißt mit einer begrenzten Souveränität, und daß uns die Amerikaner als Kolonie benutzen."

Im Namen Garibaldis

Jetzt, so schloß dieser von der „Unita" bezeichnenderweise für abdruckenswert befundene Kommentar, könne man es ja sagen: „Die Resistenza war gerecht, weil sie antideutsch war, der Antifaschismus war es weniger, weil er antinational war."

So wurde Hunderttausenden von Genossen die Analogie suggeriert: Gestern das Italien der Schwarzhemden und Balilla als harmloser Nachzügler des Kolonialismus im Selbstbehauptungskampf gegen die übermächtigen Kolonialmächte England und Frankreich – heute die große Volksbewegung, diesmal im roten Hemd des Freiheitshelden Garibaldi, gegen die amerikanischen Kolonialherren.

Auch andere Signale aus dem Lager einer über Nacht aus dem Boden geschossenen „Nationalen Linken" kündigen das Wiederhochkommen überwunden geglaubter Themen wie Neutralismus, Auflösung der Militärblöcke und Abschaffung der amerikanischen Militärbasen in Italien an. Der Parteisekretär der linksextremen Demoproletarier, Capanna, forderte bereits ganz offen den Abbau aller US-Stützpunkte im Land.

Von der überwiegenden Mehrheit des Volkes wird dieser linkslastige Nationalismus sicherlich nicht geteilt. Aber auch bei ihr ist die nationale Souveränität, die in den letzten Jahrzehnten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses immer weniger ins Bewußtsein der Menschen getreten war, wieder zu einem aktuellen Thema geworden.

Dem trug auch Craxi Rechnung, als er sofort nach seiner Wiederbeauftragung mit der Regierungsneubildung unterstrich, daß die neue Regierung „die Unabhängigkeit der Nation" garantieren müsse.

Flüchtlinge vor Zugriff Vietnams nicht sicher

Wörner besucht kambodschanisches Lager in Thailand

RÜDIGER MONIAC, Bangkok

Der militärische Konflikt in Indochina, der sich als Kampf um die Vorherrschaft der beiden kommunistischen Großmächte Sowjetunion und die Volksrepublik China in Kambodscha darstellt und bei dem auch Thailand als Anrainer betroffen ist, wird sich nach Ansicht diplomatischer Kreise in Bangkok in den nächsten Monaten während der Trockenzeit verschärfen.

Einen Eindruck von dem Kräfteringen erhielt auch Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner, der vor wenigen Tagen ein Flüchtlingslager auf thailändischem Boden im östlichen Distrikt Ta Phraya besuchte.

In der Nacht zuvor waren bei der Explosion einer Handgranate im Lager „Site Two", das unter der Verwaltung des Hauptlagers Khao-I-Dang steht, zwei vietnamesische Flüchtlinge getötet und 15 weitere Personen, unter ihnen auch Kinder, zum Teil schwer verletzt worden.

„Site Two", von der Grenze nach Kambodscha nur wenige Kilometer entfernt, beherbergt 120 000 Flüchtlinge. Solche blutigen Zwischenfälle sind hier an der Tagesordnung. Beim letzten vermutet man vietnamesische Drahtzieher im Hintergrund, die unter Ausnutzung der Grenznähe den terroristischen Anschlag ausführen ließen, um unter den Flüchtlingen Angst und Schrecken zu verbreiten und so die Ordnung des dürftigen Lagerlebens zu stören.

Für die Versorgung der Menschen, die unter ärmlichsten Verhältnissen zurechtkommen müssen, fühlt sich der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge verantwortlich, dessen Organisation eine offensichtlich funktionierende Verwaltung unterhält. Für die Sicherheit der Menschen kann sie allerdings nicht garantieren.

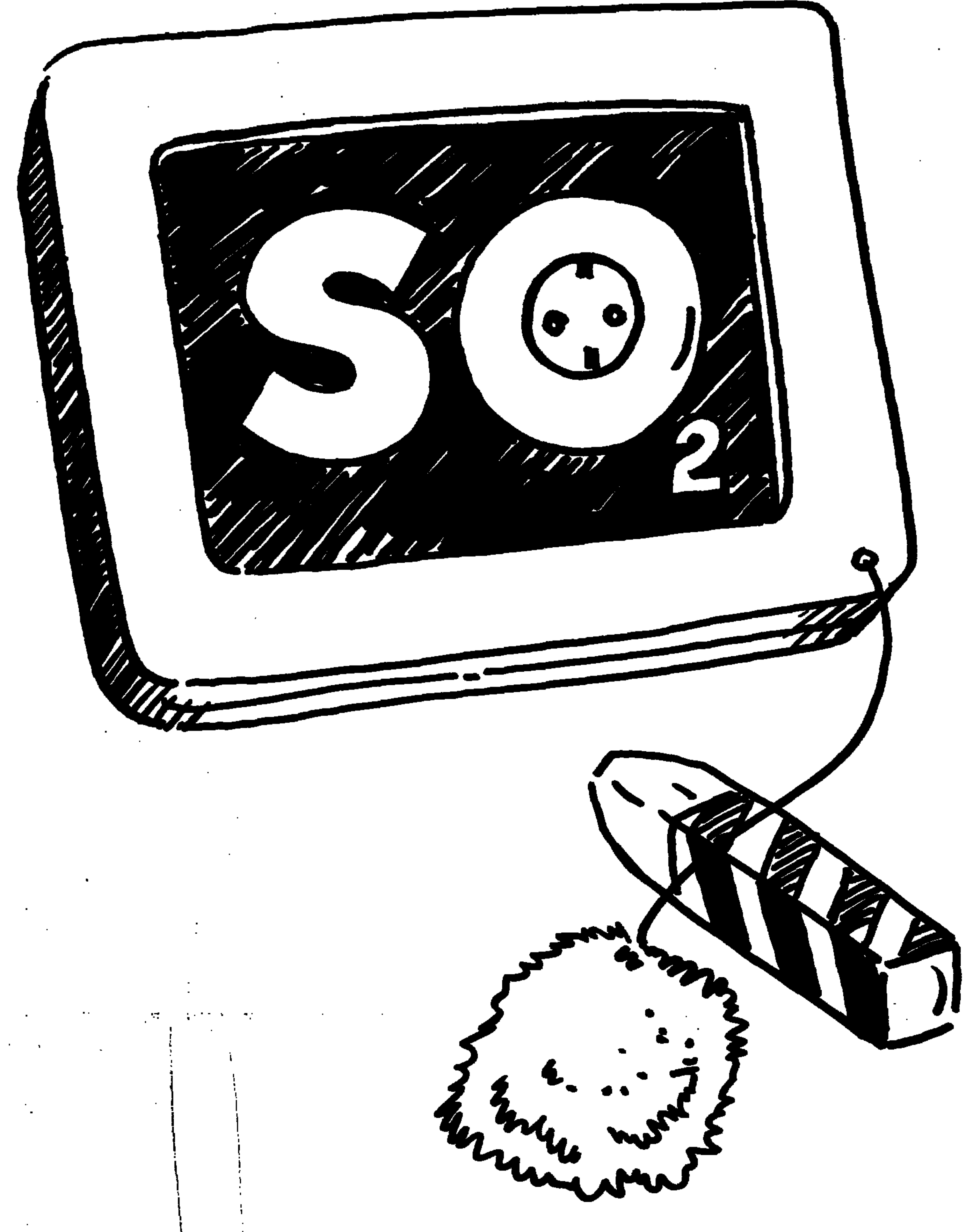
Thailand könnte dieses Lager, von dem es an der Grenze nach Kambodscha etliche gibt, natürlich weiter ins Landesinnere verlegen, um die Flüchtlinge dem direkten Zugriff der vietnamesischen Truppen zu entziehen. Dies aber geschieht nicht, weil die Regierung in Bangkok, wie aus diplomatischen Kreisen zu erfahren war, ein Interesse daran hat, diese Lager als „Puffer" und gleichzeitig als „Stützpunkte" zu nutzen.

Von thailändischem Boden aus operieren Widerstandsbewegungen, die das Regime unter Heng Samrin in Phnom Penh, das von Vietnam und letztlich von der Sowjetunion gestützt wird, bekämpfen. Zu ihnen gehören die kommunistischen und von der Volksrepublik China geförderten „Roten Khmer", aber auch die beiden nichtkommunistischen Gruppen des ehemaligen kambodschanischen Ministerpräsidenten Son Sann und des früheren Staatspräsidenten Prinz Sihanouk.

Die Hauptkraft des von Thailand aus nach Kambodscha getragenen guerrilla-ähnlichen Krieges gegen die vietnamesischen Truppen entfalten die „Roten Khmer". Thailand verhindert nicht, daß sie dafür zum Teil die Flüchtlingslager als Unterschlupf nutzen. Andererseits ist Bangkok daran gelegen, die Lager als einen „psychologischen Sperriegel" an der Grenze nach Kambodscha zu etablieren.

Bei der bevorstehenden Trockenzeit werden die vietnamesischen Truppen den Kampf gegen den Widerstand in Kambodscha nicht nur intensivieren, sondern auch Übergriffe in Bataillonsstärke nach Thailand hinein über mehr als zehn Kilometer hinweg nicht scheuen. Gegen sie sollen die Lager wirken. In Bangkok wird einkalkuliert, daß bei den Kämpfen die aus der kambodschanischen Heimat Vertriebenen mitbetroffen sein werden.

In Kambodscha selbst wird für die kommenden Monate eine Kriegführung erwartet, die von zwei Faktoren gekennzeichnet ist: Die Guerrillataktik des kambodschanischen Widerstandes läßt nicht mehr zu, daß die vietnamesischen Streitkräfte mit der Stoßkraft ihrer gepanzerten Verbände durchschlagende Erfolge erzielen. Dies hat – zweitens – zur Folge, daß die ursprüngliche Begeisterung, mit der die Bevölkerung in Kambodscha die Vietnamesen als „Befreier" begrüßt hatte, in Ernüchterung, ja Ablehnung umzuschlagen begonnen hat. Damit, so wird erwartet, geraten die Vietnamesen mehr und mehr in die Rolle der „Besatzer", gegen die die Bevölkerung die Kollaboration mit dem bewaffneten Widerstand nicht mehr scheut.



FUSSBALL / Heute kein gemütlicher Spaziergang für die vier Bundesligaklubs im Europapokal

● Den vier Bundesligaklubs *steht heute im Europapokal wahrlich* kein Spaziergang bevor. Meister Bayern München plagen vor dem Spiel gegen Austria Wien Verletzungssorgen. Ebenso Borussia Mönchengladbach, das als einziger die zweite Runde mit einem Auswärtsspiel bei Sparta Rotterdam beginnt. Erstmals über ein komplettes Aufgebot kann Hannes Löhr, Trainer des 1. FC Köln, vor dem Spiel gegen Bohemians Prag verfügen. Teamchef Franz Beckenbauer schaut sich das Spiel in Köln an.

● *Wenn der frühere Bundestrainer Jupp Derwall heute mit seinem neuen Klub Galatasaray Istanbul beim deutschen Pokalsieger Bayer Uerdingen antritt, darf er sich fast als Gastgeber fühlen.* Mit 27 000 Besuchern ist das Grotenburg-Stadion ausverkauft – jedoch werden davon 16 000 Zuschauer Türken sein. Die Sicherheit sollen rund 400 Polizisten gewährleisten. Jupp Derwall: „Mein Wunschergebnis ist ein 1:1." – Das ZDF wird heute in der Zeit von 22.05 – 23.35 Uhr von den Spielen berichten.

Jupp Derwall vor einem Heimspiel in Uerdingen – Astrologin prophezeit Bayern-Sieg über Wien

sid/dpa, **Düsseldorf**

Karl-Heinz Feldkamp, Trainer des Pokalsiegers Bayer Uerdingen, kennt für sein Team beim Europapokal-Hinspiel gegen Galatasaray Istanbul heute abend um 20.00 Uhr nur eine Marschrichtung: „Gegen die türkische Abwehrmauer geht es nur mit totaler Offensive." Ein vernünftiger Vorsatz, doch Feldkamp weiß auch, wie schwer dies wird. „Die türkische Nationalmannschaft ist nicht so stark wie Galatasaray", ließ Jürgen Sundermann wissen, der als Trainer des türkischen Spitzenklubs Trabzonspor das Team seines Kollegen Jupp Derwall genau kennt. Außerdem kann Istanbul in Krefeld mit der Unterstützung von 16 000 Landsleuten rechnen – die Uerdinger Fans sind in der 27 000 Zuschauer fassenden Grothenburg-Kampfbahn also in der Unterzahl.

Aber, *so meint Feldkamp*, „*wir ha*ben unseren Zuschauern gegenüber die verdammte Pflicht, gegen unser sportliches Tief anzugehen". Unterstützend wirkt dabei vielleicht eine Prämie von 4000 Mark für jeden Spieler bei Erreichen des Viertelfinales. Personell gibt es keine Probleme, da die Sperren von Torwart Werner Vollack und Wolfgang Funkel nicht für internationale Spiele gelten. „Ein 2:0-Erfolg", schätzt Feldkamp, „wäre für das Rückspiel bei Galatasaray auf deren Kartoffelacker die optimale Rückenstärkung."

*

Für den deutschen Fußballmeister stehen die Sterne günstig. Dies behauptete gestern jedenfalls eine Astrologin. „Bayern München wird sich als bessere Mannschaft präsentieren und Austria Wien besiegen", prophezeite sie im Wiener Massenblatt „Kurier" vor dem deutsch-österreichischen Duell im Europapokal der Meister heute abend im Münchner Olympiastadion. Der Wiener Mannschaft ist diese Voraussage genauso wenig willkommen wie eine Aussage des österreichischen Fußball-Beobachters Max Merkel, der Austria favorisiert. „Wir der Favorit? Das ist ein Witz", sagte Wiens Trainer Hermann Stessl. Die Bayern seien eine Klassemannschaft, die eiskalt ihre Chance nütze und auch Rückschläge souverän wegstecken könne.

Doch die so gelobten Münchner plagen derzeit Personalprobleme. Dremmler fällt mit einer Knieverletzung aus, und bangen muß Trainer Udo Lattek um Winklhofer, der am letzten Wochenende einen Nasenbeinbruch erlitt und heute selbst entscheiden soll, ob er spielen kann. „Wenn Winklhofer ausfällt, wird unser ganzes taktisches Konzept über den Haufen geworfen", behauptet Lattek.

Zwischen 6000 und 8000 Mark erhalten seine Spieler bei Erreichen der nächsten Runde, die nach Vorstellung des Managers Uli Hoeneß erst eine Zwischenstufe darstellen soll: „Wir wollen endlich wieder den internationalen Durchbruch schaffen – dazu müssen wir den Europacup gewinnen."

*

Hannes Löhr, Trainer des 1. FC Köln, und Tomas Pospichal, der Bohemians Prag betreut, waren beide einst Nationalstürmer, beide rangieren mit ihren Klubs derzeit im Mittelmaß und beide klappern vor ihrem Duell im UEFA-Pokal so, wie es zum Handwerk gehört. „Ich hoffe auf ein Zwei-Tore-Polster für das Rückspiel, am besten ein 2:0", sagte Löhr, der das Pokal-Aus in Kaiserslautern ebenso verdauen muß wie sein Rivale ein 0:4 in Eger. Pospichals Klage: „Ich kann nur hoffen, daß heute ein kleines Wunder geschieht."

Daß die Gäste dazu fähig sind, zeigten sie im Vorjahr: Bei Ajax Amsterdam verloren sie mit 1:3, bevor sie Trainer Rinus Michels' Team mit einem 4:1 im Rückspiel aus dem Wettbewerb schossen. Kein Wunder also, daß Löhr bei seinem früheren Chef nachfragte. Die Bohemians seien technisch gut, mit der Abwehr um National-Libero Ondra als bestem Mannschaftsteil, erklärte Michels.

Da einige Prager Akteure für das CSSR-Länderspiel am 17. November in München infrage kommen, hat sich Franz Beckenbauer in Köln angesagt. Zusätzlich erwartet der Klub 25 000 zahlende Zuschauer – angesichts zuletzt schwacher Leistungen und der nur 15 000 Besucher gegen Gijon eine optimistische Rechnung. Jedenfalls ist der Europapokal mit 780 000 Mark im Haushalt veranschlagt. Und nach dem Scheitern im deutschen Pokalwettbewerb ist das Weiterkommen in UEFA-Cup geradezu Pflicht. „Das ist uns allen klar", spricht Kapitän Klaus Allofs für die Spieler, die für das Erreichen der nächsten Runde 3000 Mark erhalten.

*

Das Abschlußtraining mußte Frank Mill abbrechen. „Es geht beim besten Willen nicht", erklärte er. So fuhr Borussia Mönchengladbachs Mannschaftsbus ohne den knieverletzten Torjäger gen Holland zum UEFA-Pokal-Hinspiel heute abend bei Sparta Rotterdam.

Ohne Lamento ging Trainer Jupp Heynckes zur Tagesordnung über: „Für Mill spielt Kurt Pinkall." Eine neue Chance also für den früheren Postboten, der zuletzt verspottet worden war, er habe sich dem Tempo der *Bundespost angepaßt*. Die Gladbacher Konter-Taktik könnte dem Stürmer zugute kommen, „der endlich einmal seine guten Trainingsleistungen im Spiel umsetzen muß", wie Heynckes meinte.

Sparta Rotterdam hatte der Trainer zuletzt bei der 2:4-Heimniederlage gegen Roda Kerkrade beobachtet, drei Tage nach dem glücklichen Europacup-Sieg beim Hamburger SV. „Die Holländer setzen ihren Hauptehrgeiz in den europäischen Wettbewerb, und steigern sich dort enorm", stellte Heynckes fest. „Wir werden eine bessere Gesamtleistung als in den beiden Spielen gegen Posen benötigen."

SPORT-NACHRICHTEN

Geldstrafe für Biskup

Hannover (dpa) – Werner Biskup, Trainer des Fußball-Bundesligaklubs Hannover 96, ist vom Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt worden. Biskup hatte bei der 2:3-Niederlage seines Teams im Bundesliga-Spiel gegen Borussia Mönchengladbach im August das Schiedsrichter-Gespann beleidigt.

Skamrahl nach Wolfsburg

Hannover (dpa) – Die Leichtathletik-Gruppe des SV Union Groß Ilsede, zu der auch der Europarekordler über 400 Meter, Erwin Skamrahl, gehört, hat sich dem VfL Wolfsburg angeschlossen. Die Gruppe entschied sich damit für das finanziell weit bessere Angebot.

720 000 Mark für Langer

Ponte Verda (sid) – Bernhard Langer (Anhausen) hat in der US-Golfserie bisher umgerechnet rund 720 000 Mark verdient. In der amerikanischen Geld-Rangliste nimmt er damit als bestverdienender Europäer Platz zwölf ein. Es führt der Amerikaner Curtis Stranger (1,4 Millionen).

Auch Alfa vor Rückzug?

Rom (dpa) – Nach Renault wird sich voraussichtlich mit Alfa Romeo ein zweites Team aus der Formel-1-Weltmeisterschaft zurückziehen. Das kündigte Ettore Massacesi, Präsident von Alfa Romeo, in Rom an. Alfa Romeo erreichte in der letzten Saison keinen Wertungspunkt.

Tod nach Doping

Oulu (sid) – Nach einer an der Universität Oulu (Finnland) durchgeführten Autopsie ist ein 17 Jahre alter finnischer Leichtathlet an den Folgen von Doping-Mißbrauch gestorben. Der junge Sprinter war im Spätsommer beim Training einer Herz-Attakke erlegen. Es wurden bei der Autopsie anabole Steroide nachgewiesen, die offenbar die Herz-Kranzgefäße verengten.

Ehrenbürger Fritz Walter

Kaiserslautern (dpa) – Fritz Walter soll Ehrenbürger seiner Heimatstadt Kaiserslautern werden. Der Ehrenspielführer der deutschen Fußball-Nationalmannschaft feiert am 31. Oktober seinen 65. Geburtstag.

Jürgen Milewski operiert

Hamburg (sid) – Der frühere Fußball-Nationalspieler Jürgen Milewski wird sich in Hamburg einem Achillessehnen-Eingriff am linken Fuß unterziehen. Milewski war vor dieser Saison für 500 000 Mark vom Hamburger SV zum französischen Zweitligaklub AS St. Etienne gewechselt.

ZAHLEN

TENNIS

Grand-Prix-Turnier in Tokio, Herren, erste Runde: Becker (Deutschland) – Shultz (USA) 6:2, 6:0. – **Cologne-Cup in Köln,** Herren, erste Runde: Stefankie (USA) – Popp (Deutschland) 6:1, 6:4.

HANDBALL

Weltmeisterschaft der Juniorinnen in Seoul, zweiter Spieltag: Deutschland – Dänemark 15:11.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 6 981 859 Mark, 2: 158 678,60, 3: 7090,50, 4: 103,10, 5: 9,10. – **Toto:** 1: 1645,60, 2: 61,80, 3: 5,10. – „6 aus 45": 1: unbesetzt – Jackpot: 721 729,10, 2: 56 011,20, 3: 4238,80, 4: 51,20, 5: 5,20. – **Rennquintett: Rennen A:** 1: 947,00, 2: 116,20. – **Rennen B:** 1: 1657,20, 2: 323,30. – Kombinationsgewinn unbesetzt – Jackpot: 13 258,00. (Ohne Gewähr)

STAND ● PUNKT

Schuster

Hat sich Teamchef Franz Beckenbauer zu weit aus dem Fenster gelehnt, als er der Hoffnung Nahrung gab, Bernd Schuster werde vielleicht in die deutsche Nationalmannschaft zurückkehren? Plötzlich jedenfalls kommt von allen Seiten das Dementi. Beckenbauer sagt: „Ich rechne jedenfalls nicht mit Schuster. Ob es eine Entwicklung gibt, muß man abwarten." Bernd Schuster soll vor spanischen Journalisten bestätigt haben, daß die Nationalelf für ihn kein Thema sei.

Umgekehrt Marsch, Marsch – nun tun sie so, als sei nichts geschehen. Wenn es stimmen sollte, daß Schuster sich plötzlich wieder bockbeinig stellt, nur weil Franz Beckenbauer schon vorab über dieses Thema vor deutschen Journalisten geplaudert hat, dann zeigt er sich dünnhäutig wie eh und je. Selbstverständlich darf ihn niemand unter Druck setzen. Die Entscheidung muß von ihm ausgehen.

Aber auch Schuster muß bedenken, daß die Zeit für Franz Beckenbauer drängt. Er kann sich nicht in den Lehnstuhl setzen, um geduldig auf Schuster zu warten. Wenn Schusters sportliche Ambitionen in der spanischen Meisterschaft voll befriedigt werden, wenn seine Ansprüche nicht höher sind, dann muß er dies schnell mitteilen. Dann darf auch er Beckenbauer nicht Hoffnung machen, wenn er wie beim Treffen auf dem Münchner Oktoberfest sagte, er wolle sich die Sache überlegen. Vielleicht kommen sie jetzt in aller Ruhe doch noch zusammen. Gut Ding braucht nicht immer Weil. ud

FERNSEHEN

ARD zögert mit der WM-Planung

DW. Bonn

Noch vor einer Woche versuchte Joao Havelange, der Präsident des Internationalen Fußball-Verbandes (FIFA), endgültig alle Zweifel daran auszulöschen, daß die Weltmeisterschaften vom 31. Mai bis zum 29. Juni 1986 im erdbebengeschädigten Mexiko stattfinden könnten. Nach einem „privaten Besuch" sagte er, die FIFA habe „vollstes Vertrauen" in Mexiko.

Dieses Vertrauen wird bei den wichtigsten, weil finanzkräftigsten Partnern der FIFA offenbar nicht ganz geteilt. In England stoppten die Fernsehsender BBC und ITV vorläufig ihre Planungen. Mit ihren Investitionen in Höhe von umgerechnet 34 Millionen Mark wollen sie warten, bis die FIFA endgültig entschieden habe (nach neuesten Informationen am 13. Dezember, zwei Tage vor der Auslosung der Endrunde), ob das Turnier in Mexiko stattfinden könne. Gleichzeitig tauchen Gerüchte auf, daß sich spanische und deutsche Sendeanstalten auf eine Verlegung des Turniers in ein anderes Land einstellten.

Ein Sprecher des Südwestfunks, federführender Sender für die WM-Übertragungen innerhalb der ARD, wollte lediglich „ein gewisses Zögern bei den Vorbereitungen" bestätigen.

Der Hintergrund: Mexiko kann noch nicht alle geforderten Garantien für weltweite Fernsehübertragungen geben. Beim Erdbeben waren in Mexico City vor allem die Kommunikationszentren betroffen. Aus dem Verkauf der Fernsehrechte und der vom Fernsehen abhängigen Werbung erhofft sich die FIFA eine Einnahme von rund 120 Millionen Mark, ohne die das Turnier nicht zu finanzieren wäre.

TENNIS / Boris Becker in Tokio nach leichtem 6:2, 6:0-Sieg über Shultz (USA) in die zweite Runde

Japans Fans: Holt ihn – koste es, was es wolle

H. G. KRAUTH, **Tokio**

Nun hat die Boris Becker-Euphorie also auch Japan erfaßt. Genauer gesagt, begann das alles direkt nach Beckers Sieg in Wimbledon. Ein junger, strahlender neuer Champion, das ist so recht nach dem Geschmack der japanischen Tennisfans. Zumal die Japaner im eigenen Lande keine Spieler haben, denen man zujubeln könnte. Die Übertragung des Wimbledon-Endspiels war kaum beendet, da brach über die Veranstalter des Seiko Grand-Prix-Turniers eine Flut von Briefen und Anrufen herein. Alle mit dem gleichen Tenor: Wir wollen Boris bei eurem Turnier sehen, koste es, was es wolle.

Die Seiko-Leute mußten, um sich der neuen japanischen Boris-Gemeinde zu erwehren, die Presse einschalten. In eher langatmigen Artikeln wurde der Öffentlichkeit erklärt, daß es sich beim Seiko-Turnier um eine Veranstaltung im Rahmen Nabisko Grand-Prix handele und somit abgewartet werden müsse, ob Boris und seine Betreuer sich zu einer Teilnahme an diesem mit 375 000 Dollar doch recht ordentlich dotierten Turnier entschließen würden. Als die Public Relation-Leute von der großen japanischen Werbeagentur Dentsu im Juli mit der Kampagne für das Turnier begannen, prangten auf den Plakaten noch die Köpfe von Ivan Lendl, dem Titelverteidiger, von Jimmy Connors und Mats Wilander. Das änderte sich jedoch sehr schnell als im September Boris Becker seine feste Zusage gab. Plötzlich hingen überall nur noch Becker-Poster.

Die private Fernsehgesellschaft TBS, die sich die Rechte für das Seiko-Turnier vor Jahren schon gesichert hatte, stieg voll in die Becker-Promotion mit ein. Nun flimmerten Fernseh-Werbespots für das Turnier mit Boris Becker in Aktion über den Fernsehschirm. In einer mehrteiligen Sondersendereihe zeigte TBS noch einmal die Becker-Highlights von Wimbledon. Nun, da man sich bei Seiko seiner Sache sicher war, begann man auch das circa 130 Seiten starke Programm – einem der wichtigsten Werbeträger für das Turnier – neu zu konzipieren. Nicht der Titelverteidiger Lendl ziert nun das Luxuswerk, sondern der junge Mann aus Leimen. Dann folgt auf den Seiten 6 bis 17 ein mit doppelseitigen Fotos versehenes Interview. Doch damit nicht genug. Auch die Technik von Boris wird genauestens beleuchtet. Aufschlag, Vorhand, Rückhand und Volley gibt es mehrteilige Serienfotos – so richtig zum Nachmachen. Insgesamt taucht der Wimbledonsieger auf ungefähr der Hälfte aller Programmseiten auf.

Diese konzertierte Aktion der Medien blieb natürlich nicht ohne Wirkung. War der Name Becker nach dem Finale von Wimbledon schon allen japanischen Tennisfreunden ein Begriff, so kennt und liebt ihn jetzt fast nahezu jeder. Zur Freude der Veranstalter schlug sich dieser Beliebtheitsgrad auch gleich auf den Kartenvorverkauf nieder. Nach Boris Beckers Zusage stieg der Kartenverkauf sprunghaft an. Das zeigte sich auch gleich am ersten Spieltag des Seiko-Turniers, als mit 5130 Zuschauern gleich ein neuer Rekord erzielt wurde. Im vergangenen Jahr waren am ersten Tag, an dem kein geringerer als Jimmy Connors seine Kunst vorführte, nur 3700 Zuschauer in das Yoyogi Nationalstation gekommen.

Der mit Spannung erwartete Auftritt von Becker dauerte dann nicht einmal eine Stunde. Der 17 Jahre alte Leimener hatte es gegen den Amerikaner Bud Shultz beim 6:2, 6:0 sehr eilig. Am Donnerstag trifft Becker in der zweiten Runde auf den Amerikaner John Sadri.

Wie sicher sich Boris Becker seiner weltweiten Anziehungskraft ist, spiegelte sich in einer Antwort, die er einem amerikanischen Journalisten auf die Frage gab, ob er denn überall so überschwenglich empfangen werde wie hier in Japan. Boris setzte sein schon bekanntes bubenhaftes Lächeln auf und verkündete strahlend: „Ja, eigentlich überall."

Wenn am Anfang von Euphorie die Rede war, so sollte das doch etwas relativiert werden: Ohnmächtige junge Damen wie in Amerika zum Beispiel säumen den Weg von Boris Becker in Japan nicht. Euphorie auf japanisch, das ist eher etwas Stilles, Ernstes. Denn gerade bei emotionalen Reaktionen legen sich die Japaner Zurückhaltung auf.

„Das kleine Fernsehspiel" im ZDF: Von der Suche nach dem ewigen Glück

Träume, zum Klischee geronnen

Träume stehen im Mittelpunkt des Fernsehfilms „Mainglück" von Udo Serke, welches das ZDF in seiner Reihe „Das kleine Fernsehspiel" sendet. Zwei Schwestern, die weltgewandte Eva (Carola Regnier) und die mehr bäuerliche Anna (Carla Egerer), kommen nach Frankfurt und spielen dort verschiedene Definitionen von Glück durch. Dazu gehören der Traum vom Ruhm, von Geld und Macht, von Familie und schönem Heim, von ewiger Jugend, von Liebe, Menschlichkeit und Frieden – Träume, die jeder von uns irgendwann einmal hat und die längst zum Klischee geronnen sind.

Entsprechend ironisch setzt Serke die Träume in Bilder um und entlarvt sie auf diese Weise als irreale Wunschvorstellungen. „Zitathaft werden diese Träume in einer an Moritaten erinnernden, vereinfachten Form vorgeführt, dabei lustvoll gebrochen oder zur Groteske verzerrt", erläutert Serke sein Werk. Er bedient sich aller möglichen Genres, die ihm das Medium Film bietet. Reminiszenzen werden geweckt an den frühen Stummfilm, an die Pantomime und die „soap opera".

„Der Drehort Frankfurt am Main", so Serke, „wird deutlich als Wirklichkeit gewordene Traumgeschichte der Bundesrepublik Deutschland: Imaginäres Amerika in seiner neudeutschen Form. Neuerliche Sehnsucht nach Geschichte und Gefühl lassen sich hier finden und einbeziehen. Individuell Geträumtes bricht sich so an kollektiv Verwirklichtem."

Der 37jährige Filmemacher Serke arbeitete für seine „postmoderne Farce mit Musik" mit dem Komponisten

Mainglück – ZDF, 23.35 Uhr

Hans Christian Detlefsen zusammen. Die Musik nehme, so Detlefsen, in „Mainglück" einen außergewöhnlich breiten Raum ein, da Bild und Musik von vornherein als Einheit konzipiert gewesen seien. Es darf allerdings bezweifelt werden, ob die Intentionen des Komponisten vom Zuschauer erkannt werden.

„Es lassen sich drei musikalische Ebenen unterscheiden: Psychologie, wobei es um ganz allgemeine, archetypische Instinkte geht, gemäß dem Maskenhaften der handelnden Charaktere; Illustration, das heißt eine subjektive Reflexion der verschiedenen Schauplätze der Handlung; 'Source Music', das heißt Musik, die aus einer im Bild zu sehenden oder zu vermutenden Schallquelle erklingt", erläutert der 34jährige Musiker sein Konzept für die Partitur zu dem Film. „Diesen Ebenen entsprechen verschiedene harmonische und formale Systeme, die jedoch oft nicht klar voneinander abgesetzt sind, sondern sich wechselseitig durchdringen."

An Ideen hat es der Redaktion des „Kleinen Fernsehspiels", man weiß es mittlerweile, selten gefehlt – auch an den absonderlichsten nicht. Aber das gehört nun einmal zur Natur eines Experimentierfeldes, als das sich dieser späte Sendeplatz versteht.

Warten wir ab, ob das sich so ambitioniert gebende „Mainglück" die Intentionen seiner Autoren in eine Form umzusetzen versteht, mit der auch die Zuschauer etwas anzufangen wissen. Allzu oft bleiben sie nämlich ratlos – und nicht selten verärgert – zurück. DW

KRITIK

Lebenslänglicher Vertrauensbruch

Der Lehrer hat davon „läuten hören", aber er schweigt, läßt seine Schülerinnen mit ihrem großen Kummer allein. Babsie, heute Callgirl in einer Großstadt, hat nach Jahren den Mut aufgebracht, ihren Vater, der sie schon als Teenager mißbraucht hat, zu verklagen. Man rät ihr ab. Der Vater würde den Fall als Racheakt hinstellen, weil sie ihn – den Stiefvater – ohnehin nicht habe leiden können. Und rächen will sie sich zeitlebens für die Scham, die Angst, die ihre Erinnerung an die Kindheit ausmachen.

Zwei bedrückende Beispiele eines Delikts, über das selten gesprochen wird: Inzest. In der Reihe **Reportage am Montag** (ZDF) berichtete Helga Dierichs über sexuelle Gewalt an Töchtern. Aber dieses Vergehen rührt nicht nur an Dinge, über die man nicht gern spricht, sondern erweist sich darüber hinaus als existenzbedrohend für die ganze Familie, wie Frau Dierichs in einem anderen Fall schilderte. So haben die Ämter einer elsässischen Kleinstadt weder für die Mutter noch für die mißbrauchte Tochter einen Rat, nachdem der Vater ins Gefängnis kam. Die Ehefrau solle sich scheiden lassen, hieß es bündig.

In Frankfurt reagiert der Jugend*pfleger im Gespräch* mit Vertretern des Kinderschutzbundes gockelhaft gereizt, als man ihm einen Teil seiner Zuständigkeit abzwacken will, um für inzestbedrohte Kinder eine eigene integrative Anlaufstelle zu schaffen. 21 allein in Frankfurt bekanntgewordene Fälle – die Dunkelziffer ist hoch – reichen ihm nicht, einen Bedarf an umfassender und einfühlsamer Beratung und Betreuung festzustellen.

Ein Mißbrauch des kindlichen Vertrauens über Jahre hinweg: Damit ist die einmalige Chance, sich bei liebenden und sorgenden Eltern geborgen zu fühlen, ebenso vertan wie die Aussicht auf die störungsfreie Entfaltung eigener, souveräner Liebesbeziehungen im Erwachsenenalter. Hier gilt es, die Mechanismen des Wiederholungszwanges aufzudecken, der das in der Kindheit Erlittene noch an der nächsten Generation ausleben will. Die durch Belohnungen und Drohungen erpreßte Gefügigkeit hat vielfach auch das Verhältnis zur Mutter zerstört, die „das alles" zugelassen hat, die oft genug sogar eine Mitschuld des Kindes sehen will, um sich zu entlasten in der Vorstellung, sie habe sich selbst so schrecklich in der Wahl ihres Lebenspartners getäuscht.

Noch wird das Urteil ganz von der Sicht des männlichen Täters bestimmt. Sein Triebdruck gilt als mildernder Umstand ebenso wie die Häufigkeit des Mißbrauchs. Dagegen will die Betroffenen-Initiave „Wildwasser" in Hamburg ganz bewußt Partei nehmen für das ausgenutzte Mädchen. Es wird höchste Zeit.

VALENTIN POLCUCH

Ohne ironische Lachfältchen

Das Leben der spanischen Großkurtisane Otéro ist wahrlich ein Film für sich, und es sollte eigentlich schwerfallen, aus der sündigen Vita nicht ein berauschendes oder kritisches Fernsehstück zu machen. Dachte ich. Nach Betrachtung der ersten der fünf Folgen stellte sich heraus, daß man sogar daraus eine langweilige Vorsichhin-Filmerei machen kann: **Die schöne Otéro** (ARD).

Man schaut zu, wie man beim Zahnarzt im Vorzimmer die alten Illustrierten durchblättert, gewiß, ab und zu schlägt eine wilde Melodie der Otéro-Darstellerin Angela Molina ans erstaunte Ohr, aber schnell ist der kurze Wegruf wieder zugedeckt von den bunten Bildern der schieren Trivialität.

Gut, warum soll das Fernsehen nicht einen beherzten Griff in die Vorräte schlichterer Gemütsbearbeitung machen? Aber dann bitte wenigstens ein ironisches Lachfältchen am elektrischen Auge, einen klitzekleinen Schlenker Distanz – das möcht man doch gewissermaßen als Bullrich-Salz fürs Auge herausschmekken! So indes, wie es sich in der ersten Folge präsentiert, verpatzt es manchen fünf schöne Montagabende. Fazit: Sie sollten sich was schämen, dafür noch Geld zu nehmen. (Aus einem einschlägigen Beschwerdebuch).

INGRID ZAHN

ARD



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
10.00 heute
10.05 WISO
10.35 Die Schwarzwaldklinik
12.10 Report
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frei sein zu glauben und zu denken
Die Hugenotten
Film von Edith Scholz
16.55 Florian 14
Eine Feuerwehr für Griechenland
Letzte Folge
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Dornenvögel
2. Teil: Erste Schritte zur Karriere
Vierteilige amerikanische Fernsehserie von Carmen Culver nach dem Roman von Colleen McCullough
Pater Ralphs Plan geht auf. Durch das von ihm verwaltete Vermögen, das Mary Carson der Kirche hinterlassen hat, bekommt er den Sekretärsposten beim päpstlichen Legaten für Australien und reist nach Europa. Währenddessen wütet ein schrecklicher Brand auf Drogheda, der seine Opfer fordert.
21.50 Brennpunkt
40 Jahre UNO – Anspruch und Wirklichkeit
Moderation: Gerd Ruge
22.30 Tagesthemen
23.00 Einsatz in Manhattan
Die Erpressung
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans-Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Bettkantengeschichten
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Tao Tao
Die verschwundenen Lichterelfen
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Trio mit vier Fäusten
Heißbegehrt und tiefgefroren
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Die Schwarzwaldklinik
Fernsehserie von Herbert Lichtenfeld
2. Folge: Hilfe für einen Mörder
20.15 Kennzeichen D
Muß die Bundesrepublik Waffen exportieren? / Zurück aus Riad: Johannes Rau / Verurteilung ohne Zeugen – Lebenslänglich für Frank Weisgerber aus der „DDR" / Mord auf Befehl – Tatort KZ Buchenwald
Moderation: Giselher Suhr
21.00 Hotel
Diamanten
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Fußball-Europapokal
2. Runde – Hinspiele
23.35 Das kleine Fernsehspiel
Mainglück
Filmfarce mit Musik
Mit Carola Regnier, Carla Egerer u. a.
Buch und Regie: Udo Serke
0.55 heute

SAT 1

15.00 Muggsy
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
18.00 Es darf gelacht werden
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick
18.45 Zahlen und Buchstaben
19.10 Sport auf SAT 1
Bundesliga: Bayer gegen Bayer zum Spiel am 26. 10. / Europa-Cup-Konkurrent Austria Wien
19.35 Kein Pardon für Schutzengel (11)
20.00 Festival der schönen Stimmen
20.30 Love Boat
21.30 APF blick
22.15 Unser Mann aus Istanbul
0.10 APF blick

3SAT

19.00 heute
19.30 Tante Jolesch oder der Untergang des Abendlandes in Anekdoten
20.30 Maryland
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Unsere Nachbarn, die Italiener
22.15 Sportreport
In die Ruhe zurückkehren
23.00 3-SAT-Nachrichten

RTL-plus

20.20 Filmvorschau
20.30 Und du mein Schatz fährst mit
22.00 Wer bin ich?
22.35 Wetter
22.38 Horoskop
22.43 Betthupferl

III.

WEST

19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Ich stelle mich ...
Daniel Goeudevert, Vorstandsvorsitzender der deutschen Ford-Werke
21.45 off-off
Freizeit und Fitneß
22.30 Die Geschichte der Adèle H.
Französischer Spielfilm (1975)
Mit Isabelle Adjani u. a.
Regie: François Truffaut
0.05 Schach dem Weltmeister
0.35 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Englisch für Fortgeschrittene (5)
19.00 Der kleine Unterschied und die Erziehung
19.30 Ökoland
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Sich selber trauen
21.45 Die scharlachrote Kaiserin
Amerikanischer Spielfilm (1934)
23.25 Actualités
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.30 Natur und Technik
18.55 Wieso – Weshalb – Warum?
Heute: Wieso gibt es Salz?
19.05 Was tun mit der Zeit?
19.45 Menschen gesucht
20.15 Parlament, Parteien, Perspektiven
21.00 Süße – Rauscher – Alte
Geschichten vom Apfelwein
21.30 Drei aktuell
22.00 Martin Luther (4)
Hier stehe ich ...
23.30 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST

18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Satz 3
Ein Abendjournal für Jugendliche
20.15 Sammelsurium
21.00 Ein Herr ohne Kleingeld
Französischer Spielfilm (1959)
Mit Jean Gabin u. a.
Regie: Jean Delannoy
22.30 Das romantische Zeitalter
14. Folge: Das romantische Zeitalter und seine Kinder
23.15 Nachrichten

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Bayern-Kiosk '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wunderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Die Herren der Berge (5)
22.50 Requiem für Jerzy Popieluszko
23.35 Schach dem Weltmeister
0.05 Rundschau
0.10 News of the Week



GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Lizenzpartner für exklusive dekorative Artikelserie mit außergewöhnlich positiver Marktresonanz gesucht.

Unser Designstudio hat eine völlig neue Artikelserie entwickelt (Idee: Wohnaccesoires), die selbst Kenner des Marktes überraschte u. in ersten Pre-Tests eine ganz außergewöhnl. positive Marktresonanz brachte. Kunsthandwerklich im gehobenen Geschmackssektor angesiedelt, v. großem Variationsreichtum u. individueller Gestaltungsmöglichkeit, ist hier eine echte Marktlücke entdeckt worden.

Wir suchen Partner, denen wir exkl. Herstellungs- u. Verkaufslizenzen m. Patent- u. Musterschutz sowie Langzeitbetreuung anbieten.

Voraussetzungen: ein wenig handwerkl. Geschick u. Ladenverkaufsmöglichkeit. Die Verdienstmöglichkeiten liegen zwischen DM 8000,- u. über DM 10 000,- monatl. Hier ist eines d. wirkl. seltenen Angebote f. sichere Existenzgründungen od. f. profitable Sortimentserweiterungen. Bitte nehmen Sie umgehend Kontakt mit uns auf.

Die Glassette GmbH, Postfach 20 19 51, 2000 Hamburg 20

Der Schritt zur Selbständigkeit in einer Wachstumsbranche.

BTX-Reisebüro

als neben- oder hauptberufliche Agentur. Nur geringes Eigenkapital notwendig. Ohne Ladenlokal möglich. Die notwendigen Fachkenntnisse werden durch Schulungen vermittelt.

BTX-Verkaufsförderungs GmbH
Heumarkt 48, 5000 Köln 1
Tel. 02 21 / 2 40 15 23

Initiator

u. seriöse Vertriebspartner f. Reedereianteile. GA 6 Mio., Umsatzgarantie durch Festverträge. Anfragen garant. vertraulich. Auch für Anleger.
Zuschr. erb. unt. D 6352 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Franzose

42 Jahre, fließend Deutsch u. Englisch sprechend, wohnhaft in Paris, möchte eine Filiale im Auftrag einer deutschen Firma in Frankreich übernehmen oder gründen. Gute Verbindungen zu Einkaufsketten (Food u. Non food), Warenhäuser, SB- u. Verbrauchermärkten. Interessenten wenden sich bitte an:
Eric Faye, 26, Chemin Desvallieres
92410 Ville d'Avray

Im Apparatebau (elektronische Präzisionssysteme) tätiges Unternehmen sucht dringend gut ausgewiesene

Beraterfirma

zur Planung einer modernen, flexiblen Fertigungslinie für die Montage und Prüfung von Leiterplatten in konventioneller u. neuer Technologie (SMD).

Ihre Unterlagen (Referenzen) senden Sie bitte an Chiffre 4463 124, Publicitas, Postfach, CH - 8021 Zürich.

CITY BÜROS
Hamburg-Innenstadt

mit Fullservice. Tel., Telex u. -fax, Schreib- u. Postdienst, Konferenzräume, mobl. Büros als Firmensitz od. Repräsentanz, sof. verfügbar.
Tel. 0 40 / 23 11 75

Wir suchen bundesweit nebenberufliche

Urlaubsberater

zur Errichtung von Vermietrepräsentanzen bundesweit für unsere FeWo u. Bungalows an der Costa Blanca.
Interessierte mit EK von DM 1500,- bewerben sich unter Z 6304 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lukrative Vertretung
(20% Provision)

Wir suchen Handelsvertreter mit Kontakten zum Schreibwareneinzelhandel. Kleine Kollektion bringt hohe Umsätze.
Zuschr. unter E 6309 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist

übernimmt für Sie Vertragsverhandlungen im In- und Ausland sowie Ausarbeitung von Verträgen.
Zuschr. erb. u. K 4949 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Für den Verkauf unserer Kunststoffbehälter und -paletten suchen wir eingeführten

Handelsvertreter mit Lagerraum

Interbox S. A., Postfach 5
CH-6911 Grancia, Schweiz

Anlageberater
für unter
Denkmalschutz

(§ 82i) stehendes Wohn- u. Geschäftshaus (Villa) vom Unternehmen IBAG gesucht.
Schreiben Sie uns bitte unter G 6373 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

USA

Wir helfen Ihnen beim Absatz Ihrer Produkte im Südwesten der USA.
Southwest Success
z. Z. in Deutschland
Tel. 02 02 / 40 21 81

Wer hat Idee zur Verwertung eines privaten Steuerverlustes von DM 230 000,- (f. 1985) und mehr?
Angebote u. H 6158 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Generalübernahme von Schlüsselfertigbau

Maurer-, Fliesen-, Elektro-, Sanitär-, Schlosser- und Schreinerarbeiten aus einer Hand, auch Einzelgewerke, Fa. Hobabau,
Tel. 0 20 43 / 48 37.

Aktuell

Die WELT wird elektronisch hergestellt: An Bildschirm-Terminals werden die Texte in einen Datenspeicher eingegeben und dann in einer Belichtungseinheit vollautomatisch gesetzt – um ein Vielfaches schneller als im herkömmlichen Bleisatz.

Und die WELT-Redaktion ist ohnehin schon schneller, weil sie in Bonn arbeitet: direkt im Zentrum der deutschen Politik. Das gibt der WELT einen oft entscheidenden Aktualitäts-Vorsprung.

Probieren Sie's aus.

DIE WELT
01-939

IRAN

Biete Firmen mit Aktivitäten in Iran folgendes: Büro in Teheran m. Telex, Telefon, 7 Tage i. d. Woche durchgehend besetzt. 15 J. Iran-Erfahrung. Deutsch, Englisch, Farsi.
Zuschr. unter Z 6194 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENANGEBOTE

Wir sind ein gemischtes Hüttenwerk im norddeutschen Raum und suchen für Planung, Bau und Bauaufsicht

Ingenieure

Wir erwarten Bewerber mit einem abgeschlossenen Hoch- oder Fachhochschulstudium der Fachrichtung Maschinenbau und möglichst entsprechender Berufserfahrung.

Wir bieten ein den Anforderungen gerechtes Gehalt und die Sozialleistungen eines Großunternehmens. Bei der Wohnraumbeschaffung sind wir behilflich.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Zeugniskopien und Angabe des Gehaltswunsches sowie des frühesten Eintrittstermins erbitten wir unter B 6152 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Vertriebs-Ingenieur für den Außendienst in Norddeutschland

In unserem Unternehmen entwickeln, konstruieren und fertigen wir Geräte und Anlagen für die Meß-, Steuer- und Regelungstechnik sowie komplette Materialflußsysteme.

Wir suchen einen qualifizierten **Maschinenbau-Ingenieur** mit verfahrenstechnischen Vorkenntnissen im Alter bis Mitte 40. Dabei denken wir an einen Mitarbeiter mit Verkaufspraxis, der eigenverantwortlich arbeiten kann und der auf allen Ebenen Kontakte findet und festigt.

Gute wirtschaftliche und soziale Bedingungen sind für unsere Firmengruppe mit rund 750 Beschäftigten selbstverständlich. –

Dazu gehören Festgehalt, Erfolgsprovision und Unfallversicherung.

Wenn Sie diese verantwortungsvolle Aufgabe interessiert, dann bewerben Sie sich bitte mit Lebenslauf, Zeugniskopien, Lichtbild und Angabe des frühesten Eintrittstermins bei unserer Personalabteilung.

KELLER SPEZIALTECHNIK
PYRO WERK GMBH
Tel. (0 54 51) 85-0, Postfach 34
D-4530 Ibbenbüren-Laggenbeck

KELLER Pyro

Namhafte Dienstleistungsgruppe in NRW sucht für verschiedene Gebiete des Rhein-Ruhr-Gebietes junge

Außendienstmitarbeiter

(bis 32 Jahre)
mit Festanstellungsvertrag

- Provision
- Reisekosten
- Sozialleistungen

Wenn Sie aus dem Markenartikelbereich oder Versicherungsgeschäft kommen und auf hohem Verhandlungsniveau sicher argumentieren können, bietet sich Ihnen die Chance einer echten Lebensstellung mit guten Aufstiegsmöglichkeiten.

Ihre vollständige Bewerbung senden Sie bitte unter L 6314 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Sperrvermerke werden beachtet.

Wir suchen: gut eingeführte, freie
HANDELSVERTRETER
für Wohnaccessoires aus Kunststoff-Spritzguß
Wir bieten: Spitzenprodukte bei hoher Provision.
Tel. 05264/8110

Wir suchen: gut eingeführte, freie
HANDELSVERTRETER
für technische Spritzgußteile bis 600 g
Wir bieten: Spitzenprodukte bei hoher Provision
Tel. 05264/8110

Wir suchen: gut eingeführte, freie
HANDELSVERTRETER
für moderne Displays aus Kunststoff-Spritzguß
Wir bieten: Spitzenprodukte bei hoher Provision.
Tel. 05264/8110

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen.

STELLENGESUCHE

Betriebs-/Produktionsleiter Maschinenbau

Ing., 54 J., verh., sucht neuen, verantwortungsvollen Wirkungskreis. Bisher in leitender Funktion: 20 J. Fahrzeugbau (Lkw, Baumaschinen, Sonderfahrzeuge). 5 J. Sicherheitseinrichtungen (Panzerschr., Tresortüren, Stahlmöbel).
Bereiche: mechanische Fertigung, Schweißerei, Galvanik, Lackierung, Montagen und Finish.
Sonstige Kenntnisse: Arbeitsvorbereitung, Steuerung, EDV, Kalkulation, Qualitätskontrolle.
Zuschr. erb. unt. G 6311 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Nebentätigkeit als
Herstellungs- und Kontrolleiter
nach § 15 AMG von Apothekerin in Norddeutschland gesucht.
Angeb. erb. u. R 6164 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



Produktmanager

49, Ausbildung Großhandelskaufmann, langj. Erfahrung in der Lebensmittelindustrie in ltd. Position in Einkauf, Verkauf, Verkaufsförderung, Produktmanagement, Mitarbeiterschulung; engl. Sprachkenntnisse; sucht verantwortungsvolle Tätigkeit, mgl. Norddeutschland.
Auskünfte erteilt: Frau Rudolph
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-593 o. -595

Diplom-Ingenieur Bauwesen

29, FH Bremen 3/85, Konstruktiver Ingenieurbau; Statik, Stahlbau, Stahlbetonbau, Grundbau und Bodenmechanik; EDV-Kenntnisse an der pdp 11/23 u. mit RSX 11 M. Englisch, Polnisch, Russisch; sucht Tätigkeit in Entwurf, Planung, Konstruktion, Statik, im Raum Niedersachsen, Bremen, Hamburg.
Auskünfte erteilt: Herr Lehnert
Fachvermittlungsdienst Bremen, Außer der Schleifmühle 4, 2800 Bremen 1, ☎ 0421/3077-579

Dipl.-Ing. FH Maschinenbau

39 J., verh., 13jähr. Berufspraxis im Werkzeugmaschinenbau, Motorenbau und in KFZ-Bremsenherstellung. Z. Z. Geschäftsführer im Werkzeugmaschinenbau (Ausland), sucht neue verantwortungsvolle Führungsaufgabe, bevorzugt im süddeutschen Raum, PLZ 7, 8.
Angeb. erb. unter L 6160 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Doktor-Ingenieur
Hüttenwesen/Gießereiwesen

TU Clausthal, 41 J., verh., 15 Jahre Berufserfahrung, davon 8 Jahre Hauptabteilungsleiter Qualitätsstelle namhafter deutscher Konzern-Gießerei (GS, GG, GGG u. GGV) einschl. Bearbeitungswerkstatt und Blechbau, mit den Schwerpunkten Qualitätssicherung, Qualitätskontrolle, Prüfwesen und Technische Akquisition mit Erfahrung in Schmelztechnik, Metallurgie, Werkstoffkunde und Werkstoffprüfung metallischer Werkstoffe, sowie im Strahlenschutz, Emissionsschutz u. Immissionsschutz sucht leitende Anstellung in der eisenschaffenden oder metallverarbeitenden Industrie. Tätigkeit im Bereich des Qualitätswesens bzw. der Forschung, Entwicklung und Anwendung metallischer Werkstoffe bevorzugt. Gute Kenntnisse der englischen Sprache in Wort und Schrift.
Angebote erbeten unter K 6291 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ihr Mann in Bonn
Brüssel, Straßburg

Journalist mit besten Kontakten zu Parlamentariern, Parteien, Ministerien, Organisationen, bietet freie Mitarbeit an. PR, Lobby, Info. etc.
Zuschriften erbeten unter S 6187 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Informatiker (FH), 28 Jahre, 2½ Jahre tätig als Entwicklungsingenieur im Mikro-Bereich (teilw. mit Projektverantwortung), sucht zum 1. 2. 1985 oder früher Stelle als

– Projekt- oder
– Entwicklungsleiter

(möglichst Raum Stuttgart/Heilbronn)
Sehr gute Programmierkenntnisse (PASCAL, C [Prozeß-]FORTRAN, Assembler). Erfahrung in Systemanalyse sowie Hardware-Erfahrung (8-Bit) sind vorhanden.
Eventuelle Reisetätigkeit wäre kein Hindernis.
Zuschr. erb. unter C 6153 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kapitän zur See, Admiralstabsoffizier

reiche Erfahrung in Truppenführung, Seefahrt und höheren Kommandobehörden und Stäben, jeweils im In- und Ausland, sucht Stellung im außermilitärischen Bereich.
Zuschriften erbeten unter U 6299 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Von der Industrie zur Bank als
Firmenkunden-Betreuer
m. d. Kenntn. d. Probleme von der „anderen Seite d. Tisches". Z. Z. verantw. f. d. Treasury i. mittl. Konzern. Langj. Erfahrg. in Geldanlage u. -aufn., Devisen, Außenh.-Abw., Kunden-Kreditbeurteilung u. -sicherung, Bilanzierung etc. 52 Jahre, ungek. Kontaktaufn. unter W 6301 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufm. Leitung – Administration – Rewe

50 J., Betriebswirt, langj. Prokurist, belastbar, flexibel, kooperativer Führungsstil, 20 Jahre Erfahrung:

- Leitung Rechnungswesen (davon 7 Jahre Großkonzern)
- kaufm. Innenleitung
- Berichtswesen, Planung und Kontrolle
- Vertragswesen
- Mahnwesen inkl. Eigentumssicherstellung
- 18 Mitarbeiter
- intensive Zusammenarbeit mit EDV
- VHS-Dozent, Ausbildereignungsprüfung
- Leitung Administration
- Branchen: Maschinenbau, Finanzierung, Handel

Nach langjähriger erfolgreicher Tätigkeit wird neue herausfordernde Aufgabe gesucht.
Angebote unter C 6307 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr. rer. pol.

33 J., seit 2 J. als Arbeitsrechts-Prozeßvertreter bei Gewerkschaft; ausgeb. Gymn.-Lehrer, sucht zum 1. 1. 86 Tätigkeit im Personal-/Ausbildungs-/Bildungswesen. Gern andere Angebote.
Zuschr. erb. unt. K 6313 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Geograph

(36) sucht seriöse Dauerbeschäftigung, auch fachfremde Tätigkeit (hohe Flexibilität und Einsatzbereitschaft vorhanden).
Zuschr. erb. u. Y 6303 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Schiffahrtskaufmann

27, erfahren in Befrachtung, Disposition, Operating, Linienfahrt, sucht nach Japan-Tätigkeit neuen Wirkungskreis in Schiffahrt, Handel, Industrie.
Ang. u. R 6296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Kaufmann, freiberuflich

Anfang 60, sucht tägl. od. mehrmals wöchentl. stundenw., vertrauensvolle Tätigk. im Raum Hamburg. Zuschr. erb. u. P 6295 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstmitarbeiter

Techniker, langjährige Vertriebserfahrung, sucht neuen Wirkungskreis in der Druckluftbranche (Kompressoren, DL-Werkzeuge, DL-Hebezeuge, Industriesauger) sowie Hebezeug- und Fördertechnik. Raum: Nordrhein-Westfalen.
Angebote erbeten unter M 6161 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Außendienstmitarbeiter

dynamisch, 30jährige Berufserfahrung in ungekündigter Stellung (2. Arbeitsstelle) sucht neuen Wirkungskreis. PLZ 4 u. mehr.
Zuschriften unter D 6198 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

American

Electronics Technician 29. Experience in security systems, communications, radar, and industrial electronics. Fluence german and english. Seeks interesting position.
Zuschr. erb. unt. B 6372 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Vorstandssekretärin

mit Portugiesisch- u. Französischkenntnissen, gutes Spanisch, Englisch (auch Englisch-Steno), verhandlungssicher, Erfahrungen in der Textverarbeitung (World Star u. Mail Merge), langj. Berufserfahrungen, ehrgeizig u. einsatzfreudig, mit erstklass. Referenzen u. Zeugnissen, sucht, bedingt durch das Ausscheiden ihres Vorgesetzten, eine neue interessante Tätigkeit in Kiel oder Umgebung, auch Lübeck.
Zuschr. erb. unt. H 6312 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Elektrotechnik

46, langjähr. Erfahrung in Projektierung, Projektabwicklung, Consulting, Vertrieb, Betriebserhaltung/-erweiterung von elektrischen Energieversorgungsanlagen, Elektroinstallation, Gebäudeleittechnik, integrierte und spezifische Beleuchtungssysteme. Seit 15 J. in leitender Funktion mit Ergebnisverantwortung:

sucht Führungsaufgabe im Bereich elektrischer Energieversorgungstechnik und -geräte, Großraum Hamburg/südl. Schleswig-Holstein.

Bitte nehmen Sie Kontakt auf mit
Ing. (grad.) Karl Meyer, Telefon 069/71 11-259

Zentralstelle für Arbeitsvermittlung
Inlandsabteilung – Bereich Führungskräfte
Feuerbachstraße 42-46 · 6000 Frankfurt/M. · Telefon 069 71 11 1 · Telex 4 11 632
Bundesanstalt für Arbeit

Dipl.-Kaufmann, Dipl.-Betriebswirt

30 J., Examen Oktober 85, Uni Essen, Studienschwerpunkt: Marketing, Wirtschafts- und Arbeitsrecht, Dozent VHS Münster, erste praktische Erfahrung, sucht Berufseinstieg im Marketingbereich.
Anbebote erbeten unter H 6290 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIPL.-BAUING. / SOFTWARE-SPEZIALIST

47 J., Leiter eines Rechenzentrums für techn.-wissensch. (Bauwesen) und kommerzielle Datenverarbeitung, Programmiersprache Fortran, Grundkenntnisse Basic und Pascal, vertraut mit Groß- und Klein-EDV (PC), sucht wegen Geschäftsaufgabe zum 1. 1. 86 verantwortungsvolle Aufgabe. Zuschr. erb. u. V 6300 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Suche i. d. Nähe v. Málaga
Arbeitsstelle
zum 1. 1. bzw. 1. 4. 86 i. d. Datenverarbeitung, z. B. Bank, Schiffsmakler od. Computer-Firmen.
Zuschr. erb. u. F 6200 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

(Schwerpunkt: Tropenholz, Maschinen) mit teilw. langj. Tätigk. in leit. Pos., i. S.-Amerika, Afrika, SO.-Asien, Engl./Frz., bereit zu Reisen, evtl. Stationierung Ausland, sucht neuen Wirkungskr.
Angeb. erb. u. P 6163 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Redakteur

30 J., Dr., ungek., in verant. Stellung, Englisch, Franz., Portugiesisch, sucht neue Aufgaben.
Ang. u. T 6298 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Volljuristin

29 Jahre, 2. Staatsexamen März 1985, danach Tätigkeit bei RA. Ausbildungsschwerpkt. Öffentl. Recht, insbes. Sozialrecht, mit Interesse auch an anderen Rechtsgebieten, sucht Stellung bei RA, Verband oder Unternehmen im Großraum Hamburg, Schleswig-Holstein.
Zuschr. erb. u. X 6302 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bankkaufmann

(48 J.), bisher geschäftsf. V.-Mitglied einer Geno-Bank, sucht nun neuen Tätigkeitsbereich in verantw. Position bei Bank, Fin.-Verm., Anlageges., Leasing o. a., evtl. auch Industrie u. Gewerbe.
Kontaktaufn. u. P 6141 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Augenoptikerin (22)

versiert in Werkstatt und Verkauf sucht zum 1. 11. 85 oder später neuen Wirkungskreis im
norddeutschen Raum
Ang. u. S 6297 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Bauingenieur, Anfang 55

in führenden Positionen, vorwiegend im Stahl-, Hallen- und Komplettbau sowie im Dach- und Wandbereich tätig, sucht neuen Wirkungskreis als

Verkaufsingenieur

Langjährige Erfahrungen in Konstruktion, Kalkulation, Angebotserstellung, Auftragsverhandlung und Abwicklung sowie Akquisition und Beratung.
Wohnort: Hannover.
Ang. unt. D 6308 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Selbständ. Gas- und Wasserinstallateurmeister

34 Jahre, sucht neues Aufgabengebiet als leitender Angestellter.
Zuschr. unt. E 6177 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Techniker

Rekonvalesz. nach Schlaganfall im Jahre 1983, wied. belastb., flexibel, mobil (Führersch. III mit Auto) ubern. alle anfall. Arb.; gereg. Arbeiten nicht Voraussetzung, auch Samst., Sonnt. u. Feiert. mögl. Angeb. erb. u. N 6162 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Dipl.-Kaufmann

31 J., ledig, flexibel, Englisch, Spanisch, Bank u. Außenhandel, sucht Auslandstätigkeit.
Zuschr. erb. unt. A 6371 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt Dipl.-Ing.

Junger kreativer Architekt sucht nach erfolgr. FH-Abschluß (2,1) u. ca. 3jähriger prakt. Tätigkeit als Planer u. Bauleiter neuen Wirkungskreis. Zuschriften unter U 6321 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Als **Gesellschafterin** od. **Haushälterin**
sucht Dame, 46 J., Anstellung.
Zuschr. erbeten unter R 6318 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Die richtige Adresse für Stellenanzeigen:
DIE WELT — Postfach 10 08 64, 4300 Essen 1

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Rechtswissenschaften
Erstsemester

von	nach
1 Augsburg	Uni München
2 Bielefeld	Bonn
3 Bielefeld	Köln
4 Bielefeld	Münster
5 FU Berlin	Bonn
6 FU Berlin	Göttingen
7 FU Berlin	Hannover
8 FU Berlin	Hamburg
9 FU Berlin	Köln
10 FU Berlin	Uni Kiel
11 FU Berlin	Uni München
12 FU Berlin	Osnabrück
13 Erlangen	Göttingen
14 Erlangen	Hannover
15 Erlangen	Hamburg
16 Erlangen	Uni München
17 Gießen	Bielefeld
18 Gießen	Bonn
19 Gießen	Bochum
20 Gießen	Frankfurt
21 Gießen	Freiburg
22 Gießen	Göttingen
23 Gießen	Hamburg
24 Gießen	Köln
25 Gießen	Marburg
26 Gießen	Münster
27 Gießen	Mainz
28 Uni Kiel	Hamburg
29 Konstanz	Tübingen
30 Marburg	Bonn
31 Marburg	Hannover
32 Marburg	Bremen
33 Marburg	Hamburg
34 Marburg	Köln
35 Mainz	Bonn
36 Mainz	Köln
37 Osnabrück	Hannover
38 Regensburg	Hannover
39 Würzburg	Bielefeld
40 Würzburg	Göttingen
41 Würzburg	Hannover
42 Würzburg	Uni München

Pharmazie
Erstsemester

von	nach
1 FU Berlin	Bonn
2 FU Berlin	Düsseldorf
3 FU Berlin	Hamburg
4 FU Berlin	Uni Kiel
5 FU Berlin	Münster
6 Frankfurt	Mainz
7 Münster	Marburg
8 Regensburg	Bonn
9 Regensburg	FU Berlin
10 Regensburg	Freiburg
11 Regensburg	Heidelberg
12 Regensburg	Marburg
13 Regensburg	Münster
14 Regensburg	Mainz
15 Regensburg	Würzburg

Architektur
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Darmstadt
2 Braunschweig	Darmstadt
3 Braunschweig	Hamburg
4 Braunschw.	TU München
5 Braunschweig	Stuttgart
6 TU Berlin	Aachen
7 TU Berlin	Darmstadt
8 TU Berlin	Hannover
9 TU Berlin	Karlsruhe
10 TU Berlin	TU München
11 TU Berlin	Stuttgart
12 Dortmund	Darmstadt
13 Dortmund	TU München
14 Hannover	Aachen
15 Kaiserslautern	Aachen
16 Kaiserslautern	Darmstadt
17 Kaisersl.	TU München
18 Kaiserslautern	Stuttgart
19 TU München	Aachen

Zahnmedizin
Erstsemester

von	nach
1 Aachen	Bonn
2 Aachen	Düsseldorf
3 Aachen	Frankfurt
4 Aachen	Uni München
5 Aachen	Tübingen
6 Aachen	Ulm
7 Bonn	Düsseldorf
8 Bonn	Frankfurt
9 FU Berlin	Düsseldorf
10 FU Berlin	Erlangen
11 FU Berlin	Hannover
12 FU Berlin	Heidelberg
13 FU Berlin	Hamburg
14 FU Berlin	Münster
15 FU Berlin	Uni München
16 FU Berlin	Tübingen
17 FU Berlin	Ulm
18 FU Berlin	Würzburg
19 Erlangen	Frankfurt
20 Frankfurt	Göttingen
21 Frankfurt	Hannover
22 Frankfurt	Heidelberg
23 Freiburg	Erlangen
24 Köln	Erlangen
25 Köln	Heidelberg
26 Köln	Münster
27 Köln	Saarbrücken
28 Köln	Tübingen
29 Köln	Ulm
30 Köln	Würzburg
31 Uni Kiel	Göttingen
32 Uni Kiel	Hannover
33 Uni Kiel	Hamburg
34 Marburg	Münster
35 Münster	Freiburg
36 Münster	Heidelberg
37 Münster	Tübingen
38 Saarbrücken	Bonn
39 Saarbrücken	Heidelberg
40 Saarbrücken	Münster
41 Würzburg	Erlangen
42 Würzburg	Frankfurt

„Keine Aufträge für SDI ohne Abkommen"

GÜNTHER BADING, Bonn

Deutsche Firmen und Forschungseinrichtungen müssen mit erheblichen Benachteiligungen rechnen, wenn nicht in nächster Zukunft ein Rahmenabkommen über die technologische Zusammenarbeit in der Forschung für die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI) zwischen der Bundesregierung und der amerikanischen Administration geschlossen wird. Nach einem einwöchigen Aufenthalt in Washington, wo er neben anderen mit Staatssekretär Richard Perle im Pentagon, dem stellvertretenden Leiter der SDI-Organisation (SDIO), Yonas, dem Abrüstungsbeauftragten Adelman und hochrangigen Vertretern des *Außenministeriums* gesprochen hatte, sagte der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer, es gebe heute schon konkrete Auftragsverluste. Zwar seien solche Aufträge vom finanziellen Umfang her in der gegenwärtigen Phase der sogenannten „Architekturstudien" *für SDI nicht beträchtlich, sie* seien allerdings für die weitere Beteiligung an der mit einem ungeheuren technologischen Innovationsschub auch für den zivilen Bereich verbundenen Forschung „sehr wichtig".

Der amerikanische Rüstungskonzern Martin Marietta – er stellt unter anderem die Pershing 2-Raketen her – ist von SDIO im Rahmen der Architekturstudien beauftragt worden, das europäische Szenario zu erarbeiten, in dem auch die eurospezifischen Bedrohungen erfaßt werden sollten, von denen die USA unberührt bleiben – zum Beispiel Kurz- und Mittelstreckenraketen, Marschflugkörper und Bomber. Martin Marietta habe schon Kontakt zu mehrereen deutschen Firmen aufgenommen gehabt, die als Unterauftragnehmer beteiligt werden sollten. Diese Aufträge sollen allerdings „vorerst" nicht zustandekommen. *Es gebe „sehr konkrete Hinweise"*, daß dem amerikanischen Unternehmen bedeutet worden sei, ohne ein staatliches Rahmenabkommen müsse man bei Aufträgen an deutsche Firmen mit „vielen Komplikationen" rechnen, sagte Todenhöfer.

Grundsätzlich sei in Washington eine „große Gelassenheit" festzustellen, wenn über die deutsche SDI-Beteiligung gesprochen werde. Man sei bereit zur Zusammenarbeit, wolle aber keinerlei Druck ausüben.

„Keine Extremisten an Schaltstellen der Politik"

Mißtrauensantrag gegen Börner / SPD verteidigt sich

dg, Wiesbaden

Die Oppositionsparteien im Hessi*schen Landtag haben einen Mißtrau*ensantrag gegen die SPD-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Holger Börner gestellt. Über den Antrag, der von allen 44 CDU- und acht FDP-Abgeordneten unterzeichnet und gestern zu Beginn einer dreitägigen Parlamentsdebatte im Wiesbadener Landtag eingereicht worden ist, soll morgen abgestimmt werden. Die beiden Oppositionsparteien, die zusammen über 52 Stimmen im Hessischen Landtag verfügen, benötigten vier Stimmen von den Parteien des rot-grünen Bündnisses, um Börner zu stürzen.

Die Entscheidung über das Schicksal der Regierung Börner fällt drei Tage vor der Landesmitgliederversammlung der hessischen Grünen, in der die grüne „Basis" darüber entscheiden soll, ob die hessischen Grünen als erster Landesverband ihrer *Partei eine Koalition mit der SPD* eingehen sollen. Verhandlungsdelegationen beider Parteien hatten eine solche Koalition am 16. Oktober nach monatelangen Verhandlungen vereinbart. Danach sollten die Grünen ein neu zu schaffendes Umweltministerium übernehmen und gemeinsam *mit der SPD „gleichgewichtig* die Gleichstellungsstelle für Frauen" mit einer eigenen Staatssekretärin für Frauenfragen wahrnehmen.

Konsens aufgekündigt

Fraktion und Landesvorstand der *hessischen SPD hatten* diese Vereinbarung – ebenso wie die Landtagsgruppe der hessischen Grünen – gebilligt.

Zur Begründung des Mißtrauensantrages erklärte der Fraktionsvorsitzende der hessischen CDU, Gottfried Milde, die SPD habe mit ihre Bereitschaft zu einer Koalition mit den Grünen den Konsens mit den anderen demokratischen Parteien aufgekündigt. Dieser Konsens beruhe auf der Vereinbarung, daß jeder Zugriff von Extremisten auf die politischen Schaltstellen abgewehrt werden müsse. Milde kennzeichnete die Grünen als „extremistische Partei", für die Gewalt und Rechtsbruch „Bausteine der Politik" seien. Diese Partei wolle trotz anderslautender Erklärungen eine andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einführen, in der Kollektivismus und staatlicher Bürokratismus die Entfaltung des Individu*ums unterdrücken würden. Milde*: „Wer Politik mit Extremisten macht, kann nicht erwarten, daß wir ihm noch das Vertrauen aussprechen." Die hessische CDU könne Börner, der „Wortbruch und Wählertäuschung zum Markenzeichen sozialdemokratischer Politik" erhoben habe, leider nur noch mißtrauen.

Börner: Konsequent

Ministerpräsident Börner, der die Parlamentsdebatte mit einer Regierungserklärung eingeleitet hatte, *kündigte an, er werde wegen der* Abstimmung über den Mißtrauensantrag seine Teilnahme am Treffen der Länderministerpräsidenten morgen in Saarbrücken absagen. Die Absicht seiner Partei, mit den Grünen eine Koalition einzugehen, sei „konsequent". Die SPD wolle damit versuchen, „*die protestierende Jugend* von den Mitwirkungschancen im demokratischen Staat zu überzeugen" und auf die „Ballung neuartiger sozialer und ökologischer Fragen zukunftsweisende neue Antworten zu geben". Das könnten die Sozialdemokraten mit den Grünen, nicht aber mit den Bonner „Wendeparteien". *Diese* Politik sei von den hessischen Wählern in den Kommunalwahlen im Frühjahr „eindrucksvoll bestätigt" worden.

Für die FDP erklärte der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Gerhardt, natürlich sei das rot-grüne Bündnis „kein Bündnis des Schreckens, des Chaos und des Untergangs". Aber es sei einfach unbegründet. Die SPD verwechsele dabei ihr eigenes parteipolitisches Wohlergehen mit den Interessen des Bundeslandes. Das werde sie noch teuer zu stehen kommen. Was die Grünen als künfige Partner der Sozialdemokraten beispielsweise zu den Frankfurter Krawallen in einer Dokumentation formuliert hätten, habe „mit sozialdemokratischer Politik nichts mehr zu tun".

Der Grünen-Abgeordnete Jochen Vielhauer richtete demgegenüber scharfe Angriffe auf die hessische CDU, die „verbale Gewalt" übe und Schreckbilder von Gewalttätigkeiten benötige und produziere, um den „Obrigkeitsstaat" zementieren zu können.

Für Deutschland-Politik auf einer „zweiten Ebene"

Scholz warnt vor Zweifeln an der offenen deutschen Frage

F. DIEDERICHS, Berlin

Nach Auffassung des Berliner Senators für Justiz und Bundesangelegenheiten, Professor Rupert Scholz (CDU), wachsen bei den demokratischen Parteien in der Bundesrepublik die deutschlandpolitischen Differenzen „in einem alarmierenden Maße". Der CDU-Politiker zeichnete *in einem Vortrag vor dem Berliner* „Verein der Kaufleute" eine kritische Standortbestimmung der Deutschlandpolitik.

Vor allem bei der SPD sei eine „zunehmende Bereitschaft zu beobachten", so Scholz, auf das Grundbekenntnis zur offenen deutschen Frage und zum Wiedervereinigungsauftrag sowie zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen zu verzichten. Scholz appellierte in diesem Zusammenhang an alle Parteien, zum deutschlandpolitischen Grundkonsens zurückzufinden.

Scholz hatte bereits vor seinem Vortrag am Montagabend zu dem jetzt gescheiterten Entschließungs-Entwurf Stellung bezogen und diesen mit kritischen Anmerkungen bedacht. So betrachtet Scholz den im Entwurf enthaltenen Satz von der „Verantwortungsgemeinschaft" der *Bundesrepublik* und der „*DDR*" für den Frieden als „mißverständlich", wenn dadurch eine gesonderte sicherheitspolitische Verantwortung beider deutscher Staaten gegenüber ihren jeweiligen Bündnispartnern zum Ausdruck kommen sollte.

Verschiedene Standpunkte

Mit der von Scholz geäußerten vorsichtigen Kritik an diesem Punkt wird auch deutlich, daß innerhalb des Berliner Senats verschiedene Standpunkte zu dieser Problematik vertreten werden.

So hatte Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen zu dem von Strauß und Scholz bemängelten Begriff der „Verantwortungsgemeinschaft" ausgeführt, an dieser Formulierung sei „keine Kritik berechtigt". Diepgen will diesen Begriff als „die Verantwortung im jeweiligen Bündnis, einen Beitrag zur Entspannung zu leisten", interpretiert wissen.

In einer „allgemeinen Standortbestimmung" der Deutschlandpolitik traf Scholz mehrere Kernaussagen, die die Grundlage eines allparteilichen Konsenses bilden müßten:

- *Die völkerrechtliche* Offenheit der deutschen Frage finde ihren Ausdruck in den Vorbehalten der vier Siegermächte, denen zufolge alle Deutschland als Ganzes betreffenden Fragen in gemeinschaftlicher Regelungshoheit verblieben. Keine der vier Siegermächte habe jemals auf diese Rechte verzichtet.
- Die verfassungsrechtliche Offenhaltung der deutschen Frage sei existent in Gestalt des Wiedervereinigungsgebots in der Präambel des Grundgesetzes.

Die Klammer bleibt

- Die staatsangehörigkeitsrechtliche Klammer zwischen den Deutschen in der Bundesrepublik und den Deutschen in der „DDR" entspreche zugleich dem völkerrechtlichen Vorbehalt der Alliierten für Deutschland als Ganzes. *Dieser völkerrechtlich* unveränderte Status von Gesamt-Deutschland stecke die rechtlichen Rahmenbedingungen jeder Deutschlandpolitik ab. Zu den zusätzlichen politischen Rahmenbedingungen gehöre zunächst, daß der Wille der Deutschen zur Einheit der Nation 40 Jahre *gewaltsamer Trennung offenkundig* unbeschadet überstanden habe. „Der Wille zur Einheit ist heute eher im Wachsen als im Schwinden begriffen". Scholz plädiert für eine „Deutschlandpolitik der zweiten Ebene", in der praktisch-politische Solidarität mit den Menschen im anderen Teil Deutschlands unterhalb der statusrechtlichen Ebene zu erfolgen habe. Als ein Beispiel dieser Politik nannte Scholz das im August mit der „DDR" geschlossene Abkommen über die Instandsetzung maßgeblicher Teile der Süd-Autobahn, das auf der Grundlage bestimmter Interessengemeinschaften zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" zustande gekommen sei. Einer Politik der wirtschaftlichen Kooperation komme wegen der damit verbundenen Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Lebensverhältnisse in der „DDR" ein hoher Stellenwert zu, das gleiche gelte für die Felder des Umweltschutzes und des Verkehrswesens. Allein eine Deutschlandpolitik dieser sogenannten „zweiten Ebene" sei heute möglich und auch erfolgversprechend.

Beim Paragraph 218 setzt Späth auf Landesinitiative

Neue Richtlinien zur Schwangerschaftsberatung

ULRICH REITZ, Bonn

In der Diskussion um Wege zur Verringerung der Zahl von Abtreibungen „aufgrund einer sozialen Indikation" hat Baden-Württemberg sich für eine Änderung der Richtlinien zur Schwangerschaftsberatung entschieden. Der Kernpunkt: Vor der Feststellung einer sozialen Indikation *muß eine Beratung stattfinden*. Künftig darf nicht derselbe Arzt, der eine Frau in einem Schwangerschaftskonflikt berät, entscheiden, ob eine Abtreibung vorgenommen werden darf.

Zudem müssen Ärzte, die die Indikation feststellen, über eine besondere Qualifikation verfügen. Bei Gynäkologen sei diese Voraussetzung gegeben, teilte das Familienministerium in Stuttgart mit. Die Entscheidung eines Arztes, eine Abtreibung zuzulassen, muß künftig schriftlich begründet werden. Das Ministerium steht nach eigenen Angaben in Verhandlungen mit der Landesärztekammer, die über ihre Standesordnung die Ärzte dazu bringen soll, die neuen Richtlinien einzuhalten.

Die Landesregierung will mit dieser Entscheidung, die einen Beschluß des Offenburger CDU-Landesparteitages umsetzt, den „optimalen Schutz des ungeborenen Lebens erreichen und den offensichtlichen Mißbrauch der sozialen Indikation einschränken", argumentierte das Familienministerium. Werdenden Müttern solle durch eine frühzeitige Beratung die Entscheidung für das Kind erleichtert werden, hieß es weiter.

Landeserziehungsgeld

Im Juli hatten die CDU-Delegierten in Offenburg mit großer Mehrheit eine Klage in Karlsruhe gegen die Abtreibung auf Krankenschein abgelehnt und die Landesregierung statt dessen in einem Kompromißpapier beauftragt, die Richtlinien für Schwangerschaftsberatungen zu ändern.

Als „flankierende Maßnahme" hat Stuttgart die Einführung eines Landeserziehungsgeldes beschlossen, das im Anschluß an das Bundeserziehungsgeld gezahlt wird. Von 1986 an stehen 74 Millionen Mark jährlich für die Unterstützung finanziell schwächerer Familien zur Verfügung. Keine Frau solle sich, so das Familienministerium, aus finanziellen Erwägungen für eine Abtreibung entscheiden müssen. Familien, deren Netto-Monatseinkommen nicht mehr als *2000* Mark beträgt, sollen vom 1. Januar kommenden Jahres an ein Jahr lang 400 Mark im Monat bekommen.

Die rheinland-pfälzische Landesregierung, die mit einem Vorstoß im Bundesrat eine Änderung der Reichsversicherungsordnung mit dem *Ziel* erreichen will, die Zahl der Abtreibungen auf Krankenschein zu reduzieren, wertete den Stuttgarter Beschluß als „kleine Lösung, der unsere Initiative im Bundesrat nicht überflüssig macht".

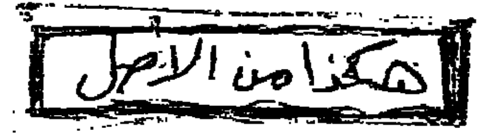
Späth unentschlossen

Zwar stimmten die Forderungen der beiden Landesregierungen in weiten Teilen inhaltlich überein, „aber wir sind der Meinung, das eine landesweite Initiative eben nicht ausreicht, um die Zahl der Abtreibungen zu reduzieren", erklärte die Mainzer Staatskanzlei. Stuttgart will, so das Familienministerium, andere Bundesländer lediglich auffordern, „unserem Beispiel zu folgen".

Ministerpräsident Lothar Späth *hat sich bislang noch* nicht entschieden, ob er im Bundesrat die Mainzer Vorschläge unterstützen will. In der rheinland-pfälzischen Landeshauptstadt wird allerdings nicht ausgeschlossen, daß sich der Ministerpräsident noch mit eigenen bundesweiten Vorschlägen zu Wort meldet.

Schleswig Holstein dagegen wird Ministerpräsident Vogel nicht unterstützen. Die niedersächsische Landesregierung hat sich noch nicht entschieden, ob sie sich den Vogel-Vorschlägen anschließen wird oder nicht.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, Paul Hoffacker, plädiert dafür, die Schwangerschaftsberatung auch auf das soziale Umfeld der Schwangeren, „insbesondere auf den Erzeuger des Kindes", auszudehnen. Dieser müsse in die grundgesetzliche Pflicht zur Erhaltung des Lebensrechts des Ungeborenen genommen werden, schreibt Hoffacker in einem Beitrag in dem jetzt vorgestellten Buch „Auf Leben und Tod. Abtreibung in der Diskussion".



Zweifel am Dollar

ed. – Gelingt es den Zentralbanken, den Dollarkurs, der sich seit Ende September nervös in einer Schwankungsbreite von 2,80 bis 2,69 Mark bewegt, unter Kontrolle zu halten und ein Ausbrechen nach oben zu verhindern? Immer wieder wird diese Frage mit einem zweifelnden Unterton gestellt. Die Antwort heißt ganz eindeutig: Ja. Vorausgesetzt, die Zentralbanken wollen das. Dabei kommt es ganz entscheidend auf die US-Notenbank an. Sie braucht nur, wenn es ihr geraten erscheint, genügend Yen oder D-Mark zu kaufen. Und das kann sie – theoretisch jedenfalls – unbegrenzt, womit zugleich das immer wieder vorgebrachte Argument ad absurdum geführt wird, die Notenbanken hätten überhaupt nicht genügend Munition, um einen Dollaranstieg zu bremsen.

Die Zweifel resultieren auch daraus, daß viele Marktteilnehmer noch nicht von dem festen Willen der Zentralbanken überzeugt sind, den Dollar nicht wieder hochschießen zu lassen. Aber das kann sich ändern, wenn die Notenbanken nur oft genug und mit dem nötigen Geschick mit Interventionen die Richtung zeigen und dabei genügend langen Atem beweisen.

Erfolgreicher wäre die Interventionsstrategie freilich, wenn sie von einer entsprechenden Zinspolitik begleitet würde, also vor allem von sinkenden Zinsen in den USA, eine Trend, in dessen Richtung übrigens auch die Interventionen der US-Notenbank wirken. Doch zu einer expansiven Geldpolitik sind die US-Notenbankiers aus Angst vor einem Wiederaufleben der Inflation verständlicherweise nicht bereit.

Blindlings

J. G. – Seit anderthalb Jahrzehnten, so resümiert die deutsche Weißblechindustrie den neuesten Bericht des Umweltbundesamtes, habe die Verwendung von Einweg-Getränkeverpackungen den Mülldeponien keinerlei zusätzliche Belastung gebracht. Seit einem Jahrzehnt und bei steigendem Getränkekonsum gehe dank wachsendem Rohstoff-Recycling die auf der Deponie landende Abfallmenge sogar zurück. Das Resümee kommt rechtzeitig zu der von den Mehrweg-Freunden aller Sorten für den nächsten Samstag in 600 Städten geplanten Anti-Dosen-Demonstration „der Umwelt zuliebe". Der blinde Eifer, der da wütet, hat jedoch auch aus einem anderen Grunde nichts mit Umweltschutz zu tun. Getränkedosen, das lehrt nun einmal die Statistik, machen von allem Müllabfall nur noch etwa 0,3 Prozent aus. Kein vernünftiger Ansatz also, um Müllvermeidungspolitik, wenn sie denn notwendig sein sollte, erfolgreich zu betreiben. Der Tarnmantel Umweltschutz verdeckt hier bei den Mehrweg-Protagonisten offensichtlich handfeste Produzenteninteressen.

ARBEITSMARKT / Ein Forschungsbericht des Bundesarbeitsministeriums

Teilzeitarbeit bringt mehr Vorteile und kostet weniger, als gedacht wird

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die Teilzeitarbeit bringt Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Dieses Fazit zieht der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, aus einem Forschungsbericht, der im Auftrag seines Ministeriums erstellt wurde. Würde von dieser Möglichkeit in stärkerem Maße Gebrauch gemacht, so könnte der Arbeitsmarkt merklich entlastet werden. Die Kosten der Teilzeitarbeit werden, so die Verfasser des Berichts, häufig erheblich überschätzt.

„Angesichts der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt müssen alle Beschäftigungsmöglichkeiten genutzt werden. Die Teilzeitarbeit ist eine solche Möglichkeit", betonte der Staatssekretär bei der Vorstellung des Berichts in Bonn. Die Teilzeitarbeit komme den Wünschen vieler Arbeitnehmer entgegen und entspräche wegen ihrer hohen Flexibilität den betrieblichen Belangen.

Nach Meinungsumfragen, so Vogt, streben 20 bis 25 Prozent der Vollzeitbeschäftigten eine Teilzeitarbeit an. Das sei ein langfristiger Trend, der verstärkt auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten ist. Darüber hinaus suchten von den 2,1 Millionen im September gemeldeten Arbeitslosen rund 234 000 eine Teilzeitbeschäftigung. „Würde man den Arbeitszeitwünschen der Arbeitnehmer entsprechen, könnte der Arbeitsmarkt spürbar entlastet werden", meinte Vogt. Rund 1,85 Millionen oder 9,1 Prozent der mehr als 20 Millionen abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik sind bereits teilzeitbeschäftigt. Der weitaus größte Teil sind Frauen. Nicht mitgezählt sind dabei die nur geringfügig Beschäftigten mit weniger als 15 Wochenstunden oder weniger als 400 Mark Monatsverdienst.

Dem Arbeitsministerium geht es mit diesem Bericht auch darum, Vorurteile gegenüber der Teilzeitarbeit abzubauen. Diese bestünden sowohl auf Seiten der Arbeitnehmer als auch der Unternehmen. Teilzeitarbeit sei kein „Arbeitsverhältnis zweiter Klasse", sagte Vogt. Eine unbegründete Furcht vor erhöhten Kosten oder Vermögenseinbußen hätten insbesondere Arbeitgeber von einer Umstellung der alten Arbeitszeitregelung abgehalten. Dabei könne die Teilzeitarbeit sowohl den Wunsch nach kürzerer Arbeitzeit als auch nach größerer Wirtschaftlichkeit erfüllen.

Die Teilzeitarbeit ist nach der vorgelegten Studie viel häufiger interessengerechter und praktikabler, als gemeinhin angenommen wird. Viele der befragten Fachleute meinten sogar, sie sei überall einführbar.

Nach Angaben Vogts sind die meisten Teilzeit-Verträge nicht auf Initiative der Betriebe, sondern auf Wunsch der Beschäftigten zustande gekommen. Die Gewerkschaften sollten nach Ansicht Vogts versuchen, tarifvertragliche Regelungen für Teilzeitbeschäftigte zu finden.

„Jeder Betrieb muß sein eigenes Teilzeitkonzept finden; Standardlösungen werden den immer besonderen Interessen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht gerecht", heißt es in dem Bericht, in dem einige Fall-Beispiele untersucht werden:

- Teilzeitarbeit bei saisonalen Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs: Eine Lotterieannahme deckt den zweimal im Jahr für jeweils drei Monate anfallenden höheren Arbeitskräftebedarf nicht mehr durch befristet eingestellte Aushilfen, sondern durch Teilzeitkräfte mit Jahresarbeitszeitverträgen. Während des gesamten Jahres werden 20 Wochenstunden vergütet, so daß das Einkommen voll versicherungspflichtig ist.
- Teilzeitarbeit bei unvorhersehbar schwankendem Arbeitskräftebedarf: Die Mindestarbeitszeit in einem chemischen Betrieb wird für durchschnittlich 20 Wochenstunden garantiert. Soll die Arbeitszeit ausgedehnt werden, so muß dies 14 Tage vorher angekündigt werden.
- Feste Teilzeitschichten: In der Konsumgüterindustrie wurden vier feste Teilzeitschichten eingeführt.
- Arbeitsplatzteilung bei über Vollzeitniveau liegender Betriebszeit: Ein Möbelhaus gewährte den Beschäftigten eine Woche Freizeit, wenn sie zuvor eine Woche während der gesamten Öffnungszeit gearbeitet hatten.

SCHNELLER BRÜTER

Riesenhuber: „Das ist eine vernünftige Technologie"

HANS BAUMANN, Essen

„Es gibt keinen Grund, daran zu zweifeln, daß die für den Schnellen Brüter von Kalkar noch ausstehenden Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zügig abgewickelt werden." Das sagte Heinz Riesenhuber, Bundesminister für Forschung und Technologie, zur Eröffnung von „Kraftwerk '85", ein Kongreß der VGB Technische Vereinigung der Großkraftwerksbetreiber in Essen. Niemals sei festgestellt worden, daß es aus wirtschaftlichen oder politischen Gründen die Bruttechnik nicht geben dürfe. Daher schöpfe er das Vertrauen, daß Wirtschaft und Politik diese neue Technik der Kernkraftwerke der zweiten Generation vorantreiben werden.

An die Wirtschaft appellierte der Minister, die Verantwortung nicht an Politiker zu delegieren, weil die nichts von Technik verstünden. „Die Welt wird dann schlechter", sagte er, „wenn die Leute, die etwas verstehen, nicht rechtzeitig das Maul aufmachen." Die Fachwelt müsse ins Land gehen und Technik verständlich machen. Nur wenn das gelinge, werde die Nation ein Industriestaat bleiben und neue Technologie eine Chance haben.

Kalkar sei eine Aufgabe, die heute für die übernächste Generation gelöst werden müsse. „Wir dürfen nicht immer den Status quo in die Zukunft extrapolieren", mahnte Riesenhuber all die, die auf die Bruttechnik verzichten wollen mit dem Argument, „Uran sei in Hülle und Fülle vorhanden. „Und deshalb ist der Schnelle Brüter eine vernünftige Technologie", folgerte er.

Aufgabe des Staates sei es, neue Techniken zu fördern. Danach liege die Entscheidung bei der Wirtschaft, ob und wann sie eine neue Technik einsetzen will. Er baue daher auch für Kalkar darauf, daß die Industrie sich nun entscheidet, den Brüter zu vollenden und ans Netz zu bringen.

Der Wirtschaftsminister von Nordrhein-Westfalen, Reimut Jochimsen, erklärte, daß das Land „in den nächsten Wochen und Monaten prüfen wird, ob Kalkar sinnvoll ist". Die SPD werde mit der Bundesregierung darüber neu verhandeln. „Das Ergebnis ist offen", sagte Jochimsen, fügte aber hinzu, „ich verbürge mich, die Genehmigungsverfahren nach Recht und Gesetz zügig voranzutreiben." In den letzten Tagen sei in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß die Finanzmittel für Kalkar schwinden, sagte der Minister. Er habe den Eindruck, daß man heute schon einen Prügelknaben für Kalkar suche.

Befreiung vom Dirigismus?

Von JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Rechtsparteien wollen, falls sie im März nächsten Jahres die Parlamentswahlen gewinnen, Frankreich auf breiter Front von dem hier besonders tief verwurzelten staatlichen Wirtschaftsdirigismus befreien. Ob Colbert, sein Erfinder, damit endgültig begraben werden kann, bleibt allerdings erst noch abzuwarten. Denn sowohl die Gaullisten wie auch die Giscardisten hatten sich während der vorsozialistischen Zeit durchaus noch als stramme Adepten des Finanzministers von Ludwig XIV. erwiesen.

Zunächst hieß ihre wichtigste Wahlkampfparole „Denationalisierung". Dabei versprach man nicht nur die sozialistische Industrie- und Bankenverstaatlichung rückgängig zu machen, sondern auch einen Teil der gaullistischen Verstaatlichungsaktionen (Renault zum Beispiel) aufzuheben und überdies verschiedene Staatsmonopole zu beseitigen.

Inzwischen hat man den Begriff „Dereglementierung" auf das Banner geschrieben. Der staatliche Einfluß soll danach nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der privaten Sphäre reduziert werden, so zum Beispiel durch die Abschaffung des staatlichen Beerdigungsmonopols. Ein weiteres populäres Wahlversprechen ist die Aufhebung des radikalen Mieterschutzgesetzes. Immerhin sind mehr als die Hälfte der Franzosen Eigentümer ihrer Wohnung. Aber werden sie dann nicht ihrem traditionellen Reflex zufolge aus den Wertpapieren in die Immobilien flüchten?

Auch könnte die angekündigte liberale Arbeitspolitik viel Ärger mit den Gewerkschaften bringen. Mobilität und Flexibilität sind in Frankreich noch nicht so recht gefragt, und die Demontage des Entlassungsschutzes oder des garantierten Mindestlohnes würden wohl als grober Verstoß gegen wohlerworbene soziale Rechte angesehen werden. Immerhin aber hat die sozialistische Regierung nach ihrer historischen Großtat der kaufkraftvermindernden Desindexierung der übrigen Löhne bereits gewisse Weichen gestellt.

Am überzeugendsten ist wohl das Preisliberalisierungsversprechen. Denn schließlich hatte die bürgerliche Regierung schon Mitte 1978 alle Industriegüterpreise und Anfang 1980 alle Handelsspannen freigegeben. Allerdings zeigte sie nicht den Mut, die gesetzliche Generalermächtigung von 1945 zu jeder Art von behördlichem Preisstopp auf dem Verordnungswege zu beseitigen. Diese Ermächtigung wurde von der sozialistischen Regierung reichlich ausgenutzt.

Auch das spektakuläre Versprechen der Rechten zur Beseitigung der Devisenkontrollen ist mit Vorbehalt zu verstehen. An ein Verzicht auf eine entsprechende Generalermächtigung ist hier jedenfalls nicht gedacht. Außerdem will man hier nur in Etappen vorgehen. Damit haben allerdings auch schon die Sozialisten begonnen. Sicherlich erinnerte sich die Rechte noch gut an die bösen Erfahrungen, die sie vor 19 Jahren mit der totalen Devisenfreiheit gemacht hatte: In der berechtigten Erwartung, daß dieser idyllische Zustand nur von kurzer Dauer sein könne, schleppten die Franzosen ihr Geld kofferweise in die Schweiz.

Gewiß kann man damit rechnen, daß sich nach einem Mehrheitswechsel in der Nationalversammlung in Frankreich manches zum Liberaleren wendet. Die Autonomie der zur Zeit den Weisungen des Finanzministers unterstehende Notenbank beispielsweise dürfte ziemlich schnell zu bewerkstelligen sein, jedenfalls was die Zinspolitik betrifft. Auch bleibt noch Raum für neue Steuersenkungen insbesondere für Unternehmensgewinne und Dividenden. Denn der Staat könnte durch die Reprivatisierungen seine Kassen füllen und durch den weiteren Abbau der Subventionswirtschaft Ausgaben sparen.

Im übrigen zeigt die Erfahrung, daß einer Rechtsregierung von der Wirtschaft des In- wie Auslands grundsätzlich mehr Vertrauen entgegengebracht wird als der Linken, obwohl diese sich in Frankreich inzwischen ein wenig geläutert hat. Aber dieses Vertrauen könnte sehr schnell wieder in Frage gestellt werden, wenn sich die neue parlamentarische Mehrheit in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mit einem noch zwei Jahre im Amt bleibenden sozialistischen Staatspräsidenten als dem eigentlichen Regierungschef einigt. Wenn Mitterrand nicht freiwillig zurücktreten sollte, sind solange der Rechten die Hände gebunden.

AUF EIN WORT



„Direktinvestitionen der Unternehmen im Ausland sind heute eine wesentliche Form der weltwirtschaftlichen Verflechtung und Arbeitsteilung und damit unentbehrlicher Bestandteil einer freien Marktwirtschaft."

Dr. Wilfried Guth, Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bank AG, Frankfurt. FOTO: JUPP DARCHINGER

EG-Hilfen für Entwicklungsländer

dpa/VWD, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft hat seit 1976 etwa 30 Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Lateinamerika, die nicht mit der EG assoziiert sind, mit 1,5 Mrd. ECU (3,5 Mrd. DM) unterstützt. Diese Gelder brauchten nicht zurückgezahlt zu werden. Dies teilte die EG-Kommission gestern in Brüssel mit. Nach einem Verteilerschlüssel gingen nach Asien 75 Prozent, nach Lateinamerika 20 und nach Afrika fünf Prozent der Gelder, die sich 1985 auf 268 Mill. ECU belaufen werden. Sie werden in erster Linie für landwirtschaftliche Projekte zur Verbesserung der Nahrungsmittelproduktion aufgewendet, die den ärmsten Bevölkerungsschichten in der „dritten Welt" zugute kommen sollen.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Ministerrat beklagt Haltung der USA im Stahl-Streit

WILHELM HADLER, Luxemburg

Politische Rückenstärkung hat der EG-Ministerrat der Brüsseler Kommission für ihre Stahlverhandlungen mit den USA gegeben. In einer gestern von den Außenministern gebilligten Erklärung heißt es, der Rat habe seine „tiefe Besorgnis über die inakzeptable Haltung zum Ausdruck gebracht, die die amerikanischen Stellen bisher eingenommen haben".

Die EG weist darauf hin, daß sie das Selbstbeschränkungsabkommen in vollem Umfang eingehalten habe. Die Forderungen Washingtons liefen darauf hinaus, nicht nur die Palette der betroffenen Erzeugnisse erheblich auszuweiten, sondern auch die europäischen Exportmöglichkeiten weiter einzuschränken.

Eine Lösung im Wege von Verhandlungen ist nach Meinung der Gemeinschaft nur dann möglich, wenn „dabei auch den fundamentalen Kräften der europäischen Eisen- und Stahlindustrie Rechnung getragen wird". Die Kommission wird aufgefordert, die Verhandlungen „entschlossen forzusetzen".

Erneut berieten die Außenminister gestern über die Anpassung der EG-Abkommen mit den nichtbeitrittswilligen Mittelmeerländern. Dabei gab es erstmals eine Auflockerung der Positionen. Ziel bleibt es, auch nach dem Beitritt Spaniens und Portugals die traditionellen Handelsströme mit den Mittelmeeranrainern aufrechtzuerhalten.

Besorgnis über die Entwicklung der Handelsbeziehungen brachte gestern auch der israelische Außenminister Itzhak Shamir in Luxemburg zum Ausdruck. 1984 hatte sein Land ein Handelsdefizit mit der EG von rund 2,25 Mrd. Mark.

METALLINDUSTRIE

Wende in der Beschäftigung gewinnt noch an Fahrt

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Seit dem Mitte 1984 erreichten Tiefststand der Beschäftigtenzahl hat die deutsche Metallindustrie bis August dieses Jahres die Zahl ihrer Arbeitsplätze um 181 000 auf 3,85 Millionen erhöht. Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall belegt mit dieser jüngsten Zwischenbilanz auch, daß die Wende in der Beschäftigung noch an Tempo gewinnt: Juli und August zusammen brachten jetzt mit 58 600 neuen Arbeitsplätzen das bisher weitaus beste Zwei-Monats-Ergebnis.

Zugleich hat die Kurzarbeiterzahl mit 18 000 (August) einen neuen Tiefstpunkt erreicht. Im Vergleich zu dem um die Jahreswende 1982/83 registrierten Höchstand von 600 000 ist das Verschwinden der Kurzarbeit einer zusätzlichen Beschäftigungswirkung von etwa 160 000 Arbeitsplätzen gleichzusetzen, folgert Gesamtmetall.

Unter den 14 bei diesem Arbeitgeberverband zusammengeschlossenen Metallbranchen, die etwa die Hälfte allen deutschen Industriepotentials repräsentieren, hat im August erstmals der Maschinenbau mit 8800 neuen Arbeitsplätzen „in der Beschäftigungsoffensive die Führung übernommen". Der bisherige Spitzenreiter Elektroindustrie stellte noch 6000 neue Leute ein. Die bei Neueinstellungen herausragende Rolle des Maschinenbaus wertet der Verband als Beweis dafür, daß von den Investitionen „deutliche Impulse für die Beschäftigung ausgehen".

Gut entwickelte sich die Beschäftigung im August weiterhin in der Datentechnik und in der EBM-Industrie mit weiteren 1400 und 1200 neuen Arbeitsplätzen. Erstmals hat nun auch der im bisherigen Aufschwung lahme Stahl- und Leichtmetallbau mit 1000 Neueinstellungen sein Beschäftigungstief überwunden.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Mittelständischer Handel skeptisch

Köln (VWD) – Der im Herbstgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute geäußerte Optimismus über die Zunahme des privaten Verbrauchs wird von vielen Unternehmen des mittelständischen Handels nicht geteilt. Dies berichtete gestern die Kreditschutz-Organisation „Creditreform", Neuss, unter Hinweis auf eine Herbstumfrage bei rund 5000 mittelständischen Einzel- und Großhandelsunternehmen aus dem gesamten Bundesgebiet. Fast 50 Prozent der Befragten rechneten gar nicht mit höheren Umsätzen, und über 14 Prozent gingen von niedrigeren Umsätzen aus. Zwar erwarten 32 von 100 befragten Händlern eine Umsatzausweitung, jedoch sei diese zum Teil nur bei sinkenden oder seit längerem unveränderten Angebotspreisen erreichbar.

Mengentender zugeteilt

Frankfurt (dpa/VWD) – Die Deutsche Bundesbank hat den Banken neues Geld zur Verfügung gestellt. Im Rahmen eines sogenannten Mengentenders teilte sie gestern der deutschen Kreditwirtschaft 9,3 Mrd. DM zum Festzinssatz von 4,55 Prozent zu. Es waren Gebote über insgesamt 13,2 Mrd. DM eingegangen.

Strafzoll für Arbed

Washington (dpa) – Das US-Handelsministerium hat den Strafzoll für Werkzeugstahl-Exporte der Arbed Saarstahl GmbH nach den USA von 8,09 auf 19,35 Prozent erhöht. Das Ministerium folgte damit zum Teil einer Klage von US-Spezialstahl-Herstellern, die der deutschen Firma gezielte Preisunterbietungen vorgeworfen hatten. Die amerikanischen Hersteller von Spezialstahl kritisierten gestern, daß das Ministerium bei seiner Entscheidung nicht auch staatliche Subventionen an das saarländische Unternehmen einbezogen habe. Dann wäre die Dumping-Marge noch höher ausgefallen.

Kooperation mit China

Köln (AP) – Sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) als auch eine zur Zeit in der Bundesrepublik weilende chinesische Regierungsdelegation haben die Erwartung ausgesprochen, daß es zwischen beiden Ländern zu einer langfristigen und fruchtbaren industrie- und handelspolitischen Zusammenarbeit kommen wird. BDI-China-Experte Heinrich Weiss erklärte gestern in Köln, der neue chinesische Fünfjahresplan enthalte eine ganze Reihe attraktiver Kooperationsprojekte für die deutsche Wirtschaft.

Zögernde Bestellungen

Düsseldorf (dpa/VWD) – Das sonnige Oktoberwetter hat dem bundesdeutschen Textileinzelhandel Umsatzrückgänge von 20 Prozent und mehr beschert. Wie es gestern zum Abschluß der letzten Modemesse Igedo dieses Jahres in Düsseldorf hieß, ist der Handel jetzt vorsichtig geworden: Obwohl wie im Vorjahr rund 16 000 Besucher gezählt wurden, sei nur zögernd bestellt worden. Außerdem hätten sich Industrie und Handel offenbar noch nicht auf das differenzierter gewordene Modemessenangebot eingestellt, bei dem mehrere Kollektionen zu gestaffelten Lieferterminen vorgestellt werden.

Leistungen verbessern

Düsseldorf (Py.) – Die deutschen Lebensversicherer wollen die Leistungen verbessern. Entsprechende Vorschläge zu einer Neugestaltung der Tarife sind dem Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV) unterbreitet worden. Sie sehen eine weitere Verbesserung der garantierten Versicherungsleistungen beziehungsweise eine Senkung der Beiträge und eine Erhöhung der Rückkaufswerte bei vorzeitiger Vertragskündigung vor. Bei der Einführung neuer Tarife ist für diejenigen Versicherten, deren Verträge bis dahin nach alten Konditionen abgeschlossen worden sind, ein Ausgleich über die Gewinnbeteiligung vorgesehen.

„Esprit ist Erfolg"

Brüssel (rtr) – Das Technologie-Forschungsprogramm der Europäischen Gemeinschaft (EG) „Esprit" hat nach Auffassung von Experten die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Hochtechnologie ungeachtet einiger Anfangsschwierigkeiten beflügelt. Ein unabhängiger Ausschuß von Industriellen, der das vor 18 Monaten initiierte Europäische Strategische Programm zur Forschung und Entwicklung in der Informationstechnik untersuchte, kam gestern in Brüssel zur der Schlußfolgerung, das Programm sei als Katalysator der Zusammenarbeit ein Erfolg.



FOTO: DPA

Christoph von der Decken 60 Jahre

Christoph von der Decken, Vorstandsmitglied der Dresdner Bank AG, Frankfurt, feiert heute seinen 60. Geburtstag. Der in Washington (USA) geborene Banker ist am Inlandsgeschäft für die norddeutsche Region zuständig. Zu seinen zahlreichen Mandaten in Aufsichtsrats- und Beiratsgremien gehört auch der Aufsichtsrats-Vorsitz bei der Hapag-Lloyd AG. Im Auslandsgeschäft betreut er den Asien-Pazifik-Raum. Im Zuge seiner Auslandstätigkeit hat sich von der Decken intensiv mit den Problemen der Auslandsverschuldung befaßt und an zahlreichen Lösungsmodellen mitgearbeitet. Die Karriere als Banker begann von der Decken nach dem juristischen Studium in Göttingen und Hamburg beim *Bankhaus Brinckmann, Wirtz + Co.* Mitte der sechziger Jahre wurde er ins Direktorium der Hamburgischen Landesbank berufen und 1972 zum Vorstandsmitglied der Dresdner Bank bestellt. (DW.)

ÖFFENTLICHER PERSONENNAHVERKEHR

Modell Hohenlohekreis

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Öffentliche Personennahverkehr *(ÖPNV) in der Fläche läßt sich* erheblich verbessern, wenn sich die Landkreise stärker engagieren. Und das bei *einem sehr hohen* Kostendeckungsgrad. Dieses geht aus dem Abschlußbericht zum „Nahverkehrsmodell Hohenlohekreis" hervor.

Das Bundesverkehrsministerium hatte die planerischen Vorbereitungen des Modellversuchs von 1975 bis 1979 mit Forschungsmitteln gefördert. Bund, Land und Kreis haben gemeinsam die Kosten von 8,6 Millionen Mark für den Probelauf zwischen 1979 und 1983 getragen. Seit dem 1. September 1983 betreibt der Kreis den Verkehr unter der Firma „Nahverkehr Hohenlohekreis" mit Erfolg weiter. Als alleiniger Betreiber aller Linienverkehre bestimmt er über Netz, Fahrplan und Tarif.

Dieser kommunale Eigenbetrieb besitzt nur eine kleine Geschäftsstelle. Zur Abwicklung des ÖPNV mietet er ausschließlich bei den vorhandenen Verkehrsunternehmen Omnibusse an. Nach der Vorgabe des Kreises und in seinem Auftrag wikkeln 17 Verkehrsbetriebe, wovon neben der Bahn 15 private Unternehmen sind, die Verkehrsleistungen ab. Sie erhalten ein kostendeckendes Entgelt. Der freigestellte Schülerverkehr ist weitgehend in den Linienverkehr integriert.

Im Hohenlohekreis sind 98 Prozent aller Wohnplätze mit mehr als zehn Einwohnern und alle Wohnplätze mit mehr als 100 Einwohnern direkt an den Hauptort der Gemeinde angebunden. Durchschnittlich wird jede Haltestelle jetzt elf Mal am Tag in beiden Richtungen angefahren, früher waren es nur sieben. Die Jahresfahrleistungen konnten von 1,7 auf 3,9 Millionen Kilometer gesteigert werden. Das Fahrgastaufkommen besteht zu 77 Prozent aus dem Schülerverkehr, zu sieben Prozent aus dem Berufsverkehr und zu 15 Prozent aus dem Besorgungsverkehr. Damit unterscheidet sich die Fahrgaststruktur nach Angaben des Bundesverkehrsministeriums nicht von der in anderen ländlichen Räumen.

Der Kostendeckungsgrad hat sich von 68 Prozent bei Beginn des Probelaufs auf 95 Prozent im vergangenen Jahr erhöht. Im gleichen Zeitraum konnten die jährlichen Betriebszuschüsse von Bund, Land und Kreis von 3,1 auf 0,4 Millionen Mark aufgrund von Kostensenkungen, höheren Tarifen und einem gestiegenen Fahrgastaufkommen gesenkt werden. Der Anteil der Tarifeinnahmen ist seit 1979 von 47 auf 75 Prozent gestiegen.

Durch die Integration des freigestellten Schülerverkehrs in den allgemeinen Linienverkehr konnten die staatlichen Mittel für die Schülerbeförderung für den gesamten ÖPNV nutzbar gemacht werden. „Wegen des generell hohen Schülerverkehrsanteils in ländlichen Räumen und der staatlichen Schulwegfinanzierung liegt darin ein bedeutendes Potential *für allgemeine* ÖPNV-Verbesserungen", so das Resümee des Abschlußberichts des Verkehrsministeriums. Im Hohenlohekreis sei dieses erstmals umfassend nachgewiesen worden.

EG / Sonderkonferenz der Außenminister im November

Uneinig über Reformpläne

WILHELM HADLER, Luxemburg

Wenig Fortschritte gemacht haben die EG-Regierungen bei ihren Verhandlungen über eine Revision der Römischen Verträge. Weder über die Maßnahmen zur Schaffung eines europäischen Binnenmarktes, noch über die Ausdehnung der Befugnisse des Europa-Parlaments zeichnete sich eine Einigung ab.

Die Außenminister beschlossen daher am 11. November zu einer Sonderkonferenz zusammenzukommen, denn bei dieser Gelegenheit dürfe sich zeigen, ob überhaupt genügend „Substanz" für die angestrebten Vertragsänderungen vorhanden ist. Anfang Dezember wollen sich die Regierungschefs mit den Reformplänen befassen. Großbritannien, Griechenland und Dänemark haben schon früher deutlich gemacht, *daß sie jede* Änderung des gegenwärtigen institutionellen Gleichgewichts ablehnen.

Die Meinungsverschiedenheiten beginnen bereits bei der Definition des Begriffs Binnenmarkt: Die EG-Kommission zielt auf die Schaffung eines „Raumes ohne Binnengrenzen" ab, „in dem Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital unter den gleichen Bedingungen wie in einem Mitgliedsstaat verkehren"; einige Delegationen sprechen von einem „all*mählichen Abbau der bestehenden* Hindernisse für den freien Verkehr von Gütern, Arbeitnehmern, Dienstleistungen und Kapital".

Vielerlei Vorbehalte gibt es jedoch vor allem zu den Kommissionsvorschlägen, eine Reihe von Vertragsbestimmungen im Bereich des Binnenmarktes so zu ändern, daß Beschlüsse künftig mit qualifizierten Mehrheiten gefaßt werden können. Frankreich befürwortet die Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip nur bei Beschlüssen über die Niederlassungsfreiheit (Aufnahme selbständiger Tätigkeiten) und die Rechtsharmonisierung (Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften).

Wie Bonn tritt auch Paris dafür ein, Artikel 99 (Steuerharmonisierung) unverändert zu lassen, den Mitgliedsländern also weiterhin ein Veto-Recht gegen Ratsentscheidungen einzuräumen. In einer besonderen „Akte der Konferenz" soll jedoch festgelegt werden, daß die einzelstaatlichen Rechtsvorschriften bis zum 1. Januar *1990* schrittweise angeglichen werden und „daß der Rat vor dem 1. Januar 1990 die Bestimmungen erläßt, die die *für die Verwirklichung eines* einheitlichen Marktes erforderliche Angleichung der Steuersätze gewährleisten sollen".

Unterschiedliche Vorstellungen bestehen auch über die Mitwirkung des Parlaments an den Beschlüssen. Nach Ansicht der Franzosen soll der Rat jeweils dann mit qualifizierter Mehrheit abstimmen, wenn sich das Parlament zu einem Kommissionsvorschlag befürwortend geäußert hat. Ein Entwurf der Kommission sieht *dagegen als Regelfall die qualifizierte* Mehrheit vor. Der Rat muß jeweils dann einstimmig entscheiden, wenn er von einer Stellungnahme des Parlaments abweiche.

Einige Regierungen fordern schon Sonderfristen oder Ausnahmeregelungen für die Verpflichtungen aus dem revidierten Vertrag.

TEXTILINDUSTRIE / Deutlich höhere Aufträge

Auch Produktion zieht an

INGE ADHAM, Frankfurt

Die Aufträge für die deutschen Textilproduzenten fließen schneller. In den im vergangenen Jahr sommerlich schwachen Monaten Juni bis August erhielt die Branche in diesem Jahr elf Prozent höhere Aufträge. Dafür sorgten sowohl die inländischen (plus zehn Prozent) als auch die ausländischen Bestellungen. Für den bisherigen Jahresverlauf summiert sich das Auftragsplus auf gut fünf Prozent. Das geht aus den jüngsten Zahlen des Branchenverbandes Gesamttextil hervor.

Die lebhaftere Bestelltätigkeit hat sich inzwischen auch auf die Produktion ausgewirkt: Sie lag in den drei Sommermonaten um sechs Prozent über dem Vorjahresstand. Im August allein wuchsen die Aufträge um zehn Prozent (Menge plus sieben Prozent) und die Produktion um ebenfalls sieben Prozent.

Die Textilhersteller profitieren dabei vor allem von ihren Auslandserfolgen. In den ersten sieben Monaten *dieses Jahres wuchsen die Textilaus*fuhren um 11,5 Prozent auf 16,7 Mrd. DM; die Einfuhren legten dagegen nur 5,1 Prozent auf 22,2 Mrd. DM zu. Der Einfuhrüberschuß ermäßigte sich um 10,5 Prozent *auf* gut 5,5 Mrd. DM. Im August hat diese Tendenz sich übrigens deutlich bestätigt: Die Einfuhren lagen um 3,3 Prozent unter dem Vorjahresstand, während die Ausfuhren um 10,2 Prozent stiegen.

Die Entwicklung bei den Einfuhren legt gleichzeitig aber auch einen Sorgenbereich der deutschen Textilhersteller offen: Beim privaten Textilverbrauch in der Bundesrepublik rührt sich kaum etwas. Zwar schnitt der Textileinzelhandel *mit* einem Umsatzplus von vier Prozent in der Zeit von Januar bis August deutlich besser ab als der gesamte Einzelhandel (plus zwei Prozent). Bei Preissteigerungen von knapp zwei Prozent bleibt aber nur ein sehr kleines Plus.

Auch die Bekleidungsindustrie spürt die Zurückhaltung der inländischen Kunden: *Ihre Umsätze stagnie*ren. Beide Branchen hoffen deshalb auf eine Belebung der privaten Tex*tilnachfrage im Herbst*, die sich im September anzukündigen schien.

HIRSCHMANN / Wachstumsimpulse aus dem Ausland

„Verhalten optimistisch"

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Trotz des rückläufigen Marktes bei stationären Empfangsantennen und einer „schleppenden Rahmenset*zung" bei den neuen Kommunika*tionstechniken gibt sich die Hirschmann-Firmengruppe, Esslingen, die in der Antennentechnik zu den führenden Anbietern zählt, „verhalten optimistisch". Als Beweis dafür führt Firmenchef Richard G. Hirschmann die derzeitige Kapazitätserweiterung im Werk Neckartenzlingen ins Feld, die eine weitere Ausdehnung der optischen Übertragungstechnik und des Produktionsbereichs Steckverbindungen erlaube. Auch in Zukunft werde *Hirschmann* „*zielorientiert* weitere Bereiche der Kommunikationstechnik aufgreifen, ohne die angestammten Produktionsbereiche zu vernachlässigen".

Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) hat Hirschmann seinen konsolidierten Gruppenumsatz um 9,5 Prozent auf 366 Mill. DM gesteigert. Insbesondere das Auslandsgeschäft trug mit einem Plus von 20 Prozent zum Wachstum bei und macht nunmehr 40 Prozent des konsolidierten Gruppenumsatzes aus. Das Inlandsgeschäft kam auf eine Zuwachsrate von fünf Prozent. Hier waren struk*turbedingte Umsatzrückgänge* im Bereich stationärer Empfangsantennen zu verzeichnen, was mehr als ausgeglichen wurde durch die breite Produktpalette. So habe man Umsatz*steigerungen* bei Autoantennen und Steckverbindern verbuchen können, ebenso in den Bereichen der optischen Übertragungstechnik und der Telekommunikation.

Das Unternehmen setze, wie es heißt, auch künftig auf den Aufbau eines Kommunikationsnetzes, das sowohl die vorhandenen Sender als auch die im Aufbau befindlichen Kabelnetze, Richtfunksysteme und Satelliten einbeziehe. Hier habe sich Hirschmann verstärkt engagiert und errichte derzeit im Auftrag der Deutschen Bundespost 30 Richtfunksysteme.

Die neueren *Produktgruppen*, zu denen die Sparte der Telekommunikation, die Alarm- und Meldesysteme und die optische Übertragungstechnik zählen, machen bei Hirschmann bereits 15 Prozent des Gruppenumsatzes aus. Neue Impulse für das Geschäft mit Autoantennen, bei dem Hirschmann in der Bundesrepublik Marktführer ist, verspricht sich das Unternehmen durch den Aufbau des C-Netzes der Deutschen Bundespost, das über 100 000 mobile Telefonanschlüsse erlaubt. Die Firmengruppe Hirschmann, die im Berichtsjahr 21,5 Mill. DM investierte, verfügt über ausländische Produktionsstätten in Österreich, Spanien und Südafrika und zählt insgesamt etwa 3300 Beschäftigte.



NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Interesse an Allied-Lyons

London (fu) – Der australische Brauerei- und Agrarkonzern Elders bietet 1,8 Mrd. Pfund (6,8 Mrd. DM) für das britische Nahrungsmittel- und Getränke-Imperium Allied-Lyons. Der Vorstand von Allied-Lyons hat den Übernahmeversuch des australischen Unternehmens allerdings als „völlig unannehmbar" zurückgewiesen. Der Übernahmeversuch von Elders ist bemerkenswert, weil der Börsenwert des australischen Unternehmen nur ein Viertel des Wertes von Allied Lyons ausmacht. Elders Kaufgebot ist durch einen Kredit von acht Auslandsbanken unter Führung der amerikanischen Citybank abgedeckt. Die Australier bieten für jede Allied-Lyons-Aktie 255 Pence (9,64 DM) in bar bei einem Aktienkurs von derzeit 270 Pence.

Klage abgewiesen

Washington *(dpa/VWD) – Die In*ternationale Handelskommission der US-Regierung (ITC) hat die Klage kalifornischer Traubenanbauer gegen unfaire Preispraktiken von Weinexporteuren aus der Bundesrepublik, Frankreich und Italien abgewiesen. Die ITC konnte nach Angaben der EG-Kommission in Washington keine Verstöße feststellen, die eine weitere Verfolgung der Klage rechtfertigten.

Australische Goldmünze?

London (AFP) – Der australische Bundesstaat „Western Australia" will ein dem südafrikanischen Krügerrand *entsprechendes Goldstück auf* dem Weltmarkt absetzen. Dies wurde bekannt, nachdem die Commonwealth-Länder einen Boykott gegen Südafrikas Goldmünze anordneten. Es soll vor allem in Japan angeboten werden, wo 1984 rund 146 000 Krügerrand abgesetzt wurden.

Asiatische Konkurrenz

Brüssel (AP) – Die Krise im Schiffsbau der Europäischen Gemeinschaft wird wegen des scharfen *Wettbewerbs aus Asien und* wegen des weltweiten Bedarfsrückgangs auch 1985 anhalten. Die EG-Kommission teilte mit, zwar seien die Aufträge der Werften 1984 gegenüber 1983 um elf Prozent gestiegen, blieben aber noch um 20 Prozent unterhalb des Jahresdurchschnitts vor Beginn der Krise. Die Kommission wies darauf hin, daß zwar die Aufträge der japanischen Werften ebenfalls zurückgegangen seien, jedoch um einen geringeren Prozentsatz. Japan hatte am weltweiten Schiffsbau 1984 einen *Anteil von 50,8 Prozent.*

Konjunktur abgekühlt

Peking (dpa/VWD) – Die konjunkturelle Überhitzung in China hat sich seit Beginn des dritten Quartals 1985 zwar etwas abgekühlt. Dennoch sieht sich die Regierung unverändert zu einer strikten Kontrolle der Investi*tionen, des Kreditvolumens und der* Konsumausgaben gezwungen. Zu den akuten Problemen, die aus den vom Statistischen Amt in Peking veröffentlichten Wirtschaftsdaten für die ersten neun Monate hervorgehen, gehört die für China ungewöhnlich hohe Inflationsrate von 7,7 Prozent.

UdSSR produziert mehr

Moskau (VWD) – Die sowjetische Industrie hat in den ersten neun Monaten dieses Jahres 3,7 Prozent mehr produziert als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wie es in einer Mitteilung der zentralen statistischen Verwaltung heißt, betrug das Wachstum im dritten Quartal fünf Prozent, verglichen mit 3,1 Prozent in der ersten Jahreshälfte. *Insgesamt seien die In*dustrie-Pläne von allen Unionsrepubliken und großen Industrie-Ministerien erfüllt worden. In diesem Jahr arbeiteten 2300 Betriebe und Organisationen mit mehr Selbständigkeit.

Geheime Urabstimmung

London (fu) – Die drittgrößte Einzelgewerkschaft Großbritanniens, die Gewerkschaft der Kommunalarbeiter und Kesselbauer (General Municipal, Boilermakers and Allied Trades Union) wird sich künftig bei allen wichtigen Entscheidungen an geheime Urabstimmungen halten – wie es *das neue Gewerkschaftsrecht* der Regierung Thatcher vorschreibt. Bislang hat sich die Mehrheit der britischen Gewerkschaften geweigert, dieses Gesetz zu befolgen.

BOEHRINGER MANNHEIM / Neue Konzernstruktur

Familien-Holding gegründet

JOACHIM WEBER, Mannheim

Vor allem im Hinblick auf die Kapitalbeschaffung für die weitere Erschließung des US-Marktes hat sich die Pharmagruppe der Boehringer *Mannheim GmbH, Mannheim,* eine neue Konzernstruktur gegeben. An die Stelle der bisher sehr unüber*sichtlichen* Eigentumsverhältnisse – jede der fünf Gesellschaftergruppierungen mit insgesamt etwa 20 Familiengesellschaftern, war direkt an allen vier Konzerngesellschaften beteiligt – tritt künftig eine relativ klare Besitzstruktur.

Danach werden sämtliche Beteiligungen in eine neue Familien-Holding eingebracht, die Corange Ltd., wegen des Holdingprivilegs in Bermuda gegründet. Dieser Holding sind die Boehringer Mannheim GmbH, *Mannheim*, die beiden *Luxemburger* Auslandsholdings Pharminvest und Medinvest sowie die US-Gesellschaft Boehringer Mannheim Corp. Indianapolis, angegliedert. Die bisherige Zwischenholding Corange AG im schweizerischen Zug übernimmt da*nach Dienstleistungsfunktionen* der strategischen Konzernplanung.

Ausschlaggebend für die Neugliederung dürften die Pläne gewesen sein, bis 1989 auch das Geschäft mit Therapeutika in den USA aufzuneh*men*. Bislang werden dort nur Diagnostika verkauft. Der US-Umsatz, 1984 bei 243 Millionen Dollar, soll in „vier bis fünf Jahren" das Volumen der Boehringer Mannheim GmbH (1984: 1,3 Milliarden DM) übertreffen.

Heute aber biete die Gruppe noch „keine übersichtliche eindeutige und solide Grundlage, um ein großes Darlehen, z. B. für Akquisitionen aufzunehmen", so der geschäftsführende Gesellschafter Kurt Engelhorn, der Chairman, Präsident und Chief Executive Officer der Corange (französisch für Engelhorn) Ltd. wird und damit aus der Geschäftsführung der GmbH in deren *Aufsichtsrat* übertritt.

BÖWE / Nach der Aufstockung hervorragende Eigenkapitalstruktur – Umwandlung in AG nicht ausgeschlossen

Zwei prestigeträchtige Aufträge aus den USA

HEINZ STÜWE, Augsburg

Wenn der Computer seine Arbeit getan hat, ist damit noch längst nicht alles erledigt; etwa dann, wenn die Computerausdrucke noch geschnitten, sortiert, gefalzt und kuvertiert werden müssen. Damit die mit Hilfe der EDV gewonnene Zeit und Arbeitsersparnis nicht durch Falzen und Eintüten per Hand wieder verlorengeht, gibt es elektronisch gesteuerte Maschinen, die diese Aufgaben im Eiltempo erledigen. Die schnellsten Poststraßen können bis zu 12 500 Sendungen pro Stunde postfertig kuvertieren und nach Adressaten getrennt ablegen.

Auf diesem Gebiet hat die Augsburger Böwe GmbH, zu gleichen Teilen im Besitz der Harpener AG, Dort*mund, und der Wanderer AG*, München, einen wachstumsträchtigen Markt gefunden. Der in der Böwe Informations- und Systemtechnic GmbH zusammengefaßte Geschäftsbereich wird nach Angaben von Peter Boden, Vorsitzender der Böwe Geschäftsführung, in diesem Jahr seinen Umsatz um ein Drittel auf 85 (64) Mill. DM steigern. Und Boden sieht auch für die Zukunft noch gute Expansionschancen: „Zu unserer eigenen Überraschung ist trotz der Ausweitung der dezentralen Arbeitsplätze der Papierausstoß in den Rechenzentren weiter gestiegen." Ein großes Wachstumspotential sei in den USA vorhanden, wo Böwe in den letzten Monaten zwei prestigeträchtige Großaufträge der US Air Force und des Telefongiganten AT & T gewinnen konnte.

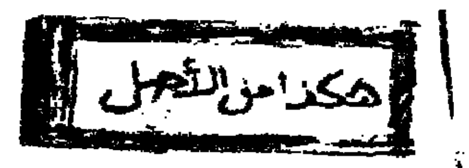
Die Anfänge für die heutigen Maschinen zur Datenträgerverarbeitung reichen bis 1953 zurück, als Böwe mit dem Bau eines Schneideautomaten für Endlosformulare begann. Bereits im Jahr zuvor war die erste Chemischreinigungsmaschine von dieser Firma auf den Markt gebracht worden. *Die Reinigungstechnik stellte* 1984 noch 50 Prozent des Gesamtumsatzes, soll aber bereits im nächsten Jahr von der schneller wachsenden Systemtechnik überflügelt werden. „Der Markt in der Reinigungstechnik ist relativ stabil, Wachstum ist nur durch Verdrängungswettbewerb möglich", sagt Boden. Böwe kann hier aber von seiner hervorragenden Marktstellung zehren. Im vergangenen *Jahr wurden 1600 Textilreini*gungsmaschinen für Ladenbetriebe, Berufskleiderreinigung und die Textilindustrie hergestellt. Hinzu kommen Lizenzfertigungen in der Sowjetunion, in Japan und demnächst auch in China.

Von den Branchenkenntnissen in der chemischen Reinigung profitiert die Firma Böwe bei dem erst 1983 gegründeten Geschäftszweig System Vertrieb. 1984 wurde mit dem Vertrieb von IBM Personal Computern einschließlich der Software 10,4 Mill. DM umgesetzt. Für Reinigungsbetriebe aber auch für die Gastronomie ent*wickelte Böwe spezielle* Kassenabrechnungssysteme.

Nachdem das Unternehmen in den *siebziger Jahren eine kritische Zeit* zu überstehen hatte, 1984 aber bereits der Verlustvortrag abgebaut war, werden in diesem Jahr nach Auskunft von Boden alle Geschäftsbereiche Gewinn erwirtschaften. Die Nettoumsatzrendite gab er *mit* drei bis vier Prozent an. Die Sanierung führt der ehemalige IBM-Manager Boden vor allem darauf zurück, daß durch hohe Investitionen in Forschung und Entwicklung die technische Führungsrolle, die Böwe in den fünfziger und sechziger Jahren gehabt habe, zurückgewonnen worden sei. Im nächsten Jahr sollen erneut 20 Mill. DM in neue Produkte investiert werden.

Der Umsatz soll 1985 insgesamt 215 Mill. DM erreichen, nach 168 Mill. DM im Vorjahr. Der konsolidierte *Umsatz* einschließlich der Vertriebstöchter in England, Frankreich und den USA – in diesem Jahr „weit über 240 Mill. DM" – soll 1986 die 300-Mill.-DM-Grenze überschreiten. Die Mitarbeiterzahl hat mit diesem Wachstum Schritt gehalten. Waren 1982 erst 950 Personen bei Böwe beschäftigt, werden es Ende dieses Jahres 1350 sein.

Nach der Kapitalerhöhung von 25,3 auf 39,5 Mill. DM zur Jahresmitte verfüge Böwe bei einer geschätzten Bilanzsumme von 130 bis 140 Mill. DM über ein „hervorragendes Eigenkapitalverhältnis", betonte Boden. Hindernisse für weitere Kapitalaufstokkungen sieht Boden nicht, und auch eine spätere Umwandlung in eine AG sei *nicht* ausgeschlossen.



BEIERSDORF / Plädoyer für deutsche Qualitätsarbeit

Tesa mit guter Rendite

INGE ADHAM, Frankfurt

Ganz nebenbei bricht Kurt-Friedrich Ladendorf, im Vorstand der Beiersdorf AG für den tesa-Bereich zuständig, eine Lanze für die Qualität deutscher Arbeit. Tendenziell wolle man die Produktion in Deutschland stärken, antwortet Ladendorf auf die Frage nach Plänen für neue Auslandsproduktionen (tesa betreibt davon zehn und ist in insgesamt 37 Ländern mit eigenen Tochtergesellschaften präsent). Der Grund für die Rückbesinnung auf die deutschen Produktionsstätten (insgesamt zwölf): Bei der Produktion in der Bundesrepublik werde effizienter gearbeitet.

Natürlich bedeutet dies keinen Rückzug aus bestehenden Auslandsproduktionen, außerdem gebe es Länder, wo man nur mit lokaler Produktion „vernünftig" arbeiten könne. Dazu zählt Ladendorf vor allem auch die USA, wo sich tesa noch völlig unterrepräsentiert fühlt und der schärfste Konkurrent 3 M Company mit seinem „scotch" als Synonym für Klebeband das ist, was tesafilm für die Bundesrepublik bedeutet.

Pünktlich zum 50jährigen Markenjubiläum im kommenden Jahr wird der tesa-Bereich der Beiersdorf AG die Umsatzmilliarde überspringen. In diesem Jahr rechnet Ladendorf mit einem Umsatzplus von zwölf Prozent, im vergangenen Jahr hatte das tesa-Programm 889 Mill. DM zum Beiersdorf-Gruppenumsatz (2,67 Mrd. DM) beigetragen. Von den derzeit gut 8000 Beiersdorf-Mitarbeitern in der Bundesrepublik arbeiten annähernd 3000 im tesa-Bereich.

Mit seinen Industriekunden setzt tesa in diesem Jahr rund 740 (656) Mill. DM um. Dabei geht es besonders um Selbstklebebänder, die auf den Bedarf der Abnehmer zugeschneidert werden. Ladendorf: Der Weltmarkt ist gekennzeichnet von kräftigen Innovationsschüben und hohen Investitionskosten (tesa investiert in diesem und im vergangenen Jahr jeweils rund 35 Mill. DM). Deshalb erwartet er einen zunehmenden Konzentrationsprozeß auf wenige Anbieter mit dem entsprechenden Know how. Zur Zeit gibt es neben den beiden größten am Weltmarkt – Beiersdorf und 3 M – vor allem in Südeuropa eine Vielzahl von regionalen Herstellern.

Das stärkste Wachstum hat tesa in diesem Jahr mit Artikeln, die im Haushalt oder im Do-it-yourself-Bereich gebraucht werden (plus 13 Prozent), damit entfällt gut ein Viertel des tesa-Umsatzes auf diesen Bereich. Für die kommenden Jahre will der tesa-Bereich weiter kräftig wachsen, wobei das Ausland den Inlandsanteil (zur Zeit 415 Mill. DM) deutlich überrunden wird. Das erfolgreiche Kleben bringt tesa übrigens wie dem Gesamtunternehmen eine Umsatz-Rendite von netto 4,5 Prozent.

PIRELLI / Der Konzern baut seine internationalen Beteiligungen in der Elektronik und Nachrichtentechnik aus

Reifengeschäft bleibt wichtigster Umsatzträger

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Der italienische Gummikonzern Pirelli, Mailand, will seine Aktivitäten im Bereich der optischen Fasern und der technischen Gummiartikel international ausdehnen. Dazu hat der Konzern, wie der Vorstandsvorsitzende Jacopo Vittorelli erklärte, in den letzten Monaten eine Reihe von Beteiligungen an britischen, französischen und US-Unternehmen erworben, die in der Elektronik und der Nachrichtentechnik tätig sind.

Auch führt Pirelli gegenwärtig Verhandlungen mit der Bayer AG, Leverkusen. Dabei geht es um die volle Übernahme des Kapitals des Gummiunternehmens Metzeler Kautschuk GmbH, München, durch den italienischen Konzern. Während sich Pirelli durch die Beteiligungen an Elektronikfirmen Zugang zu der Anwendung von optischen Fasern verschaffen will, ist das Interesse im Falle Metzeler vor allem auf die Erweiterung der Konzernaktivitäten im Bereich der technischen Gummierzeugnisse, in zweiter Linie auch auf die Erzeugung von Motorradreifen, gerichtet.

Während der – vor zwei Jahren auseinandergegangenen – Ehe mit Dunlop hatte Pirelli die Produktion von Motorradreifen dem britischen Partner überlassen. Diese Lücke soll jetzt wieder geschlossen werden. Durch den Erwerb von Metzeler würde sich der Anteil der technischen Gummiartikel am gesamten Konzernumsatz von jetzt 11 auf 20 Prozent erhöhen.

Im Geschäftsjahr 1984/85 (30. Juni) sank der Konzernumsatz von Pirelli durch Veränderungen des Dollarkurses um 3,7 Prozent auf 3,5 Mrd. Dollar. Davon entfielen 45 Prozent auf Reifen, 44 Prozent auf Kabel und der Rest auf technische Gummierzeugnisse. Der Hauptteil des Konzernumsatzes wurde mit 64 (68) Prozent in Europa einschließlich der Türkei gemacht, während 9 Prozent auf Nord- und 25 Prozent auf Südamerika entfielen.

Der Reingewinn erreichte 48 Mrd. Lire (rund 32,5 Mill. DM) gegenüber 32,7 Mrd. Lire (22,1 Mill. DM) in 1983/84. Die Stamm- und Vorzugsaktien werden mit unverändert 90 beziehungsweise 110 Lire Dividende bedient. Infolge der 1984/85 durchgeführten Kapitalaufstockung von 230,5 auf 292 Mrd. Lire nahm der der Ausschüttungbetrag aber von 19,4 auf 26,3 Mrd. Lire zu.

Pirelli steht im Reifenbereich weltweit an fünfter Stelle mit einem Anteil an der Weltreifenproduktion von rund fünf Prozent. Bei Kabeln wird mit einem Marktanteil von einem Prozent der erste Platz in der Welt eingenommen. Für das laufende Jahr erwartet die Konzernleitung eine weitere überdurchschnittliche Steigerung des Reifenabsatzes, während im Kabelbereich und bei den technischen Artikeln der Verkauf stagniert. Aus diesem Grunde wird im Kabelbereich ein etwas niedrigeres positives Ergebnis erwartet.

Dagegen ist es dem Konzern gelungen, durch intensive Investitionen und Umstrukturierungen nach einer langen Verlustphase in diesem Jahr den Bereich der technischen Artikel erstmals wieder zu einer ausgeglichenen Bilanz zu führen. Insgesamt erwartet die Konzernleitung für 1985 eine „leichte Verbesserung beziehungsweise eine Konsolidierung des Vorjahresergebnisses".

Weiter verbessert wird auch das Eigenmittel-Fremdmittelverhältnis, das sich zwischen Ende Juni vorigen und Ende Juni dieses Jahres von 2,27 auf 2,30 erhöhte und bis Ende dieses Jahres auf 4,7 steigen soll. Den wichtigsten Beitrag dazu liefert die neue Kapitalerhöhung um 78 Mrd. Lire, die am 4. November von den Aktionären genehmigt werden soll.

KKB-BANK

Lebhaftes Kredit- und Spargeschäft

Py. Düsseldorf

Ein anhaltend lebhaftes Spar- und Kreditgeschäft hat die Entwicklung der KKB Bank KGaa, Düsseldorf, in den ersten neun Monaten dieses Jahres geprägt. Wie aus dem Quartalsbericht hervorgeht, ist die Bilanzsumme seit Ende 1984 um neun Prozent auf 7,3 Mrd. DM gestiegen. Die Forderungen an Kunden sind im Neunmonatszeitraum um zehn Prozent auf 5,9 Mrd. DM gewachsen.

Der Scheck-Kredit war besonders gefragt. Das Volumen dieses Rahmenkredits erhöhte sich um 40 Prozent auf über 1,7 Mrd. DM. Die Kundeneinlagen erhöhten sich um zehn Prozent auf über 5,5 Mrd. DM.

Bei leicht gesunkenen Sichteinlagen und nur wenig erhöhten Termin- und Spareinlagen wuchsen die attraktiv verzinsten Sparbriefeinlagen um 23 Prozent auf über 2,4 Mrd. DM. Die positive Geschäftsentwicklung hat sich auch auf das Ergebnis ausgewirkt. Der Zinsüberschuß stieg auf 397 (386) Mill. DM, der Provisionsüberschuß auf 84 (51) Mill. DM. Das Betriebsergebnis erhöhte sich auf 206 (147) Mill. DM.

NAMEN

Wolfgang K. Lange (45), seit 1969 in der Messe- und Ausstellungs-Ges. m b H. Köln tätig und seit 1979 deren Geschäftsführer, scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus der Geschäftsführung aus. Bis zur Bestellung eines Nachfolgers werden Hauptgeschäftsführer **Dieter Ebert** und Prokurist und Mitglied der Geschäftsleitung **Wilhelm Niedergöker** den Geschäftsbereich Marketing I verantwortlich leiten.

Konrad Müller, der frühere Sprecher der Geschäftsleitung der Bayerischen Landesbausparkasse, wurde zum Ehrenvorsitzenden der Kommission der deutschen Landesbausparkassen gewählt.

Peter M. Schmidt, Direktor des Bereichs Biomedizin, wurde zum weiteren Geschäftsführer der Du Pont de Nemours (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, bestellt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aachen: Secon Verwaltungsges. mbH für Haus- u. Grundbesitz, Düsseldorf; **Düsseldorf:** Handelsagentur W. Starke GmbH; **Hannover:** PEKO Sportstätten- u. Hallenbau GmbH & Co. KG; PEKO Sportstätten- u. Hallenbau GmbH; **Helmstedt:** W. F. Baustoffhandel- u. Entsorgungsges. mbH, Groß Twülpstedt OT Volkmarsdorf; **Ingolstadt:** Baumarkt Schödl GmbH, Buxheim; **Königstein:** Guder Vordertaunusbau GmbH, Schwalbach/Ts.; **Langen:** Convertma Wellpappe-Verarbeitungsmaschinen GmbH, Rödermark; **Münster:** Otto Altrichter, Tabakwaren-Groß- u. Einzelhandel KG; **Norderstedt:** offset-color-reproduktionen Egon Heinemann GmbH; **Offenburg:** MTO-Medizintechnik GmbH; **Syke:** BSH Baustahl Handelsges. mbH, Stuhr 3.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Wittlich: Dockter Elektromaschinenbau GmbH; **Worms:** Weinkellerei In den Weingärten GmbH, Alsheim.

Vergleich beantragt: Bocholt: Petra Möllmann geb. Nieling, Kauffrau, Borken; **Köln:** Elisabeth Prim, Bonn, hdl. u. d. Fa. Spezialhaus Kiel, Köln.

Stabile Nachfrage in der Druckindustrie

dpa, Berlin

Mit einem für 1985 erwarteten realen Umsatzplus zwischen zwei und drei Prozent verzeichnet die Druckindustrie nach Ansicht des Geschäftsführers des Bundesverbandes Druck, Wiesbaden, Hubertus Losse, eine „nachhaltige Besserung" der Geschäftslage. Zur Eröffnung der XI. Woche der Druckindustrie in Berlin wies Losse gestern auf eine stabile Nachfrage in dieser Branche hin. Das in finanzielle Schwierigkeiten geratene Berliner Druckhaus Tempelhof – „ein besonders schmerzlicher und politisch gewichtiger Fall" – stehe nicht für die generelle Branchenentwicklung, erklärte Losse.

Auch die Beschäftigungslage bezeichnete er als stabil. So habe man 1984 und in diesem Jahr einen zusätzlichen Bedarf an Fachkräften gehabt und die Entlassungen stoppen können. Die Zahl der Druckbetriebe sei mit 174 Neugründungen auch 1984 angestiegen. Allerdings hätten im gleichen Zeitraum 116 Unternehmen Konkurs angemeldet. Dabei würden sich die neugegründeten Unternehmen häufig auf Serviceleistungen im Satz- und Reproangebot spezialisieren. Bundesweit gibt es nach Angaben von Losse insgesamt 7384 Druck-Betriebe.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Intospace gegründet

Hannover (VWD) – In Hannover ist gestern die Intospace GmbH (Stammkapital 1 Mill. DM) gegründet worden. In der Gesellschaft sollen – zunächst europaweit – die Interessen der Raumfahrtindustrie und die der Nutzerindustrie zusammengeführt und koordiniert werden. Dem Vernehmen nach werden deutsche Unternehmen insgesamt mit 51 Prozent und ausländische Unternehmen mit zusammen 49 Prozent an der Gesellschaft beteiligt sein. Festzusagen zur Zeichnung von Anteilen liegen nach Angaben des Niedersächsischen Wirtschaftsministeriums auf seiten der Raumfahrtunternehmen von MBB/Erno, Dornier, Kayser-Trede und der italienischen Aeritalia vor. Auf der Nutzerseite werden Volkswagenwerk, Preussag, Kali-Chemie, Fuba, Daimler-Benz, BMW, Kienbaum, Commerzbank und die Norddeutsche Landesbank genannt.

Auftrag aus Oman

München (sz.) – Für den weiteren Ausbau des Kommunikationsnetzes von Oman ist die Siemens AG, Berlin/München, mit der Lieferung und Installation nachrichtentechnischer Einrichtungen im Gesamtwert von rund 30 Mill. DM beauftragt worden. Dazu gehören eine digitale EWSD-Fernsprechvermittlung für den gesamten internationalen Telefonverkehr des Landes, die dazugehörende Übertragungstechnik und eine 85 km lange Lichtwellenleiterstrecke. Bereits 1982 hatte Siemens einen Auftrag über 350 Mill. DM für den Aufbau des osmanischen Telefonnetzes erhalten.

Vogt will an die Börse

Passau (dpa/VWD) – Der niederbayerische Elektronik-Spezialist Vogt Electronic AG, Erlau, plant Mitte 1986 den Gang an die Börse. Das Familienunternehmen Vogt GmbH + Co KG war zum 1. Oktober 1984 zur Aktiengesellschaft mit 6 Mill. DM Grundkapital umgewandelt worden. Eine Kaptialerhöhung um 3 Mill. DM ist genehmigt. 1979 war die Spezialfirma für Hochfrequenzbauteile auch auf anderen Märkten aktiv geworden. Vogt hat im Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) knapp 64 Mill. DM umgesetzt (1983/84: 50 Mill. DM) und beschäftigt mehr als 1100 Mitarbeiter.

Neue Schreibmaschine

Stuttgart (nl.) – Die IBM Deutschland GmbH, Stuttgart, kommt ab Dezember mit einer neuen Schreibmaschine auf den Markt. Dieses modular aufgebaute Gerät mit Wahlmöglichkeiten zwischen Typenrad- und Thermodrucksystem wird mit einem Arbeitsspeicher von 11 500 oder 26 000 nutzbaren Zeichen angeboten werden.

Möbel für Kuwait

München (dpa/VWD) – Für den Innenausbau und die Möblierung des Kuwait Conference Center, das mit einem Volumen von 1 Mrd. DM zur Zeit größte Bauvorhaben der Regierung von Kuwait, hat die Vereinigte Werkstätten für Kunst im Handwerk AG, München, einen Auftrag über umgerechnet rund 80 Mill. DM erhalten. Etwa 15 Prozent des Auftragsvolumens sollen aus Eigenleistungen der Vereinigten Werkstätten erbracht werden.

Tempex wächst schnell

Düsseldorf (Py.) – Die Tempex GmbH Schutzausrüstungen, Heidenheim/Brenz, Hersteller von Hitze- und Kälteschutzausrüstungen, erwartet für 1985 wieder eine „namhafte Umsatzzuwachsrate", nachdem der Umsatz 1984 um 25 Prozent auf 20 Mill. DM gestiegen war. Tempex gehört zur Plouquet-Gruppe, die 1984 einen Umsatz von 162 Mill. DM hatte.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Bundesbahn

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Rentenmarkt verstopft

Obwohl am Dienstag keine negativen äußeren Einflüsse zu verkraften waren, wurden die meisten öffentlichen Emissionen um 0,20 bis 0,30 Prozentpunkte zurückgenommen. Rentenhändler führen das auf die anhaltende Verstopfung des Marktes zurück, seitdem die Ausländer den Erwerb deutscher Anleihen eingeschränkt haben. Ihnen fehlen die bisher wirksamen Argumente: Aussicht auf sinkende Zinsen und Wechselkursgewinne. Die Situation verschärft sich zudem von Tag zu Tag durch die neuen DM-Auslandsanleihen, von denen ein großer Teil vorerst nicht abgesetzt werden kann.

F	5¾ dgl. o. O.	77,5	77,5
F	3¾ Mitsubishi 84 m. O.	178G	181
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,5	91,7
F	3¾ Nippon Flour 84 m.O	122G	123G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	91,6	91,8bG
F	3¾ Nipp. Shin. 85 m.O.	136,5	137
F	3¾ Nipp. Shin. 85 o.O.	90	89,7
F	5¾ Rhythm Watch83 m.O	127G	127G
F	5¾ dgl. 83 o. O.	99T	99,3bT
F	4¾ dgl. 84 m. O.	107	107G
F	4¾ dgl. 84 o. O.	94,75T	94,75T
F	3¾ SBC Fin. 84 m.O.	145T	147
F	3¾ dgl. o. O. 84	80	80,5G
F	3¾ Tsutsumi Jun.84 m.O	124	125G

7¾ Audi Fin. 84/94	102,4	102,75
7¾ Austar 75/88	102,25T	102T
7 Austrofan 72/87	101,75G	101,75G
9¾ dgl. 77/89	99,75	99,9G
6 dgl. 78/88	100,1	100,6
8¾ dgl. 80/90	105,75G	105,75
9¾ dgl. 81/91	112,25G	112,25
9¾ dgl. 82/91	111G	111G
7¾ dgl. 82/92	106,25	106,75G
6¾ dgl. 83/93	102,65	102,6G
7¾ dgl. 84/96	102,7	102,95
6¾ Austral IDC 72/87	100,5G	100,65
8 Autop. C.E. 71/86	102,5T	102,65T
6¾ dgl. 72/87	101G	101G

Währungsanleihen

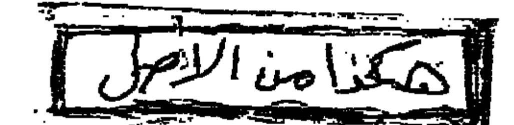
Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Aktien uneinheitlich

Sonderbewegungen belebten aber den Handel

DW. – Die am Wochenbeginn eingesetzte Konsolidierungsphase hielt weiter an. Einer anhaltenden Kaufneigung bei den meisten Chemiewerten standen Positionslösungen bei den Banken gegenüber, wie überhaupt die Neigung, Kursgewinne zu realisieren, recht ausgeprägt war. Das gilt auch für den Markt der Optionsscheine, die in jüngster Zeit stark haussiert hatten. Daß der Handel für Anregungen nach wie vor aufgeschlossen ist, machen die Sonderbewegungen deutlich, die zum Teil wieder die Maschinenbauaktien betrafen.

Kennzeichnend für den Handel ist, daß sich bisher jedesmal nach Kursrückschlägen sofort wieder Kaufbereitschaft eingestellt hat. Bei den Bankaktien führte diese jedoch zu keiner wesentlichen Kurserholung. Von der hier schwachen Tendenz waren besonders die Papiere der Deutschen Bank wegen der Gerüchte über eine angeblich bevorstehende Kapitalerhöhung betrafen. Nach den spekulativen Bewegungen am Vortag trat bei den Versicherungsaktien mehr Ruhe ein. Im Bereich der Maschinenbauwerte fielen Rheinmetall und Deutsche Babcock mit ihren Tagesgewinnen aus dem Rahmen. Stahlaktien, wie Thyssen und Hoesch, hatten Gewinnrealisationen zu verdauen. Doch gaben ihre Kurse nur wenig nach.

Frankfurt: Rheinmetall stockten um 12 DM und Wella um 10 DM auf. Altana, Heidelzement und Metallgesellschaft erzielten Kursgewinne zwischen 5 und 6 DM. Hartmann und Braun-Vz. gaben um 20 DM und Rütgers um 10 DM nach.

Düsseldorf: AEG-Kabel Rheydt verbesserten sich um 10 DM, Balcke-Dürr um 8 DM und Heinr. Lehmann um 7 DM. Nachgegeben haben Alexanderwerke um 2 DM und Gerresheimer Glas um 5 DM. Allianz Leben erhöhten sich um 50 DM und Kölner Rück um 81 DM.

Hamburg: Beiersdorf legten 1 DM zu, während Reichelt um 3 DM nachgaben. Unverändert blieben HEW bei 120 DM und Phoenix Gummi bei 150 DM. Hapag Lloyd verloren 1,80 DM und NWK-Vz. 3 DM. Vereins- und Westbank wurden unverändert mit 358 DM bezahlt.

Berlin: Spinne Zehlendorf gewannen 29 DM, Rheinmetall St. und Rheinmetall Vz. je 20 DM. Kempinski konnten 4 DM, Berliner Elektro 3,10 DM und DUB-Schultheiss 2 DM zulegen. DeTeWE waren um 4 DM leichter.

München: Agrob Vz. verbesserten sich um 9 DM, Cassella um 8 DM und Energie Ostbayern um 2,80 DM. Um 18,80 DM fester lagen Leonische Draht. Nachgeben mußten Agrob St. um 6 DM, Audi um 4 DM und Patrizier um 7 DM.

Stuttgart: Heidelberger Zement stockten um 15 DM auf. Aesculap verbesserten sich um 7 DM. Stuttgarter Hofbräu legten 8 DM zu, während die Stämme um 12 DM nachgaben. Kolb und Schüle waren um 8 DM nachgebend.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 257,71 (285,57)
WELT-Umsatzindex: 5461 (6191)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf

	22.10.
AEG	
BASF	
Bayer	
Bayer. Hypo	
Bayer. Vbk.	
BMW	
Commerzbk.	
Conti Gummi	
Daimler	
Dt. Bank	
Dresdner Bk.	
DUB	
GHH	
Harpener	
Hoechst	
Hoesch	
Holzmann	
Horten	
Kali u. Salz	
Karstadt	
Kaufhof	
KHD	
Klöckner-W.	
Linde	
Lufthansa St.	
Lufthansa VA	
Mannesmann	
MAN	
Mercedes-H.	
Metallges.	
Nixdorf	
Porsche	
Preussag*	
RWE St.	
RWE VA	
Schering	
Siemens	
Thyssen	
Veba	
VEW	
VW	
Philips**	
Royal D.**	
Unilever**	

DM-Total: in 1000 DM

Frankfurt

Hamburg

München

Aktien-Umsätze

Inland

		22.10.	21.10.
H	Aach M Bet. 10	1969	-G
H	Aach. M. Vers. 7	1370	1310
D	Aach. Rück. 9	2950	2860bG
D	Aesag *4	460B	440B
M	Ack-Gögg. 6	144	142,2
H	Adca 3	147	150
D	Adler 9	300G	300G
F	Adt 0	58,9	59
F	AEG 0	204,5	198,8
D	AEG KABEL 9	380T	370T
S	Aesculap 9	445	438
F	Chem. Vw. *16	548,5	548,5
D	Colonia 5	570	555
D	Commerzb. 6	257,5	260
D	Cobk.Reste+0 RM	17T	17,5T
D	Conc. Chem. 4,5+3	340G	340
B	Conc. Spinne * 0	405T	405T
D	Contigas 7,5	370	362
D	Conti Gummi 3	168	168,5
D	Bohlb. St. 7,65	295	293
D	dgl. Vz. 14,55	430T	430T
S	Daimler 10,5	1051	1050,5
M	Deckel AG 0	200	205bG
D	Dt. Atl. Tel.10+1	525	525G
H	Doag 5	340	345
D	Dt. Babcock St. 3	199	185
D	dgl. Vz. 3,5	200	182,5
H	Hall.-Meuser *0	175,8	170,1
D	Hamb. Berg 7+1	266	268
H	Hb.Hochb. *4+0,44	98,5	97,5G
H	HEW 5	120	119,5
H	Hdl. Lüb. 9	388G	388G
Hn	Hann. Papier 5,5	134	136
H	Harmstorf 0	95	97
D	Harpener 11	347	352
F	Hartm. & B.St. 4	835G	835
F	dgl. Vz. 4	720	740
M	Hasen-Bräu 9	1060G	1060
S	Heidelb. Zem. 7	420G	405G
M	Hein & W. 5	295G	295G
D	Hein. Lehm. *0	287	280bG
D	Heinr. Ind. *14+4	580bB	580T
H	Hemmoor 12,3	260G	260G
H	Malhak 4	275	-G
F	Maizkraft *15	555G	555G
F	MAB 6,5+1	370G	370G
F	dgl. Vz. 6,5+1	340T	330T
D	Mannesmann 4	254,5	252,5
F	Mannh. Vers. 8	695	681
H	Moritz & K. 7	225T	225
F	MAN St. 0	197	199
F	dgl. Vz. 0	186,5	187,8
F	MAN-Rol. 20,2	458,5T	455G
S	M.Mül.Weing. *0	338	321
D	Mauser 0	98	97
F	Mercedes 10,5	954,5	953
F	Metallges. 0	334	328
S	Met. u. Lack 0	120G	122bB
S	Möag 6,5	415G	415G
F	Moenus 0	107	107

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausland in DM

Ausland

Amsterdam

Brüssel

Hongkong

Kopenhagen

London

Luxemburg

Madrid

Mailand

New York

Paris

Johannesburg

Singapur

Sydney

Oslo

Toronto

Stockholm

Tokio

Wien

Zürich

Inlandszertifikate

Auslandszertifikate (DM)

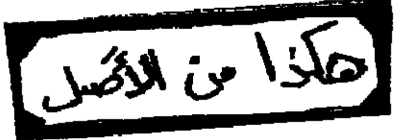
Fremde Währungen

Optionshandel

Nullkupon-Anleihen (DM)

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte



HAMBURGISCHE LANDESBANK

Prospekt für die Zulassung zum Börsenhandel an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg

von DM 75 000 000,– 6½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 242 – Kenn-Nr. 263242 –
Zinszahlung: 1. August gzj., erstmals am 1. August 1986, die Verzinsung endet mit dem 30. Juli 1990
Tilgung: am 1. August 1990 zum Nennwert

DM 100 000 000,– 6¼% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 243 – Kenn-Nr. 263243 –
Zinszahlung: 15. Dezember gzj., erstmals am 15. Dezember 1985, die Verzinsung begann am 1. Juli 1985 (1. Kupon = 164 Zinstage) und endet mit dem 14. Dezember 1989
Tilgung: am 15. Dezember 1989 zum Nennwert

der

Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg

Allgemeines

Die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – (im folgenden Landesbank genannt) wurde 1938 gegründet und ist eine Staatsbank mit Sitz in Hamburg. Sie besitzt Rechtsfähigkeit durch staatliche Verleihung und ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts. Für die Verbindlichkeiten der Landesbank haftet neben ihrem Vermögen die Freie und Hansestadt Hamburg unbeschränkt.

Aufgaben

Die Landesbank hat gemäß § 5 der Satzung die Aufgabe,

die bankmäßigen Geschäfte der Freien und Hansestadt Hamburg und in deren Gebiet bestehender sonstiger Körperschaften des öffentlichen Rechts oder ihnen nahestehender Unternehmungen zu besorgen,

langfristigen Grund-, Meliorations-, Staats- und Kommunalkredit der öffentlichen und privaten Wirtschaft zuzuführen und zur Beschaffung der hierfür notwendigen Beträge langfristige Mittel aufzunehmen,

die ihr zufließenden kurzfristigen Gelder flüssig anzulegen und zu verwalten, insbesondere die Liquiditätsguthaben von Sparkassen gemäß den bestehenden Vorschriften zu belegen. Sie kann im Rahmen der Satzung verfügbare Gelder der Wirtschaft zuführen.

Die Geschäfte der Landesbank sind unter Beachtung allgemeinwirtschaftlicher Gesichtspunkte nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Die Erzielung von Gewinn ist nicht Hauptzweck des Geschäftsbetriebes.

Die Geschäfte der Landesbank haben den Anforderungen zu genügen, die an ein mündelsicheres Institut gestellt werden.

Die Landesbank beschafft die für langfristige Ausleihungen erforderlichen langfristigen Mittel durch Ausgabe von Pfandbriefen und Kommunal-Schuldverschreibungen, durch Beteiligung an Anleihen zentraler Kreditanstalten, durch Aufnahme zweckgebundener Darlehen von solchen Kreditanstalten und öffentlichen Stellen sowie durch Aufnahme sonstiger Anleihen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

Stammkapital

Das Stammkapital der Landesbank in Höhe von DM 424 000 000,– steht der Freien und Hansestadt Hamburg zu; es betrug am 31. 12. 1980 DM 235 000 000,– und entwickelte sich anschließend wie folgt:

Mit Wirkung vom	Erhöhung durch Einlagen der Freien und Hansestadt Hamburg DM	Erhöhung durch Umwandlung von Rücklagen der Bank DM	Höhe des Stammkapitals DM
4. 5. 1981	15 000 000,–	7 000 000,–	257 000 000,–
1. 10. 1981	10 000 000,–	7 000 000,–	274 000 000,–
3. 5. 1982	25 000 000,–	12 500 000,–	311 500 000,–
1. 7. 1983	15 000 000,–	7 500 000,–	334 000 000,–
1. 11. 1983	15 000 000,–	7 500 000,–	356 500 000,–
1. 9. 1984	15 000 000,–	7 500 000,–	379 000 000,–
1. 12. 1984	10 000 000,–	5 000 000,–	394 000 000,–
15. 1. 1985	5 000 000,–	2 500 000,–	401 500 000,–
1. 9. 1985	15 000 000,–	7 500 000,–	424 000 000,–

Organe der Landesbank sind der Verwaltungsrat und das Direktorium.

Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat besteht aus dem Senator der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg als Vorsitzendem, dem Senator der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg als stellvertretendem Vorsitzenden und mindestens vier weiteren Mitgliedern. Der Vorsitzende kann einen weiteren stellvertretenden Vorsitzenden bestellen. Die Zahl der Mitglieder setzt der Senat fest; sie muß durch drei teilbar sein. Ein Drittel der Mitglieder sind von den Arbeitnehmern der Landesbank gewählt. Die restlichen Mitglieder werden vom Senat berufen; er kann sie abberufen, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Dem Verwaltungsrat obliegen u. a. die Überwachung der gesamten Geschäftsführung sowie die Ernennung und Abberufung der Mitglieder des Direktoriums und das Vorschlagsrecht zu der von der Aufsichtsbehörde vorzunehmenden Ernennung und Abberufung des geschäftsleitenden Direktors.

Die Zahl der Mitglieder des Verwaltungsrates ist zur Zeit auf 24 festgesetzt.

Der Verwaltungsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Horst Gobrecht, Hamburg
Vorsitzender
Senator, Präses der Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Volker Lange, Hamburg
Stellvertretender Vorsitzender
Senator, Präses der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Hartmuth Wrocklage, Pinneberg
Stellvertretender Vorsitzender
Staatsrat, Finanzbehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Ingrid Ballmann, Hamburg
Vorsitzende des Personalrates der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Klaus Boritzka, Hamburg
Prokurist der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Dr. Hellmuth Buddenberg, Hamburg
Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen BP Aktiengesellschaft, Hamburg

Karl-Heinz Busacker, Hamburg
Mitglied des Vorstandes der Allgemeinen Deutschen Philips Industrie GmbH

Franz Eble, Ahrensburg
Präsident der Handwerkskammer Hamburg

Bernd Fritze, Sirksfelde
Stellv. Landesbezirksleiter HBV Nordmark der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hamburg

Dr. Peter Hauschild-Rogat, Hamburg
Geschäftsführer der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hamburg

Ute Heller, Hamburg
Bevollmächtigte der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Rolf Kockmann, Hamburg
Gewerkschaftssekretär der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft Landesverband Hamburg

Peter Mählmann, Hamburg
Sprecher des Vorstandes der Hamburger Sparkasse, Hamburg

Rolf Möller, Hamburg
Fachsekretär Banken der HBV-Ortsverwaltung Hamburg der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hamburg

Liselotte von Rantzau-Essberger, Hamburg
in Firma Deutsche Afrika-Linien GmbH & Co., Hamburg

Werner Schulz, Hamburg
Vorsitzender der Vorstände der Unternehmensgruppe Volksfürsorge, Hamburg

Hans-Joachim Schulze-Hertung, Hamburg
Angestellter der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Hans-Joachim Schwandt, Hamburg
Stellvertr. Vorsitzender des Personalrates der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Herbert Singer, Wohltorf
Vorsitzender des Vorstandes der Albingia Versicherungs-AG, Hamburg

Gerhard Stoldt, Elmshorn
Prokurist der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Alexander Stuhlmann, Hamburg
Prokurist der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Dr. jur. Werner Susat, Hamburg
Wirtschaftsprüfer

Eugen Wagner, Hamburg
Senator, Präses der Baubehörde der Freien und Hansestadt Hamburg

Edgar Wollin, Hamburg
Stellvertr. Vorsitzender des Personalrates der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –

Der Verwaltungsrat kann aus seiner Mitte Ausschüsse bestellen und sachverständige Personen zur Mitarbeit heranziehen.

Direktorium

Das Direktorium führt die Geschäfte der Landesbank und vertritt diese gerichtlich und außergerichtlich. Es besteht zur Zeit aus folgenden Mitgliedern:

Dr. rer. pol. Hans Fahning, Hamburg
Geschäftsleitender Direktor

Dr. rer. pol. Klaus Piett, Hamburg

Peter Schmidt, Hamburg

Dipl.-Kfm. Hans-Peter Becker, Hamburg

Der geschäftsleitende Direktor wird auf Vorschlag des Verwaltungsrates von der Aufsichtsbehörde bestellt. Die übrigen Mitglieder des Direktoriums bestellt der Verwaltungsrat. Die Bestellung bedarf der Bestätigung der Aufsichtsbehörde.

Staatsaufsicht

Die staatliche Aufsicht über die Landesbank führt der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg (Aufsichtsbehörde).

Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen betreffend die Pfandbriefe, Kommunal-Schuldverschreibungen und Inhaberschuldverschreibungen werden im Bundesanzeiger und in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, der Jahresabschluß im Bundesanzeiger und im Amtlichen Anzeiger Teil II des Hamburgischen Gesetz- und Verordnungsblattes veröffentlicht.

Jahresüberschuß

Der in der Jahresbilanz nach Vornahme der erforderlichen Abschreibungen, Wertberichtigungen, Rückstellungen und Rücklagen sich ergebende Bilanzgewinn ist zu 20 v.H. der Sicherheitsrücklage zuzuführen. Aus dem verbleibenden Betrag werden bis zum Höchstbetrag von 5 v.H. des Stammkapitals an die Freie und Hansestadt Hamburg ausgeschüttet.

Der Jahresüberschuß/Bilanzgewinn 1984 betrug DM 41 000 000,–.

Die Bilanzgewinne der letzten 5 Jahre fanden folgende Verwendung:

Jahr	Bilanzgewinn DM	Zuführung zur Sicherheitsrücklage DM	Ausschüttung auf das Stammkapital DM	Zuführung zur sonstigen Rücklage DM
1980	27 000 000,–	5 400 000,–	13 300 000,–	8 300 000,–
1981	30 000 000,–	[illegible]	[illegible]	[illegible]
1982	35 000 000,–	7 000 000,–	17 940 000,–	10 060 000,–
1983	38 000 000,–	7 600 000,–	[illegible]	10 810 000,–
1984	41 000 000,–	8 200 000,–	[illegible]	10 885 000,–

Jahresbilanz zum 31. Dezember 1984

Aktivseite

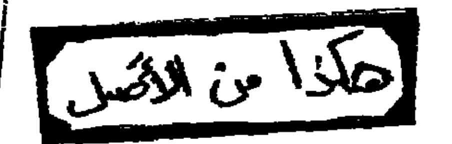
	als Deckung verwendet DM	DM	DM	DM
1. Kassenbestand				4 203 478,31
2. Guthaben bei der Deutschen Bundesbank				224 370 329,32
3. Postscheckguthaben				595 627,58
4. Schecks, fällige Schuldverschreibungen, Zins- und Dividendenscheine sowie zum Einzug erhaltene Papiere				15 072 814,68
5. Wechsel				75 583 775,73
darunter: a) bundesbankfähig DM 8 185 636,96				
b) eigene Ziehungen DM 15 599 942,39				
6. Forderungen an angeschlossene Kreditinstitute				
a) täglich fällig			10 429 623,20	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		—,—		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		10 100 833,33		
bc) vier Jahren oder länger	462 033 896,02	581 196 503,94	591 297 337,27	601 726 960,47
7. Forderungen an andere Kreditinstitute				
a) täglich fällig			564 662 263,83	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		696 339 436,03		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		2 407 944 161,14		
bc) vier Jahren oder länger	1 807 364 975,85	3 613 706 921,98	6 717 990 519,15	7 282 652 782,98
8. Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen				
a) des Bundes und der Länder			—,—	
b) sonstige			—,—	—,—
9. Anleihen und Schuldverschreibungen				
a) mit einer Laufzeit bis zu vier Jahren				
aa) des Bundes und der Länder		163 543 566,68		
ab) von Kreditinstituten		1 089 997 106,30		
ac) sonstige		—,—	1 253 540 672,98	
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 632 824 866,81				
b) mit einer Laufzeit von mehr als vier Jahren				
ba) des Bundes und der Länder		301 324 310,84		
bb) von Kreditinstituten		3 086 599 272,30		
bc) sonstige		16 099 548,95	3 404 023 132,09	4 657 563 805,07
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank DM 2 561 397 260,23				
10. Wertpapiere, soweit sie nicht unter anderen Posten auszuweisen sind				
a) börsengängige Anteile und Investmentanteile			87 450 953,31	
b) sonstige Wertpapiere			350 025,—	87 800 978,31
darunter: Besitz von mehr als dem zehnten Teil der Anteile einer Kapitalgesellschaft oder bergrechtlichen Gewerkschaft ohne Beteiligungen DM —,—				
11. Forderungen an Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
a) weniger als vier Jahren			3 729 214 095,86	
b) vier Jahren oder länger	11 663 240 960,22		13 723 855 098,10	17 453 069 193,96
davon: ba) durch Grundpfandrechte gesichert DM 2 773 482 097,32				
bb) durch Schiffspfandrechte gesichert DM 1 021 937 662,68				
bc) Kommunaldarlehen DM 7 412 291 026,45				
bd) sonstige DM 2 516 144 311,65				
12. Ausgleichs- und Deckungsforderungen gegen die öffentliche Hand				11 534 210,56
13. Eigene Schuldverschreibungen Nennbetrag: DM 217 936 000,–				216 631 783,37
14. Zinsen für Forderungen mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				
a) anteilige Zinsen			538 409 500,57	
b) nach dem 31. Oktober 1984 und am 2. Januar 1985 fällige Zinsen			24 456 053,77	
c) rückständige Zinsen			1 235 680,59	564 101 234,93
15. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				29 838 734,24
16. Beteiligungen				84 910 677,57
darunter: an Kreditinstituten DM 52 986 115,81				
17. Grundstücke und Gebäude				9 254 475,86
18. Betriebs- und Geschäftsausstattung				12 259 109,14
19. Sonstige Vermögensgegenstände				7 823 345,23
20. Rechnungsabgrenzungsposten				2 675 425,65
21. Bilanzverlust				—,—
Summe der Aktiven				31 321 848 742,98
22. In den Aktiven und in den Rückgriffsforderungen aus den unter der Passivseite vermerkten Verbindlichkeiten sind enthalten				
a) Forderungen an verbundene Unternehmen				304 798 999,39
b) Forderungen aus unter § 15 Abs. 1, 3 bis 6, Abs. 2 des Gesetzes über das Kreditwesen fallenden Krediten, soweit sie nicht unter a) vermerkt werden				61 609 434,73
23. Treuhandvermögen				
a) Anteile an Fondsgesellschaften				46 842 826,—
b) Sonstiges Treuhandvermögen				1 535 420,78

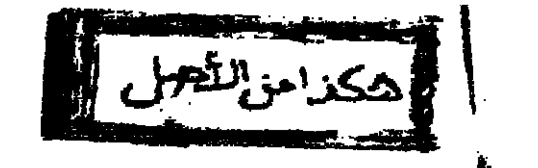
Passivseite

	DM	DM	DM	DM
1. Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Kreditinstituten				
a) täglich fällig			144 516 157,65	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		54 412 306,49		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		581 848 722,21		
bc) vier Jahren oder länger		36 106 843,09	672 367 871,79	816 884 029,44
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 25 502 022,71				
2. Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten				
a) täglich fällig			616 376 943,—	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		1 084 752 021,07		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		3 382 780 515,72		
bc) vier Jahren oder länger		1 679 394 503,95	6 136 927 040,74	
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 1 061 602 977,71				
c) von der Kundschaft bei Dritten benutzte Kredite			—,—	6 753 303 983,74
3. Verbindlichkeiten aus dem Bankgeschäft gegenüber anderen Gläubigern				
a) täglich fällig			1 004 023 259,60	
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von				
ba) weniger als drei Monaten		997 995 585,69		
bb) mindestens drei Monaten, aber weniger als vier Jahren		376 228 171,39		
bc) vier Jahren oder länger		1 094 907 350,07	2 469 131 107,85	
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig DM 724 711 086,56				
c) Spareinlagen				
ca) mit gesetzlicher Kündigungsfrist		55 605 362,38		
cb) sonstige		32 433 730,80	88 039 093,18	3 561 193 460,43
4. Eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf				86 337 325,—
5. Begebene Schuldverschreibungen				
a) Pfandbriefe			2 554 765 200,—	
darunter: Namenspfandbriefe DM 896 445 000,—				
b) Kommunalschuldverschreibungen			9 012 486 700,—	
darunter: Namenskommunalschuldverschreibungen DM 743 936 000,—				
c) Kassenobligationen			5 129 812 000,—	
d) sonstige Schuldverschreibungen			1 622 082 700,—	
darunter: Namensschuldverschreibungen DM 3 200 000,—				
e) verloste und gekündigte Stücke			1 177 000,—	18 320 313 600,—
darunter: vor Ablauf von vier Jahren fällig oder zurückzunehmen DM 13 313 821 200,—				
ferner: zur Sicherung eingegangener Verbindlichkeiten an die Gläubiger ausgehändigte Namenspfandbriefe DM 71 647 923,24				
Namenskommunalschuldverschreibungen DM 154 161 994,36				
6. Verpflichtungen zur Lieferung von Schuldverschreibungen				—,—
7. Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger				
a) anteilige Zinsen			836 214 572,10	
b) fällige Zinsen einschließlich der am 2. Januar 1985 fällig werdenden			16 180 114,79	852 394 686,89
8. Durchlaufende Kredite (nur Treuhandgeschäfte)				29 838 734,24
9. Rückstellungen				
a) Pensionsrückstellungen			77 672 404,99	
b) andere Rückstellungen			129 057 631,13	206 730 036,12
10. Wertberichtigungen				—,—
11. Sonstige Verbindlichkeiten				18 780 059,84
12. Rechnungsabgrenzungsposten				60 707 827,28
darunter: Disagio DM 55 912 580,80				
13. Sonderposten mit Rücklageanteil				—,—

14. Stammkapital	Kapitaleinlagen der Freien und Hansestadt Hamburg	Zuführungen aus der sonstigen Rücklage	Insgesamt	DM
Stand 31. Dezember 1983	232 000 000,—	124 500 000,—	356 500 000,—	
Kapitaleinlagen der Freien und Hansestadt Hamburg und Zuführungen aus der sonstigen Rücklage	25 000 000,—	12 500 000,—	37 500 000,—	
Stand am 31. Dezember 1984	257 000 000,—	137 000 000,—	394 000 000,—	394 000 000,—

	DM	DM	DM
15. Offene Rücklagen			
a) satzungsmäßige Sicherheitsrücklage			
Stand am 31. Dezember 1983	157 000 000,—		
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 1983	7 600 000,—	164 600 000,—	
b) sonstige Rücklage			
Stand am 31. Dezember 1983	17 455 000,—		
Einstellung aus dem Bilanzgewinn 1983	10 810 000,—		
Entnahme zur Erhöhung des Stammkapitals	12 500 000,—	15 765 000,—	180 365 000,—
16. Bilanzgewinn			41 000 000,—
Summe der Passiven			31 321 848 742,98
17. Eigene Ziehungen im Umlauf			—,—
darunter: den Kreditnehmern abgerechnet DM —,—			
18. Indossamentsverbindlichkeiten aus weitergegebenen Wechseln			341 132 999,06
19. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Wechsel- und Scheckbürgschaften sowie aus Gewährleistungsverträgen			2 557 382 598,28
20. Verbindlichkeiten im Falle der Rücknahme von in Pension gegebenen Gegenständen, sofern diese Verbindlichkeiten nicht auf der Passivseite auszuweisen sind			—,—
21. Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			—,—
22. Sparprämien nach dem Sparprämiengesetz			202 270,64
23. In den Passiven sind an Verbindlichkeiten (einschließlich der Verbindlichkeiten unter 17 bis 21) gegenüber verbundenen Unternehmen enthalten			188 850 495,31
24. Treuhandverpflichtungen			48 178 246,78





Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 1984

	DM	DM	DM
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften		2 028 439 585,84	
2. Laufende Erträge aus a) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	369 880 302,76		
b) anderen Wertpapieren	4 946 780,97		
c) Beteiligungen	5 900 812,43	371 727 805,16	
3. Provisionen und andere Erträge aus Dienstleistungsgeschäften		30 121 813,48	
4. Andere Erträge einschließlich der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		13 394 590,04	2 441 883 834,32
5. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen		2 080 194 366,35	
6. Provisionen und ähnliche Aufwendungen für Dienstleistungsgeschäfte		5 554 195,46	
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		92 544 939,89	2 188 288 073,87
			253 380 560,85
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, soweit sie nicht unter 4 auszuweisen sind		835 181,46	
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—	835 181,46
10. Gehälter und Löhne			254 015 712,10
11. Soziale Abgaben		83 618 612,04	
12. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		9 084 287,04	
13. Sachaufwand für das Bankgeschäft		17 408 832,86	
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Grundstücke und Gebäude sowie auf Betriebs- und Geschäftsausstattung		36 231 474,97	
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen		6 218 898,26	
16. Steuern		970 734,97	
a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	72 142 486,18		
b) sonstige	8 368,40	72 150 854,58	
17. Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—	
18. Sonstige Aufwendungen		7 798 366,39	213 015 712,10
			41 000 000,—

	DM	DM
19. Jahresüberschuß		41 000 000,—
20. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr		—,—
21. Entnahmen aus offenen Rücklagen		—,—
22. Einstellungen aus dem Jahresüberschuß in offene Rücklagen		
a) in die satzungsmäßige Sicherheitsrücklage	—,—	
b) in die sonstige Rücklage	—,—	—,—
23. Bilanzgewinn		41 000 000,—

Hamburg, 4. Februar 1985

HAMBURGISCHE LANDESBANK
Girozentrale
Direktorium
Dr. Fahning Dr. Platt Schmidt Becker

Die Buchführung, der Jahresabschluß und der Geschäftsbericht entsprechen nach unserer pflichtmäßigen Prüfung Gesetz und Satzung.

Hamburg, 27. Februar 1985

TREUARBEIT AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft
Dr. Weirich, Wirtschaftsprüfer — von Hoch, Wirtschaftsprüfer

Umlauf an eigenen Emissionen

Der Umlauf an eigenen Emissionen betrug per 28. 6. 1985:

	DM	DM
Inhaber-Pfandbriefe	1 798 198 600,—	
Namens-Pfandbriefe (umgeschriebene Inhaber-Pfandbriefe)	44 190 000,—	
Namens-Pfandbriefe	670 255 000,—	
Verloste, gekündigte und fällige Pfandbriefe	1 044 000,—	2 513 687 600,—
Inhaber-Kommunal-Schuldverschreibungen	8 740 594 200,—	
Namens-Kommunal-Schuldverschreibungen (umgeschriebene Inh.-Komm.-Schuldv.)	42 596 000,—	
Namens-Kommunal-Schuldverschreibungen	793 300 000,—	
Verloste und fällige Kommunal-Schuldverschreibungen	801 900,—	9 577 292 100,—
Sonstige Inhaberschuldverschreibungen	1 930 592 967,50	
Sonstige Namensschuldverschreibungen (umgeschriebene Inhaberschuldverschr.)	3 200 000,—	
Sonstige Namensschuldverschreibungen	—	
Verloste und fällige sonstige Schuldverschreibungen	65 438 800,—	1 999 231 767,50
Inhaber-Kassenobligationen	5 841 582 000,—	
Fällige Inhaber-Kassenobligationen	278 419 000,—	6 120 001 000,—
Inhaber-Zinsbriefe	27 947 000,—	27 947 000,—
		20 228 129 467,50

Gesamtumlauf in Pfandbriefen, Kommunal-Schuldverschreibungen, Kassenobligationen, Inhaber-Zinsbriefen und sonstigen Schuldverschreibungen		DM 20 228 129 467,50
Darüber hinaus hat die Landesbank zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen Namenspapiere ausgegeben.		
Der Umlauf betrug per 28. 6. 1985 an		
Namens-Pfandbriefen	DM 84 647 923,24	
Namens-Kommunal-Schuldverschreibungen	DM 154 161 994,38	DM 238 809 917,62
Gesamtumlauf per 28. 6. 1985		DM 20 466 939 405,12
davon nicht deckungspflichtige Kassenobligationen, Inhaber-Zinsbriefe und sonstige Schuldverschreibungen		DM 7 103 036 787,50
deckungspflichtiger Umlauf		DM 13 363 903 617,62
An Deckungswerten waren am 28. 6. 1985 vorhanden:		
im Hypothekenregister für Inhaber- und Namens-Pfandbriefe — Grundpfandrechte — und sonstige		DM 3 055 640 509,91
im Deckungsregister für Inhaber- und Namens-Kommunal-Schuldverschreibungen und sonstige gedeckte Inhaber- und Namensschuldverschreibungen — Kommunaldarlehen — und Schiffe		DM 12 213 205 846,11
		DM 15 268 846 356,02

Die im Umlauf befindlichen Inhaber-Pfandbriefe bis einschließlich Ausgabe 126, Inhaber-Kommunal-Schuldverschreibungen bis einschließlich Emission 240, Inhaberschuldverschreibungen bis einschließlich Emission 129 sowie die Emission 131 und die Null-Kupon-Inhaberschuldverschreibungen Ausgabe 1 sind zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen. Von den im Umlauf befindlichen Inhaber-Kassenobligationen sind die Reihen 160, 167, 176, 180, 190, 196, 200, 201, 207, 211, 215, 217, 218, 221, 222, 225, 226, 236, 237, 244, 246, 249, 255, 267 und 275 in den geregelten Freiverkehr an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg einbezogen.

Gegenstand des Prospektes

Die Ausgabe der DM 75 000 000,— 6½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 242 und der DM 100 000 000,— 6½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 243, die Gegenstand dieses Prospektes sind, wurde von dem Herrn Bundesminister der Finanzen im Einvernehmen mit der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Landwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg im Jahre 1985 unter dem Geschäftszeichen VII A 2 W 2557 genehmigt.

Der Erlös aus dem Verkauf der Kommunal-Schuldverschreibungen dient zur Gewährung von langfristigen Darlehen an öffentlich-rechtliche Körperschaften oder unter Bürgschaft öffentlich-rechtlicher Körperschaften.

Zinszahlung, Tilgung und Kündbarkeit

Die Kommunal-Schuldverschreibungen werden zu den jeweiligen Fälligkeitsterminen in einer Summe zum Nennwert zurückgezahlt. Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind unkündbar.
Die Zinsen und das Kapital werden bei Fälligkeit durch die Kassenvereine bzw. das depotführende Kreditinstitut gutgeschrieben.

Besicherung

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind nach Maßgabe des Gesetzes über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten durch die in das Deckungsregister eingetragenen Werte gesichert.

Über die Deckungswerte hinaus haftet die Hamburgische Landesbank – Girozentrale – mit ihrem Vermögen. Für die Verbindlichkeiten der Hamburgischen Landesbank – Girozentrale – haftet die Freie und Hansestadt Hamburg unbeschränkt.

Stückeloser Verkehr

Über die Gesamtemissionen ist jeweils eine Sammelurkunde ausgefertigt und bei der Norddeutschen Kassenverein AG, Hamburg, hinterlegt. An diesen Sammelurkunden sind die Erwerber der Kommunal-Schuldverschreibungen entsprechend ihrem Guthaben auf Girosammeldepot beteiligt.

Einzelurkunden werden für die gesamte Laufzeit nicht ausgefertigt. Die in den Sammelurkunden verbrieften Kommunal-Schuldverschreibungen sind im Wege des stückelosen Effektengiroverkehrs in durch DM 100,— teilbaren Beträgen liefer- bzw. übertragbar.

Mündelsicherheit

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind gemäß § 1807 BGB zur Anlage von Mündelgeld geeignet.

Lombardfähigkeit

Die Kommunal-Schuldverschreibungen sind bei den Landeszentralbanken zum Lombardverkehr zugelassen und bis zu 75% des Kurswertes beleihbar.

Bekanntmachungen

Alle die Kommunal-Schuldverschreibungen betreffenden Bekanntmachungen werden im Bundesanzeiger und in einem Pflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg veröffentlicht.

Hamburg, im September 1985

Aufgrund des vorstehenden Prospektes sind

DM 75 000 000,— 6½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 242 – Kenn-Nr. 263 242 –

DM 100 000 000,— 6½% Kommunal-Schuldverschreibungen Serie 243 – Kenn-Nr. 263 243 –

der

Hamburgischen Landesbank – Girozentrale –, Hamburg

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zugelassen worden.

Hamburg, im September 1985

HAMBURGISCHE LANDESBANK

Warenpreise – Termine

Etwas schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	21.10.	18.10.
Dez.	314,25	313,50
März	320,75	320,25
Mai	309,75	309,25

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	264,90	262,90
Am. Durum	262,84	261,84

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	112,80	112,80
Dez.	114,70	114,50
März	119,00	119,00

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	93,40	94,20
Dez.	96,40	96,40
März	99,20	99,40

HAFER Chicago (c/bush)

Dez.	115,75	116,25
März	124,75	125,25
Mai	130,75	131,50

MAIS Chicago (c/bush)

Dez.	220,75	219,75
März	233,75	233,25
Mai	240,75	240,00

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	102,30	102,50
Dez.	105,20	105,00
März	111,50	110,90

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	21.10.	18.10.
Dez.	143,60	143,90
März	145,90	146,60
Mai	146,80	147,10

KAKAO New York ($/t)

	21.10.	18.10.
Dez.	2168	2190
März	2254	2267
Mai	2302	2319
Umsatz	2628	1867

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Jan.	4,90	4,90
März	5,39	5,36
Mai	5,55	5,56
Juli	5,71	5,75
Sept.	5,89	5,90
Umsatz	4016	8461

Iso-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 4,88 4,89

KAFFEE London (£/t) Robusta

	21.10.	18.10.
Nov.	1655-1657	1670-1671
Jan.	1695-1697	1708-1710
März	1727-1730	1748–
Umsatz	2664	3067

KAKAO London (£/t)

Dez.	1694-1695	1705-1706
März	1728-1729	1751-1752
Mai	1756-1758	1780-1783
Umsatz	3489	1809

ZUCKER London (£/t) Nr.6

	21.10.	18.10.
Dez.	134,00-135,00	134,60-135,40
März	143,60-143,80	143,00-143,40
Mai	147,40-147,80	146,40-146,60
Umsatz	961	2083

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

schw.	22.10.	21.10.
Saraw.spez.	802,00	795,00
weiß.Saraw.	955,00	950,00
weiß.Munt.	945,00	940,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	21.10.	18.10.
Nov.	118,05	118,60
Jan.	116,80	116,60
März	115,90	115,35
Mai	114,60	114,40
Juli	113,50	113,30
Umsatz	300	400

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

21.10.	18.10.
39,00	39,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk 21,50 20,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Okt.	19,60	19,25
Dez.	19,37	19,08
Jan.	19,58	19,32
März	19,96	19,72
Mai	20,35	20,12
Juli	20,65	20,50
Aug.	20,80	20,65

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk. 17,00 17,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	14,00	14,00

TALG New York (c/lb)

top white	15,50	15,50
fancy	14,75	14,75
bleichf.	14,25	14,25
yellow max. 10% fr.F	10,75	10,75

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Dez.	46,85	46,65
Feb.	45,95	45,75
April	41,50	–

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Feb.	65,25	65,90
März	65,40	66,25
Mai	66,70	67,30

HÄUTE Chicago (c/lb)

	21.10.	18.10.
Ochsen einh. schwere River Northern	58,00	57,50
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	65,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Nov.	505,00	503,50
Jan.	518,25	517,50
März	532,00	532,00
Mai	542,00	541,25
Juli	549,75	549,00
Aug.	549,00	548,50
Sept.	538,00	538,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Okt.	143,50	145,20
Dez.	144,30	146,20
Jan.	145,30	147,00
März	147,20	148,50
Mai	148,20	149,70
Juli	150,00	151,00
Aug.	149,50	150,10

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	21.10.	18.10.
Okt.	315,50	315,50
Dez.	303,50	306,50
März	311,50	314,50

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

21.10.	18.10.
18,75	18,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

jegl. Herk.	22.10.	21.10.
cif	810,00	810,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank 700,00 700,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra cif 352,50 350,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) fob Niederl. fob Werk 127,00 127,50

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen cif 437,50 440,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1 cif unerh. unerh.

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	21.10.	18.10.
Dez.	59,58	59,82
März	60,07	60,35
Mai	60,65	60,80
Juli	59,05	59,30
Okt.	53,80	59,90
Dez.	52,65	52,80

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1 43,25 43,25

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	22.10.	21.10.
Okt.	461-483	462-483
Dez.	475-479	475-480
Jan.	484-495	484-486
Umsatz	50	100

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	21.10.	18.10.
Dez.		51,50
März		51,15
Mai	unerh.	51,50
Juli		51,50
Umsatz		0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	21.10.	18.10.
Okt.	575,00-590,00	570,50-580,00
Dez.	–	595,00-605,00
März	612,00	613,00-615,00
Umsatz	5	33

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	22.10.	21.10.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	21.10.	18.10.
Okt.	12152	12200
Nov.	12264	12333

KAUTSCHUK London (p/kg)

	21.10.	18.10.
Nr.1 loco	58,00-61,00	58,00-61,00
Nov.	–59,00	–59,00
Dez.	–60,00	–60,00
Jan.	–	–

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	21.10.	18.10.
Nov.	184,00-185,00	185,50-186,00
Dez.	185,00-186,00	185,50-186,50
Nr. 2 Nov.	176,50-177,50	177,00-178,00
Nr. 3 Nov.	174,00-175,00	174,50-175,50
Nr. 4 Nov.	169,00-170,00	169,50-170,50

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	22.10.	21.10.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	22.10.	21.10.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	253,63-253,82	255,54-244,73
dritt. M.	262,55-262,73	263,68-263,86
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	103,20-103,39	102,52-102,71
dritt. M.	104,90-105,08	104,60-104,79
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1086,98-1088,88	1098,50-1095,29
dritt. M.	1094,57-1096,47	1108,42-1112,20
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	159,73-160,11	160,78-161,53
Prod.-Pr.	193,11	192,36
REINZINN 99,9 %	3520-3555	3534-3569

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg) 22.10. 29,93 21.10. –

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	22.10.	21.10.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	376,18-379,40	377,36-380,57
BLEI in Kabeln	111,00-112,00	110,25-111,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW) Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Verz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	22.10.	18.10.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	336-338	337-339
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	368-369	369
MS 63	357-364	362-369

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	22.10.	21.10.
Leg. 225	320	320
Leg. 226	322	322
Leg. 231	355-357	355-357
Leg. 233	365-367	365-367

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	22.10.	21.10.
PLATIN (DM/g)	29,65	29,50
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28140	28140
Rückn.-Pr.	27390	27390
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28240	28180
Rückn.-Pr.	27510	27450
verarbeitet	29630	29560
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27735	27625
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	534,30	535,20
Rückn.-Pr.	518,40	519,50
verarbeitet	557,80	558,70

Internationale Edelmetalle

	22.10.	21.10.
GOLD (US-$/Feinunze) London		
10.30	325,90	326,50
15.00	327,75	326,15
Zürich mit.	325,75-326,75	325,80-326,30
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	84800	84500
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	427,55	429,80
3 Mon.	439,20	441,50
6 Mon.	450,65	453,50
12 Mon.	473,25	475,75
PLATIN (£/Feinunze) London	21.10.	18.10.
fr. Markt	224,90	–
PALLADIUM (£/Feinunze) London	21.10.	18.10.
f. Händl.-Pr.	71,30	–

New Yorker Metallbörse

	21.10.	18.10.
GOLD H & H Ankauf	326,15	326,50
SILBER H & H Ankauf	613,00	614,00
PLATIN f.Händl.-Pr.	322,00-323,00	322,00-323,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	101,00-102,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00

SILBER (c/Feinunze)

Okt.	614,70	617,00
Dez.	616,50	622,00
Jan.	620,00	627,40
März	624,90	634,50
Mai	633,00	644,50
Juli	641,90	653,80
Sept.	651,10	663,70
Umsatz	7500	18000

KUPFER (c/lb)

	21.10.	18.10.
Okt.	60,90	61,30
Dez.	61,50	61,98
Jan.	61,75	62,15
März	62,20	62,55
Mai	62,50	63,00
Juli	62,80	63,30
Sept.	63,10	63,65
Umsatz	5000	7000

Londoner Metallbörse

	22.10.	21.10.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	668,50-669,00	675,50-676,50
3 Mon.	692,00-692,50	697,50-698,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	272,00-272,50	271,00-272,00
3 Mon.	276,50-277,00	276,00-276,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	971,00-971,50	977,00-977,50
3 Monate	985,00-985,50	993,50-994,00
ab. Kasse	–	971,00-972,00
3 Monate	–	998,00-989,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	952,00-954,00	953,00-956,00
3 Monate	972,00-974,00	977,00-978,00
ZINK (£/t)		
mitt. Kasse	421,00-422,00	426,00-428,00
3 Monate	–	–
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	8545-8550	8525-8530
3 Monate	8460-8461	8455-8456
QUECKSILBER ($/Fl.)	–	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	65-70

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	21.10.	18.10.
Nov.	83,40-83,45	82,60-82,65
Dez.	83,90-84,00	82,85-83,00
Jan.	84,00-84,10	82,95-83,05
Febr.	82,80-83,00	81,80-81,90

GASÖL – London ($/t)

	21.10.	18.10.
Nov.	256,00-256,25	257,25-257,50
Dez.	254,25-254,50	254,75-255,00
Jan.	252,75-253,25	253,25-253,25
Febr.	249,75-250,00	250,25-250,50
März	242,00-242,50	242,50-243,00
April	235,50-236,00	235,20-235,25
Mai	231,25-232,00	229,75-230,00
Juni	228,25-229,00	227,50-227,75

BENZIN – New York (c/Gallone)

	21.10.	18.10.
Nov.	80,25-80,30	79,80-79,95
Dez.	76,80-76,90	76,10-76,25
Jan.	74,30-74,40	73,75-73,90
Febr.	73,25	72,85
März	73,15	72,95-73,00

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	21.10.	18.10.
Nov.	29,95-30,00	29,50-29,53
Dez.	29,02-29,08	28,71-28,74
Jan.	28,22-28,24	28,03-28,05
Febr.	27,68	27,50-27,51
März	27,20	27,02

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	21.10.	18.10.
Arabian Lg.	27,80	27,85
Arabian Hv.	25,60	27,65
Iran Lt.	26,30N	26,30
Forties	28,70	28,70
N.Sea Brent	28,25	27,95
Bonny Light	28,65N	28,65N

Kartoffeln

London (£/t)

	21.10.	18.10.
Nov.		68,80
Febr.		68,50
April	unerh.	80,60
Mai		87,00

New York (c/lb)

	21.10.	18.10.
Nov.	2	2,02
März	2,14-2,17	2,15-2,18
April	2,16-2,20	2,22
Mai	2,36	2,412,43

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	21.10.	18.10.
Nov.	136,70-137,00	137,10
Jan.	139,50-139,70	139,50-139,80
März	145,60-145,50	146,00-145,90
Mai	149,10	149,40-149,70

Devisenmärkte

Der US-Dollar konnte sich am 22.10. am Devisenmarkt gut behaupten und wurde zunächst mit 2,6380 bewertet. Die Befürchtung, daß es zu neuen Eingriffen der Zentralbanken kommen könnte, war permanent zu verspüren; zu erkennen war dies jedoch nicht. Die höchsten Preise wurden bei 2,6450 ermittelt. Der amtliche Kurs lautete 2,6410, wobei die Bundesbank 45 Mill. Dollar zur Verfügung stellte. Am Nachmittag fiel der Kurs auf die Ausgangsbasis zurück. Die Konsolidierung des Englischen Pfundes hielt an. Der Kurs wurde um 3 Promille auf 3,787 erhöht. Für die übrigen amtlich notierten Währungen kam es meist zu kleinen Kursverbesserungen. US-Dollar in Amsterdam 2,9825, Brüssel 53,49, Paris 8,0535, Mailand 1782,50, Wien 18,559, Zürich 2,1685, Pfund/DM 3,097, Pfund/Dollar 1,4357, Pfund/DM 3,787.

Devisen und Sorten

22.10.85	Frankf. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	2,637	2,645	2,6124	2,59	2,68
London[2]	3,780	3,794	3,722	3,70	3,85
Dublin[2]	3,090	3,104	3,066	3,03	3,18
Montreal[1]	1,931	1,939	1,9169	1,80	1,90
Amsterd.	88,525	88,725	88,33	87,75	89,50
Zürich	121,70	121,90	121,74	120,25	123,00
Brüssel	4,927	4,947	4,886	4,80	5,08
Paris	32,715	32,875	32,38	31,75	33,50
Kopenh.	27,535	27,655	27,305	26,50	28,25
Oslo	33,29	33,41	32,705	32,25	34,00
Stockh.**	33,185	33,345	32,43	32,25	34,00
Mailand[3]**	1,4775	1,4875	1,450	5,43	1,53
Wien	14,217	14,251	14,191	14,13	14,35
Madrid**	1,631	1,641	1,596	1,57	1,69
Lissabon**	1,678	1,486	1,531	1,20	2,00
Tokio	1,2220	1,2250	–	1,18	1,25
Helsinki	46,425	46,685	45,645	45,25	47,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,05	0,18
Athen* **	1,683	1,757	–	1,20	2,00
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*	1,8455	1,8645	–	1,80	1,90
Johannbg.*	1,005	1,057	–	0,80	1,20

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert.
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 21.10.: in D-Mark 2,21154 (Parität 2,24184); in Dollar 0,84050 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 22.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00, Verkauf 21,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Leicht befestigte Euro-Dollar-Depots führten am 22. Oktober zu einer Vergrößerung der Dollar-Termin-Abschläge gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,59-0,77	2,30-2,20	4,30-4,35
Pfund/Dollar	0,43-0,43	1,19-1,16	2,12-2,07
Pfund/DM	3,00-1,80	7,00-5,40	12,5-11,1
FF/DM	21-5	48-37	96-80

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 22.10.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr.

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7¾-8⅛	4⅝-4⅞	3⅝-4⅛
3 Monate	8-8⅜	4¾-4⅞	4⅜-4⅝
6 Monate	8⅛-8⅜	4¾-4⅞	4⅜-4⅝
12 Monate	8⅛-8⅜	4⅞-5	4⅜-4⅝

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 22.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1238,00	1570,98
5 US-Dollar (Indiana)**	770,00	930,98
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	672,40
1 £ Sovereign alt	203,75	257,34
1 £ Sovereign Elizabeth II.	199,75	230,52
20 belgische Franken	157,00	207,48
10 Rubel Tscherwonez	205,25	260,71
2 südafrikanische Rand	191,75	240,36
Krüger Rand, neu	867,00	1022,58
Maple Leaf	872,25	1034,37
Platin Noble Man	874,50	1089,11
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	213,75	272,18
20 schweiz. Franken „Vreneli"	178,00	229,14
20 franz. Franken „Napoléon"	167,75	219,74
100 österr. Kronen (Neuprägung)	805,00	981,51
20 österr. Kronen (Neuprägung)	158,50	205,49
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,25	110,87
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	372,50	458,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	84,25	121,13

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 22.10.: Tagesgeld 4,45-4,55 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent; Dreimonatsgeld 4,75-4,85 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,85 Prozent, 6 Mon. 4,90 Prozent.
Privatdiskontsätze am 22.10.: 10 bis 29 Tage 3,55 G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 14.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Junge Aktien

[illegible]

WELT-Aktien-Indices

[illegible]

Kursgewinner:

[illegible]

Kursverlierer:

[illegible]

Dollar-Anleihen

	21.10.	18.10.
11¼ EEC 90	105,125	102,875
10⅞ EIB 95	100,625	100,375
11 dgl. 91	102,5	102,375
11¼ dgl. 98	104,75	104,5
11⅛ dgl. 93	106	105,75
12 dgl. 95	106,875	106,5
12⅛ dgl. 90	108,125	108
12¾ dgl. 94	111,375	110,875
13 dgl. 96	110,5	110,25
10⅞ Wld Bk 95	97,625	97,125
10⅜ dgl. 88	102,75	102,125
10¾ dgl. 90	102,625	102,5

[illegible]

7⅜ N.Zeald.89	102,5	102,75
7 Pac.Gas 94	101,25	101,25
6⅞ Penney 92	100	100
6⅞ Procter 92	101,125	101,25
6⅞ Sallie 97	99,75	99,625
6⅞ Sears 91	102,75	102,75
6⅞ Swed.Ex.91	100,375	100,625
7 TRW 94	100,625	100,625
6⅞ Un.Tech.92	100,125	100
6⅞ World Bk90	100,5	100,625

Lux. Franc Bonds

[illegible]

Euro-Yen

[illegible]

Rechnungs-Einheiten

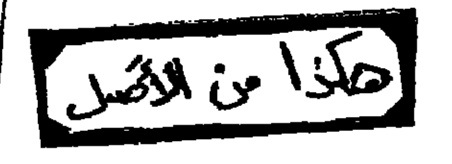
[illegible]

ECU

[illegible]

ECU-Tagesanleihen

[illegible]



Kehrseite der Leere

P. Jo. – „Tiefe Blicke" verhieß seinerzeit die Eröffnungs- und Dauerausstellung im neuen Anbau für die Moderne an das Hessische Landesmuseum in Darmstadt. „Tiefe Blicke" verspricht nicht minder das Katalogbuch, das jetzt – ein volles Jahr später – bei DuMont in Köln erschienen ist (485 S. mit zahlr. Abb., 58 Mark). Vorgestellt werden 73 Künstler oder Künstlergruppen aus der Bundesrepublik, der „DDR", Österreich und der Schweiz, die erst in den letzten fünf Jahren hervorgetreten sind und für die gewöhnlich das Etikett „Neue Wilde" benutzt wird.

Im Katalog-Vorwort findet sich ein eifriges Plädoyer von Johann-Karl Schmidt, dem Kustos für die Moderne in Darmstadt, für das Museum als Ort des Experimentes. Und dann folgen die Sätze: „Schon bald zeigte sich jedoch, daß die Dynamik der jungen Kunst erheblich größer war als die eigenen Möglichkeiten, ihr zu folgen. So suchten und fanden wir durch Hans Jürgen Müller Hilfe... Die Kehrseite dieses Vorgehens ist, daß ein großer Teil der Sammlung heute nur Besitz des Museums, aber Eigentum von Leihgebern ist."

Der große, dicke, bunte, wortreiche Katalog gibt nun zwar eine Menge Auskünfte, aber welche Bilder Leihgaben von wem sind, verrät er nicht. Genausowenig wie er mitteilt, daß dieser Hans Jürgen Müller ein Galerist ist, daß ihm die allermeisten Bilder gehören und daß er – was seine Kollegen durch zeitweilige Leihgaben an Museen oder gutbenamte Ausstellungen im kleinen praktizieren – hier in großem Maßstab betreibt: eine Aufwertung seiner Bestände, indem er den fast noch farbnassen Bildern durch einen kurzen Museumsaufenthalt einen angeblichen „Ewigkeits- und Museumswert" – und damit auch einen höheren Verkaufswert – verschafft.

Wenn ein Museum einen Erweiterungsbau errichtet, den es wegen seines ungeschickten Umgangs mit einem Sammler nicht aus eigenen Kräften zu füllen vermag, und sich darum einem cleveren Kunsthändler als Schaufenster zur Verfügung stellt, dann sollte es das, was da zu sehen ist, nicht als ein Programm anpreisen, das man so und nicht anders gewollt habe. Es sollte die Herkunft und die Eigentumsverhältnisse nicht kaschieren – nicht in der Ausstellung und nicht im Katalog. Schon um nicht den Verdacht entstehen zu lassen, man müsse tiefe Blicke fürchten.

Theaterkonzern mit Niveau: Die „Royal Shakespeare Company" wird 25

Klassiker ohne Hackepeter

Die *Royal Shakespeare Company*, die in Shakespeares Geburtsstadt Stratford-upon-Avon aus der Taufe gehoben wurde und seit nunmehr 25 Jahren ein festes Ensemble besitzt, darf mittlerweile als zweites Nationaltheater Englands gelten, neben Sir Peter Halls Kulturbunker an der Themse in London. Ein beispielloser Aufstieg liegt hinter der Truppe. Gegenwärtig verfügt sie über zwei eigene Bühnen in Stratford und zwei eigene Theater im „Barbican", dem Kulturzentrum der Londoner City, ist obendrein bei mehreren kommerziellen Westend-Bühnen mit eigenen Inszenierungen zu Gast und beschreitet mutig neue Wege, um sich auch bei abnehmenden Subventionen des Staates behaupten zu können.

Terry Hands, neben Trevor Nunn einer der künstlerischen Direktoren dieses Kulturkolosses, zu dem im Frühjahr in Stratford ein fünftes Theater hinzukommt, sagt im Gespräch mit der WELT: „An einem beliebigen Tag spielen wir im Schnitt vor 5000 Zuschauern. Wir versuchen, die Balance zwischen einem Nationaltheater und einem Experimentiertheater zu halten. Mit 33 Neuinszenierungen im Jahr wenden wir uns an ein außerordentlich vielfältiges Publikum. In unseren englischen Theatern werden 20 Prozent der Karten von Ausländern gekauft." In Stratford, das für die kunstsinnige angelsächsische Welt von Kanada bis Neuseeland ein Pilgerziel erster Ordnung ist, sind es sogar 27 Prozent.



Seine Mutter kam aus Esslingen: Terry Hands, Co-Direktor der RSC
FOTO: REG WILSON/CAMERA PRESS

Die an Shakespeares Dramen geschulten *Shakespeare Players* pendelten zunächst zwischen Stratford und dem von Peter Hall, dem ersten Direktor, angemieteten Aldwych Theatre, das bis zum Einzug ins eigene Theater im Barbican 1982 als Londoner Heimstatt diente. Hall betrieb von vornherein die Öffnung zur Moderne und gab Stücke bei zeitgenössischen Dramatikern wie John Arden oder Peter Shaffer in Auftrag.

Einen homogenen Stratford-Stil gibt es kaum, dank der unterschiedlichsten Künstler, die dort inszeniert haben. Terry Hands ist vielleicht der konsequenteste Apologet eines Autorentheaters, für den der Klassikertext sakrosankt ist. „Regietheater ist unsere Sache nicht. Wir greifen uns keine Klassiker und zerhacken sie, um sie dann nach unseren Vorstellungen wieder zusammenzusetzen. Das kann man besonders an deutschen Bühnen erleben."

Terry Hands, dessen Mutter Luise Köhler aus Esslingen stammt, wo ihr Vater Bürgermeister war (den die Nazis 1936 ins Gefängnis steckten), betrachtet die deutsche Theaterszene mit Skepsis. „Deutsche Schauspieler kriegen den Mund nicht mehr auf. Sie scheinen Angst davor zu haben, aus sich herauszugehen. Wir hier pflegen ein Theater der Leidenschaft. Ich sehe meine Aufgabe als Regisseur im Umgang mit Klassikern darin, die Schauspieler bis an den Punkt zu führen, wo sie ihrem Part das Äußerste an Intensität geben. Shakespeare ist immer Schauspielertheater. Im Grunde genommen bedarf er keines Regisseurs. Ich muß mich bei den Proben bis zur Premiere Schritt für Schritt überflüssig machen."

Bemerkenswert die Kontinuität in der Theaterleitung – im Vergleich mit unserem hochtourigen Intendantenkarussell. Peter Hall züchtete die RSC-Truppe in seinen 13 Direktor-Jahren zum einzigen Konkurrenten von Sir Laurence Oliviers Nationaltheater hoch. Seit 1973 ist Hall nun selbst Direktor des Nationaltheaters. 1968 hatte er den erst 28jährigen Trevor Nunn zu seinem Co-Direktor berufen. Nunn, der von Hall die Zügel übernahm, ließ sich 1978 von dem heute 44jährigen Terry Hands die Hälfte der Bürde abnehmen.

Hands sieht in der Kontinuität an der Spitze die Gewähr für künstlerische Konsistenz. „Wir sind so etwas wie eine Familie und praktisch von Anfang an dabei. In England haben wir Gott sei Dank keine Intellektuellen. In Deutschland zerpflücken die Intellektuellen das Regietheater erbarmungslos. Das verschleißt natürlich. Wir werden hier von den Politikern in Ruhe gelassen, weil wir nicht das Intendantensystem haben, sondern ausschließlich als künstlerische Direktoren arbeiten können."

Die relative Sicherheit der Theaterdirektoren an der RSC hatte gewiß keine Inzucht zur Folge. Meisterregisseure wie Peter Brook, William Gaskill und Peter Wood konnten mit dem Traum-Ensemble arbeiten. Die RSC blieb stets eine Domäne englischer Regisseure. Aber zwischen 1964 und 1975 holte Peter Daubeny zur „Welttheatersaison" 43 Ensembles aus 19 Ländern ins Aldwych Theatre, das zu einem Schaufenster des Welttheaters mit ungeheurer Wirkung auf Englands junge Dramatiker wurde.

Terry Hands selbst hat Gastinszenierungen an der *Comédie Française* und an der *Burg* hinter sich. Unsere Frage, ob sich sein Theater eines Tages an Goethes „Faust" heranwagen werde, nötigt ihm eine Denkpause ab: „Ja, wenn man einen brauchbaren Text hätte, umgegossen in ein Englisch, das vom Publikum nicht als fremd empfunden würde." Das alte Problem: Engländer fühlen sich bei Stücken im Originalton am wohlsten.

Das Bühnen-Quartett der RSC hat zur Zeit einen Jahresetat von rund 52 Millionen Mark. 40 Prozent davon werden durch staatliche Subventionen vom *Arts Council* bestritten. Terry Hands schätzt die Zukunft optimistisch ein. „Wir marschieren mit Riesenschritten ins Multimedien-Zeitalter." Videokassetten tragen RSC-Klassiker-Inszenierungen in alle Welt.

Dank der großzügigen Spende eines anonymen Mäzens wird in Gebäudefragmenten des 1926 ausgebrannten ersten Gedächtnistheaters in Stratford eine Kopie eines Theaters des 17. Jahrhunderts gebaut, *The Swan*. Dort sollen Shakespeares Zeitgenossen, aber auch die Klassiker der Restaurationskomödie wie Congreve eine Heimstatt finden. „Mit unseren Klassikern erzielen wir allemal volle Häuser", versichert der Hausherr. So kann ein „Provinznest" an drei Theater kommen.

In London setzt Trevor Nunn (der mit seiner Inszenierung von Andrew Lloyd-Webbers „Cats" an einer Westend-Bühne und am Broadway Millionär wurde) den neuen Trend beider englischer Nationaltheater fort, mit Musicals schlagartig in die Gewinnzone zu kommen. Das ganz Neue: Die Musical-Version von Victor Hugos „Les Miserables". Trevor Nunn über diesen Aufbruch zu neuen Ufern: „Mich irritiert das Vorurteil, eine Show könne nichts taugen, wenn sie Geld einbringt."

SIEGFRIED HELM



Visionen vom Weltende: „Die Heuschrecken aus dem Brunnen des Abgrunds" (1522), Holzschnitt von Lucas Cranach d. Ä. (Werkstatt), aus der Ausstellung in Ludwigshafen
FOTO: KATALOG

Ludwigshafen: „Apokalypse, ein Prinzip Hoffnung?"

Ernst Bloch im Kühlturm

Der Begriff Apokalypse und das davon abgeleitete Adjektiv sind in den letzten Jahren im allgemeinen Sprachgebrauch geradezu inflationär geworden", heißt es im Katalog der Ausstellung „Apokalypse – Ein Prinzip Hoffnung?", die das Wilhelm-Hack-Museum in Ludwigshafen Ernst Bloch zum 100. Geburtstag eingerichtet hat.

Das Unternehmen erweist sich allerdings als eine Summe von Mißverständnissen. Denn die Beziehung zu Blochs Philosophie, der alles andere als ein Prophet des Untergangs war, läßt sich nur herstellen, wenn man die Offenbarung des Johannes als Verheißung himmlischen Friedens auffaßt. Doch diese Intention wird hier nur historisierend mit Faksimile-Ausgaben bedeutender Werke mittelalterlicher Buchmalerei und mit graphischen Zyklen bis hin zu Dürer und darüber hinaus vorgeführt.

Die gegenwärtigen Visionen eines Weltendes ohne Hoffnung – und damit eindeutig gegen Bloch – lagen den Ausstellungsgestaltern offenbar mehr. Überhaupt erweist ihre Bildauswahl vor allem jenem inflationären und vulgären Apokalypse-Verständnis Tribut. Rainer Fettings „2 Harrisburger" sind typisch dafür. Denn aus den zwei dunklen Kühltürmen tauchen ein Kopf Hitlers und ein Haken-Kreuz auf. Das ist alles – und ganz entschieden zu billig.

Auch was Rune Mields' „Turm zu Babel", buchstabengefüllte Rahmen zu einer siebenstufigen Pyramide übereinandergehängt, mit dem Thema zu tun hat, bleibt ein Rätsel, außer man begnügt sich mit der simplen Feststellung, daß die Zerstörung des großen Babylons – „der Behausung von Dämonen und dem Schlupfwinkel aller unreinen Geister" – in der Johannes-Offenbarung beschworen wird. Ähnlich vage oder vollends unklar sind die Beziehungen vieler Bilder zum Ausstellungsthema, wobei allenfalls die Titel auf Zerstörerisches oder Zerstörtes hinweisen.

„Das Prinzip Hoffnung" hätte sich natürlich viel eher als Ausstellungsthema für eine Ehrung Blochs angeboten. Daß man in Ludwigshafen darauf verzichtet hat, weil Bochum diesen Titel bereits benutzte, ist eine dürftige Ausrede. Denn die Bochumer Ausstellung war ein Sammelsurium, das keinerlei Bezug zu Blochs These erkennen ließ. Man hätte also durchaus noch zeigen können, wo und wie sich die bildende Kunst einst und jetzt als Verkünder einer Hoffnung verstand. Das schlösse den rosaroten Kitsch der Verheißung ohne Glauben nicht aus, denn der schwarze Kitsch, das modische Ausmalen von Katastrophen ohne Überzeugungskraft, ist auch unter den „apokalyptischen" Bildern gut vertreten.

Aber selbst wenn man die Prämisse Blochs beiseite läßt und die Ausstellung im Hack-Museum als Kompendium zum Thema Apokalypse betrachtet, bleibt das Ergebnis unbefriedigend. Pessimismus als gemeinsamer Nenner reicht jedenfalls nicht aus. Da muß man klare inhaltliche und künstlerische Unterscheidungen treffen. Doch darauf kam es den Ludwigshafenern offensichtlich nur am Rande an. Ihnen ging es vor allem um Politik. Infolgedessen muß man im Katalog einen so ignoranten Satz – als Beispiel für andere ähnliche – lesen, wie: „daß der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die erste militärische Intervention der UdSSR außerhalb ihres eigenen Machtbereichs darstellt, während die USA im gleichen Zeitraum in Dutzenden von Ländern militärisch und politisch interveniert haben".

Politik muß nicht die Kunst verderben. Aber die Politisiererei verdirbt jede Ausstellung, weil sie die Kunst zum Vehikel der Agitation degradiert. Das Ausstellungsthema „Die Apokalypse in der bildenden Kunst" ist also noch auszufüllen. (Bis 17. Nov.; Kat., Edition Braus, Heidelberg, 45 Mark)

PETER DITTMAR

Wer ist wirklich ein „verschollener Schriftsteller"?

Vergessen heißt verlieren

Verraten und verkauft. Weiß Gott. Es gibt eine Menge von Literaten, nein, eine Unmenge, die heute kein Mensch mehr kennt. Schriftsteller, die schöne Gedichte, herrliche Erzählungen geschrieben haben, die dann aber irgendwann, irgendwie durch den Rost gefallen sind, an die sich niemand mehr erinnert.

Ich rede nicht von deutschen Autoren des 19. oder früherer Jahrhunderte. Ich meine die letzten beiden Generationen unseres Jahrhunderts, also eine Spanne Zeit, die in den gegenwärtigen Kulturbetrieb noch hineinreicht. Aber der – wir wissen es – ist gefräßig. Er ist so unersättlich und unbarmherzig, daß es einen friert beim Gedanken, was da so alles auf Nimmerwiedersehen verschluckt wird, und daß es einen freut, wenn man sieht, daß es immer wieder Vorstöße gibt, wieder hereinzuholen, was unrettbar verloren zu gehen droht.

So macht sich der Publizist Thomas B. Schumann, wie schon in seinem Reader „Asphaltliteratur", auf Erkundungsreisen: mit dem Sammelband „Entdeckungen" (Verlag Gilles & Francke, Duisburg), in dem er u. a. auf die Stillen im Lande und auf die Verfemten der Exilliteratur hinweist. Oder Peter Härtling, auch er unermüdlich im hartnäckigen Aufspüren abgelenkter Literaturströme: In lesenswerten Essays macht er auf „Vergessene Bücher" aufmerksam (von Loeper Verlag, Karlsruhe).

Jüngster Versuch ist der „Almanach der Vergessenen" (Verlag C. H. Beck, München, 172 S., 25 Mark). Es ist eine Anthologie mit Texten, die die Zeit vom Beginn unseres Jahrhunderts bis in die Gegenwart abdecken. Klaus Schöffling und Hans J. Schütz, die Herausgeber, beschränken sich auf Lyrik und räumen ein, daß eine Prosasammlung ebenso erwünscht, aber aus Platzgründen weit schwerer zu realisieren sei. Das muß man akzeptieren. Das ist wohl so.

Nicht akzeptieren hingegen kann man, wer da alles auf die Liste der Vergessenen gesetzt worden ist. Vergessen heißt verlieren. Aber die meisten der hier versammelten 40 Autoren sind doch nicht verloren! Sie sind vielleicht nicht gerade im Gespräch, doch im Gedächtnis sind sie alle aufbewahrt. Jedem gebührt und jeder hat seine Nische.

Nehmen wir zum Beispiel Hugo Ball: Es gibt wohl kaum eine rührigere Stadt als Pirmasens, die sich so sehr um ihren großen Sohn kümmert. Jahr für Jahr erscheint ein „Hugo-Ball-Almanach", und 1986, zum 100. Geburtstag, plant die Stadt eine Doppelnummer, zudem Festakt, Ausstellung und Rundfunk-Soiree. Hier ist doch niemand vergeßlich!

Oder: Paul Boldt. Ich selbst habe 1979 im Walter-Verlag das Gesamtwerk herausgegeben. Kurz darauf ist die Edition zum „Buch des Monats September" gewählt worden. Boldts berühmtestes Gedicht, „Junge Pferde", ist in allen möglichen Anthologien, nicht nur denen des Expressionismus, nachzulesen. In diesem Bücherherbst häufen sich die Nachdrucke geradezu. Paul Boldt also ein Vergessener?

Oder Theodor Kramer: Erst letztes Jahr hat die Ausgabe der auf drei Bände projektierten „Gesammelten Gedichte" im Wiener Europa Verlag begonnen. Oder Theodor Däubler. Vergessen? Yvan Goll, Albrecht Haushofer, Heinrich Lautensack, Oda Schaefer, August Stramm, Paul Zech – sie alle vergessen?

Nein, die Verlage dtv, S. Fischer, C. Hanser, Limes oder Reclam haben sie im Programm und damit in bester Erinnerung. Es liegt nur an uns, sich ihrer wieder zu bemächtigen. Was vielleicht stimmt: Wir haben sie vernachlässigt. Das ist natürlich auch schon eine Sünde oder, wenn man will, ein Verlust. Insofern fügt besagter „Almanach" gewiß keinen Schaden zu. Im Gegenteil: er hilft, achtzugeben darauf, daß die 40 nicht doch eines Tages aus dem Gesichtskreis verschwinden.

Verschwunden, regelrecht verschollen sind ganz andere Autoren. *Ihnen* sollte man einmal – warum nicht bei C. H. Beck? – einen Almanach widmen. Es sind Schriftsteller aus der zweiten und dritten Riege, die es gleichwohl verdient hätten, wieder ins Bewußtsein gehoben zu werden. Einige Spezialisten mögen sie kennen. Aber das Vorrecht des Kenners sollte umgewandelt werden zu der Verpflichtung, die Allgemeinheit daran teilhaben zu lassen.

Ich nenne nur ein paar Namen: Otfried Krzyzanowski, Walter Rheiner, Hans Siemsen von den Älteren, Rainer M. Gerhardt, Werner Riegel, Moses Rosenkranz von den Jüngeren. Hier hat der Kanon noch Lücken. Hier sollten Editionen einmal nachfassen. Ich bin sicher, sie wären glücklich über so manche Entdeckung. Und wir auch.

WOLFGANG MINATY

Film: Frankensteins Monster erhält eine „Braut"

Die Eva aus der Retorte

Dr. Charles Frankenstein, Schloßherr und bedeutender Wegbereiter der Gentechnik, ist wieder im Labor zugange. Sein gutmütiges Monster grummelt einsam im düsteren Turm. Es soll eine Braut bekommen. Die Organspenden sind bereits verarbeitet, die Nähte dezent versteckt, die Proportionen stimmen. Das obligate Gewitter zieht auf, ein Bündel Blitze fährt der Leblosen in die Glieder. Sie regt sich, streckt sich, schält sich aus ihren Mullbinden und ist – eine Schönheit. Das Monster staunt, und Dr. Frankenstein wundert sich. Diese Traumfrau, meint er, ist doch ein wenig zu schade für den grobschlächtigen Bräutigam. Schon entbrennt der Streit, das Monster kämpft um sein Eherecht, der Turm wankt. Explosion, Verwirrung. *Das Monster* flieht den Schloßberg hinab. Der Doktor rettet seine Schöne in den Ostflügel.

So weit, so gruselfreundlich. Von hier ab ist der sehenswerte Film „Die Braut" unterhaltsame Zivilisationkritik (wie unlängst „Greystoke") und sanftes Plädoyer für Humanität (wie „Der Elefantenmensch"). Denn der britische Regisseur Franc Roddam („Quadrophenia") will nicht die ausgeleierte Horror-Schraube noch eine Umdrehung weiterquälen. Ihm geht es um ein Bild der Viktorianischen Zeit. Zwei Verwandte des Kaspar Hauser haben sich ihr einzupassen. Der eine, Frankensteins Monster, bald „Viktor" getauft, gerät in den Bodensatz der Gesellschaft, lernt umzugehen mit Gauklern, Dieben, Mördern. Die andere, seine anmutige Braut, wird der Creme zugeordnet und unter dem Namen „Eva" in die Aristokratie eingeführt.

Der große, häßliche Viktor (eindrucksvoll: Clancy Brown) trifft nach seiner Flucht aus dem Schloß einen Zwerg im Narrengewand (bester Darsteller: David Rappaporth). Das ist ein gewitzter Bursche, der von Jahrmarkt zu Jahrmarkt wandert, um seine Trapez-Sturz-Nummer vorzuführen. Wunderbar bunt und atmosphärisch dicht wird die abenteuerliche Reise der beiden ausgebreitet.

In den Salons des Adels geht es dagegen recht langweilig zu. Die von Frankenstein erschaffene Eva (hübsch, sonst nichts: Jennifer Beals) lernt zwar Sitten und Anstand. Aber mit der Selbständigkeit, die der Doktor ihr anerzogen hat, überschreitet sie bald die Norm. Nachdem sie die beispielhafte Identitätskrise eines Retortenkindes durchgestanden hat, begehrt sie gegen ihren Meister auf. Der nämlich (leider als Darsteller noch blasser denn als Musiker: Sting) hätte sie gern noch das Lieben gelehrt. Er will sie zwingen, stellt sich als ihr Schöpfer vor; sie begehrt prometheisch gegen ihn auf. Viktor kommt gerade rechtzeitig, um sie vor dem wütend drängenden Doktor zu retten. Die beiden parallelen Handlungsstränge, der eine von faszinierender Farbigkeit, der andere öde, werden schließlich verknotet. Sie sind zusammen: Braut und Bräutigam.

DIETMAR BITTRICH



Des Doktors jüngstes Geschöpf: „Die Braut" Jennifer Beals und Sting als Frankenstein in dem gleichnamigen Film
FOTO: DIE WELT

Merce Cunningham auf Deutschland-Tournee

Der Tanz als Schweigen

Merce Cunningham, amerikanische Galionsfigur der Choreographenavantgarde in den letzten drei Jahrzehnten, ist mit seiner Dance Company auf kurzer Deutschlandtournee. Wer von der Premiere in Neuss einen nostalgischen Rückblick in die Tanzgeschichte der 50er und 60er Jahre erwartete, wurde eines anderen belehrt. Die drei gezeigten Werke, deren Titel „Doubles", „Native Green" und „Pictures" als Kennzeichnung, nicht aber als Inhaltsbeschreibung anzusehen sind, stammen ausnahmslos aus den Jahren 1984 und 1985. Sie sind von einer Gelassenheit, Freundlichkeit und Unverkrampftheit, die man am liebsten als „klassizistisch" umschreiben möchte.

Cunningham hat nie choreographische Leitartikel zu Themen der Zeit verfaßt, er hat nie Geschichten tanzen lassen, die traditionellen dramaturgischen Gesetzen folgten. Ihm ging es immer darum, die Autonomie des Tanzes als Bühnenkunst allein aus den Bewegungsmöglichkeiten des menschlichen Körpers abzuleiten. Die Zusammenarbeit mit Komponisten wie John Cage, mit bildenden Künstlern wie Robert Rauschenberg und Andy Warhol hat in der Vergangenheit Gesamtkunstwerke hervorgebracht, in denen jedes Medium seine Eigenständigkeit behalten durfte. Heutzutage genügen ihm monochrome Rückwände, sparsam variierte Beleuchtung und ein meist elektronisch hergestellter Klangraum.

Aus dem Grundgestus des barfüßigen Modern Dance entwickelt er für seine 14 Tänzer Bewegungsabläufe und Bewegungsreihen, die unerschöpflich scheinen. Zu beschreiben sind die Stücke nur in der Sprache der Tanztechnik. Jede Interpretation tut ihnen Gewalt an. Wenn „Native Green" als exotisches Werk von doppelsinniger Dramatik beschrieben wird oder „Pictures", in dem der inzwischen 66jährige Meister noch einmal als Tänzer in Erscheinung tritt, als Meditation über Schweigen und Bewegung gedeutet wird, so ist das eine mögliche Sichtweise, aber nicht die einzige. Mit dem gleichen Recht können sie als Variationen über menschliche Beziehungen oder einfach als elegante Schäferspiele verstanden werden: Das ist das Schöne, aber zugleich auch das Schwierige an Merce Cunninghams Kunst.

In Neuss erschloß sich die Cunningham-Welt manchen Zuschauern nicht. Der weitaus größere Teil des Publikums bereitete dem Altmeister der Moderne eine respektvoll bewundernde Ovation. (Heute in Hamburg, 27./28. Okt. in Stuttgart)

ALBIN HÄNSEROTH

JOURNAL

Rektoren protestieren gegen Stellenplan

dpa. Essen

Die nordrhein-westfälische Landesrektorenkonferenz hat gegen die Entscheidung des Finanzministeriums protestiert, den Hochschulen des Landes „kurzfristig" 75 Stellen zu streichen. In einer in Essen veröffentlichten Erklärung der Rektoren ist von einem „Überfall" der Landesregierung die Rede, der zu mitunter grotesken und für die Lehr- und Forschungsarbeit schädlichen Entscheidungen im Einzelfall geführt habe. So habe man neuen Mitarbeitern kurz vor Dienstantritt absagen müssen, weil innerhalb weniger Stunden die haushaltsrechtlichen Grundlagen für die Einstellungen entzogen worden seien.

Peter Gülke wird neuer GMD in Wuppertal

AP, Wuppertal

Der Rat der Stadt Wuppertal hat einstimmig den 51jährigen Peter Gülke zum neuen Generalmusikdirektor gewählt. Gülke, der bis 1983 Generalmusikdirektor in Weimar war, lebt seit zwei Jahren im Westen. Er wird Nachfolger von Hanns-Martin Schneidt, der zum Leiter des Münchner Bach-Chors berufen wurde. Gülke, dessen Vertrag auf fünf Jahre abgeschlossen wurde, tritt sein neues Amt im August nächsten Jahres an.

Erneuter Protest gegen Fassbinder-Stück

DW. Frankfurt

Die Proteste gegen die geplante Aufführung von Fassbinders Stück „Der Müll, die Stadt und der Tod" in Frankfurt reißen nicht ab. In einem Schreiben an den Schauspielintendanten Günter Rühle zeigt sich Werner Nachmann, Vorsitzender des Direktoriums des Zentralrates der Juden in Deutschland, befremdet, „daß ausgerechnet in Frankfurt, das für sein demokratisches Engagement bekannt ist, offensichtlich die Empfindsamkeit verlorengegangen ist, die notwendig bleibt, um Vergangenes hierzulande nicht wieder möglich zu machen. Ob Sie es wollen oder nicht: Mit dieser Aufführung ebnen Sie einen verhängnisvollen Weg. Wir appellieren an Ihre Verantwortung. Stoppen Sie den Ungeist."

Skulpturen-Ausstellung auf den Wallanlagen

DW. Bremen

„Im Park – Die Gegenwart der Skulpturen. Skulptur der Gegenwart" heißt die fünfte Bremer Freiskulpturen-Ausstellung, die bis zum 31. Oktober auf den Wallanlagen gezeigt wird. Sie umfaßt u. a. Arbeiten von Horst Antes, Gerda Bier, Lothar Fischer, der Gruppe Odious und Waldemar Otto. Anders als die ersten Ausstellungen, die sich auf realistische und figürliche Plastiken beschränkten, sind diesmal auch abstrakte Werke mit einbezogen worden. Der Katalog kostet 15 Mark.

Braunschweigs Politik im Mittelalter

DW. Braunschweig

Mit der „Politik Braunschweigs innerhalb des sächsischen Städtebundes und der Hanse im späten Mittelalter" beschäftigt sich die Dissertation von Matthias Puhle. Sie erschien jetzt – sozusagen als Nebenwerk zu den Braunschweiger Ausstellungen „Stadt im Wandel" und zur Geschichte der Stadt – in der Reihe der „Braunschweiger Werkstücke" im Verlag der Waisenhaus-Buchdruckerei (272 S., 2 Karten, 42 Mark).

Die Vorträge des Franz-Kafka-Symposiums

DW. Mainz

„Franz Kafka Symposium 1983" heißt der Band, den jetzt der Mainzer Verlag v. Hase & Koehler vorgelegt hat. Er faßt die Vorträge des Symposiums zum 100. Geburtstag des Dichters, den die Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz 1983 veranstaltet hatte. Unter den elf Beiträgen sind u. a. die Abhandlungen von Walter H. Sokel zur Religions-Problematik Kafkas, von Wilhelm Emrich über „Franz Kafkas Diagnose des 20. Jahrhunderts" und von Karlheinz Fingerhut über die „Produktive Kafka-Rezeption in der DDR". Der Band mit 360 Seiten kostet 36 Mark.

Kunst in Schlesien, Künstler aus Schlesien

DW. Königswinter

Die Ausstellung „Kunst in Schlesien – Künstler aus Schlesien", die von der Ostdeutschen Galerie in Regensburg zusammengestellt und anschließend auch im Oberschlesischen Landesmuseum Ratingen gezeigt wurde, ist nun bis zum 24. November im Haus Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott zu sehen. Sie umfaßt Beispiele der Malerei, Graphik und Plastik des 20. Jahrhunderts. Der Katalog, Bergstadtverlag W. G. Korn, Würzburg, mit 180 Seiten und 210 Abbildungen, kostet 28 Mark.

Frankreichs Post gehen die Nummern aus

JOCHEN LEIBEL, Paris

Für 20 000 französische Telefon-Techniker beginnt am Freitag die lange Nacht. Dann geht in einer Sonderschicht die größte technische Telefon-Änderung aller Zeiten über die Bühne: Die Umstellung von bisher sechs- oder siebenstelligen Telefonnummern auf achtstellige. Die Zahlenkombinationen waren knapp geworden. Mit der zusätzlichen Ziffer erreicht man fast die Verdreifachung der bisher 23 Millionen Anschlüsse, über die Frankreich verfügt – zwei Millionen weniger als Deutschland.

Schon vor Jahren hatte die französische Post beschlossen, die Zahlenkombinationen um eine Ziffer zu ergänzen – ein 1,5 Milliarden-Mark-Programm. Am Freitagabend um 23 Uhr „schlägt nun die Stunde". In 1700 Telefonzentralen werden die Techniker durch winzige Schalter die zig Millionen Telefonanschlüsse auf die neuen Zahlen umstellen.

Spielt die Technik keinen Streich, sollen selbst laufende Gespräche von der Umstellug nichts mitbekommen. Das große Fragezeichen gilt der Zeit danach, wenn die neuen Nummern auch angewählt werden müssen. „Irrt sich hier mehr als jeder Vierte, kommt es zur Katastrophe," urteilt man bei der Post. Um selbige zu vermeiden, haben die Techniker zwei Wege präpariert, der Hauptweg angeblich „idiotensicher". Der Telefonkunde behält seine alte Nummer, muß allerdings zusätzlich eine oder zwei neue Ziffern wählen. Für die Provinzler mit bisher sechs Ziffern kommen einfach nur die bisherigen Kennzahlen für das Departement dazu. Die Bewohner von Paris müssen vor ihre bisher siebenstellige Nummer die „4" setzen.

Der zweite Weg war der der Information. Zwanzig Millionen Mark hat sich die Post die Aufklärungskampagne kosten lassen. Die teuerste, die je von der öffentlichen Hand organisiert wurde.

Die achtstelligen Telefonnummern, die für 60 Millionen Anschlüsse „gut" sind, sollen vor allem französischen Industrieunternehmen zu einer „Kommunikations-Modernisierung" verhelfen. Direktanschlüsse waren bisher in französischen Wirtschaftsunternehmen so gut wie unbekannt. Jedes Gespräch ging über die hausinterne Vermittlung. Angesichts der rasant ansteigenden Bedürfnisse für Direktanschlüsse bei Computern war deshalb eine Änderung notwendig geworden.

Aber auch sie dürfte nicht für die „Ewigkeit" bestimmt sein. Spätestens in zehn Jahren, rechnet man in Frankreich mit 120 Millionen Anschlüssen. Die französischen Post stimmt sich schon auf das neunstelligen System ein. (SAD)

Ehrfurcht vor dem „großen Knüppel"

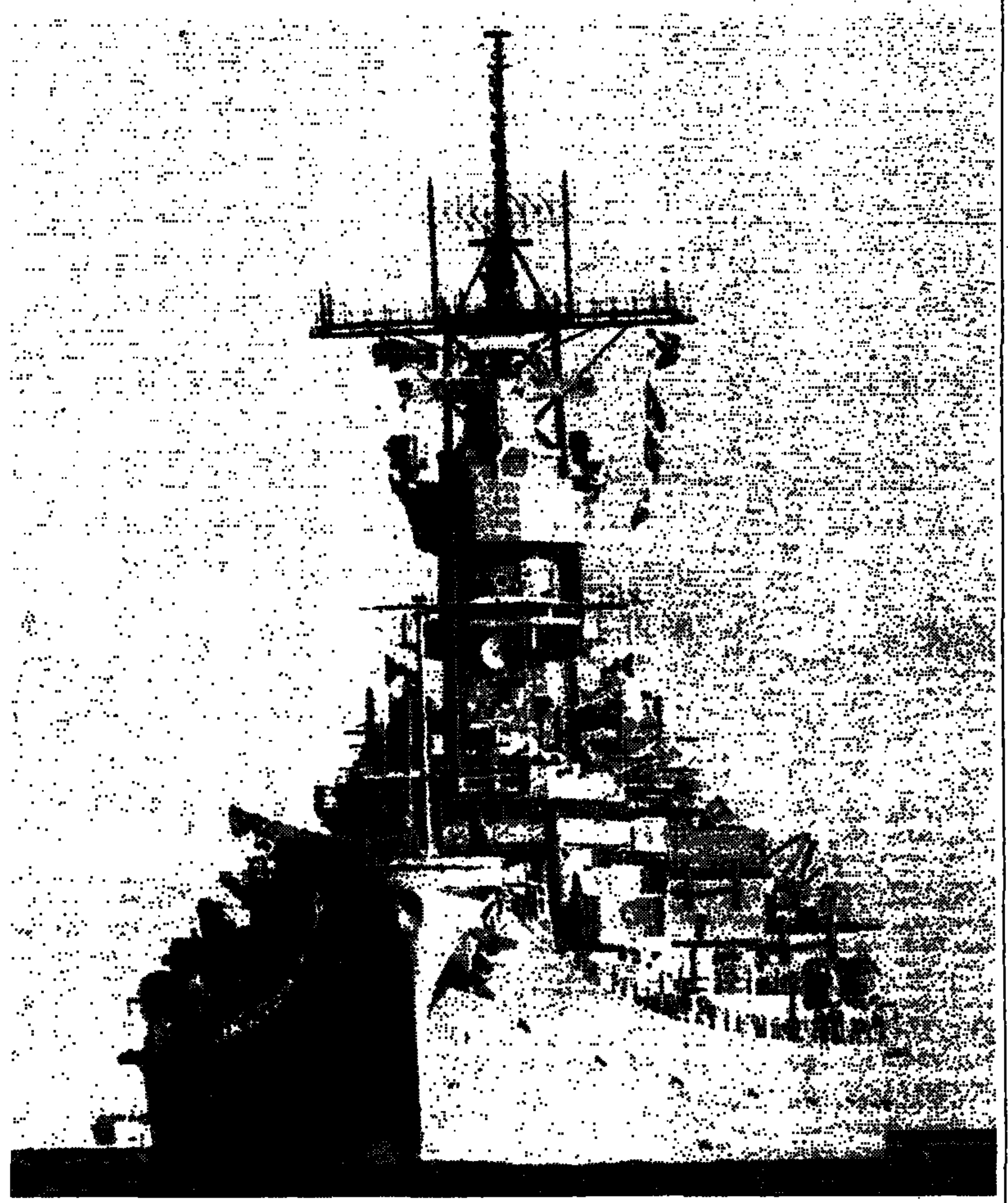
Ein Fieber grassiert zur Zeit in Kiel, steckt die Menschen an. Schon am ersten Tag wurden 15 000 „infiziert". Dann sprang der Bazillus über, erst auf Schleswig-Holstein, dann auf Nordrhein-Westfalen; gestern erreichte er Baden-Württemberg und Bayern. Von überallher strömen die „Infizierten". Der „Bazillus" hat einen Namen: „Iowa" – das größte Schlachtschiff der Welt, wegen seiner Feuerkraft der „große Knüppel" genannt. Seitlich vom Hindenburgufer auf Reede gelegt, setzt die Bundesmarine zur Zeit alles Schiffbare ein, um die Massen an Bord des 270 Meter langen Giganten aus Eisen und Stahl zu bringen.

Die Faszination des Schiffes geht von den Dimensionen aus. Ein Geschützturm mit drei Rohren vom Kaliber 40,6 wiegt 2250 Tonnen, so viel wie ein ganzer Kreuzer. Drei dieser Türme, die mit einer 300-Kilogramm-Dynamitladung 25 Zentner schwere Geschosse 40 Kilometer weit über das Meer tragen können, sind an Bord. Die Bewaffnung wird vervollständigt durch 32 Abschußrampen für Tomahawk-Marschflugkörper und zwölf Geschütze vom Kaliber 12,7 – Schutz vor feindlichen Flugzeugen.

Gerald E. Gneckow, deutschstämmiger Kommandant der 1600 Mann starken Besatzung der „Iowa", hatte vor Bornholm auf der Ostsee die Feuerkraft seines Schiffes demonstriert. Beobachter hatten den Eindruck, als würden die 58 000 Tonnen um eine Schiffsbreite von rund 30 Metern zurückgeschleudert. Tatsächlich beträgt der Rückstoß der großkalibrigen Geschütze einen Meter. Immerhin, bei der Masse dieses Riesen.

Als stärkstes Schiff hatte die „Iowa" am NATO-Manöver „Baltic-Operation" teilgenommen, einer gemeinsamen Übung von Norwegern, Dänen, Deutschen und Amerikanern. So deutlich wie zu keiner Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg unterstrichen die Amerikaner damit ihr Interesse an dieser strategisch wichtigen Region. Interessierte Beobachter waren Militärs der Waschauer Paktes, deren Schiffe das Manöver streckenweise begleiteten.

Keinen Zweifel ließ Kommandant Gneckow an dem Nutzen der „Iowa". Dank ihrer Technik und den Stahlwänden, die eine Breite bis zu einem halben Meter erreichen (und beispielsweise „Exocet-Raketen" widerstehen), sei sie die schlagkräftigste Waffe auf den sieben Meeren. Die „Iowa" sei das Schiff mit der höchsten Treffgenauigkeit. Ihre Präzision hatte der Koloß schon beim ersten Probeschuß nach seiner Reaktivierung vor zwei Jahren bewiesen. Der Schuß lag nur 35 Meter neben dem Ziel.



Ein Gigant aus Stahl und Eisen lockt die Massen an: Die „Iowa" in Kiel FOTO: PFEIFFER/DPA

Für die Erfassung des Zieles sorgt vor allem die Feuerleitzentrale, das Herz der „Iowa". In diesem abgedunkelten Computer-Raum, im Licht Dutzender grüner und roter Lampen bestimmt Gneckow Ziel und Schußgeschwindigkeit. Alle 35 Sekunden können die 40 Zentimeter-Rohre nachgeladen werden. Der Zielbestimmung dienen Bildschirme, auf denen ganze Staatengruppen nachgezeichnet sind.

Auch in die Geschichte der deutschen Marine ist die „Iowa" eingegangen. Kurz nach ihrem Stapellauf gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde sie im Sommer in die Gewässer Norwegens kommandiert und auf die „Tirpitz" angesetzt. Die historisch wichtigste Mission folgte kurze Zeit später, als sie Präsident Roosevelt zur Konferenz mit dem englischen Premier Winston Churchill und dem sowjetischen Diktator Stalin auf den Weg nach Teheran brachte. Um dem gelähmten US-Präsidenten ein gewisses Maß an Komfort zu bieten, wurde dem „Kahn" eigens eine weiße Porzellanbadewanne eingebaut, in der heute noch der Kommandant sein Bad nimmt.

In den Jahren 1944/45 folgten Einsätze im Pazifik gegen die Japaner. Ein Kratzer am Geschützturm B von einer japanischen Granate zeugt noch immer von den Schlachten im Pazifik. Ihre Stärke mußte die „Iowa" aber vor allem während des Korea-Krieges unter Beweis stellen, als sie mehr Schüsse verfeuerte als während des Zweiten Weltkrieges.

Das Aus für die „Iowa" folgte 1958. Das Schlachtschiff wurde eingemottet. 1981 beschloß Washington die Reaktivierung der Superpötte. Die Instandsetzung der „Iowa" kostete 400 Millionen Dollar.

Auf Einladung der Bundesmarine lernt die Besatzung unterdessen Deutschland kennen. Sonnabend endet ihr Besuch. GEORG BAUER

Rekordkaution für einen Banker

C. DERTINGER, Frankfurt

Ferdinand Graf von Galen, der des Betrugs und der Untreue verdächtigte persönlich haftende Hauptgesellschafter der vor zwei Jahren in eine Existenzkrise geratenen SMH-Bank, soll gegen eine Kaution von 16 Millionen Mark, die höchste, die es je in Deutschland gab, und unter der Auflage, seinen Reisepaß und Personalausweis abzugeben und sich zweimal wöchentlich bei der Polizei zu melden, auf freien Fuß gesetzt werden.

Unter diesen Auflagen hat das Landgericht Frankfurt den Haftbefehl gegen den jetzt zehn Monate in Untersuchungshaft sitzenden früheren Bankier außer Vollzug gesetzt. Gegen diesen Beschluß hat allerdings die Frankfurter Staatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht sofort Beschwerde eingelegt, über die voraussichtlich morgen entschieden wird. Begründung: Es bestehe nach wie vor Fluchtgefahr.

Galen hätte die Haftanstalt im Frankfurter Stadtteil Preungesheim schon verlassen können, wenn die 16 Millionen zusammenwären. Doch das geht nicht so rasch. Das Geld soll von Freunden der Familie, seiner Frau, die über umfangreichen Immobilienbesitz in den USA verfügt, und vor allem von Galens Vater kommen. Die Münchner Anwälte des gescheiterten 49jährigen Bankiers bezeichnen dessen enge Bindung an seine Familie, besonders seine Eltern, und die hohe Kaution als „Garant" für die „Außervollzugsetzung des Haftbefehls". Sie erklärten außerdem, das Argument der Staatsanwaltschaft, Galen sei der Hauptschuldige an dem nur durch eine riesige Rettungsaktion des Kreditgewerbes verhinderten Zusammenbruch der SMH-Bank, könne in dieser Form nicht mehr aufrechterhalten werden.

Galen war zwar Hauptgesellschafter und Sprecher der Bank. Nach dem Stand der bisherigen Ermittlungen und der Anklageschrift müsse man eher den Eindruck haben, daß sich der Hauptverdacht gegen den mitangeklagten Beschuldigten Hans Lampert richte, der ebenso wie



Ohne Paß und Personalausweis: Ferdinand Graf von Galen

Mitgesellschafter Wolfgang Stryj bereits im August unter Auflage, aber ohne Kaution unter Aufrechterhaltung des Haftbefehls aus U-Haft freigelassen wurde.

Alle drei SMH-Bank-Gesellschafter waren im letzten Jahr an einem Sonntag kurz vor Weihnachten wegen Fluchtgefahr verhaftet worden. Galen auf offener Straße auf dem Weg von seinem Hotel zu seinem Anwalt. Nur Mitgesellschafter Hans Hermann Münchmeyer blieb auf freiem Fuß, weil ihm eine geringere Mitverantwortung für das Debakel der Bank zugebilligt wurde. Die vier ehemaligen persönlich haftenden Gesellschafter des Bankhauses Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co. sind des Betruges und der Untreue mit einem Gesamtschaden von rund 750 Millionen Mark verdächtigt. Die Bank hatte sich mit für ihre Größe weit überdimensionierten Engagements, die vor den Aufsichtsbehörden verschleiert wurden, bei dem in Konkurs gegangenen IBH-Konzern des Baumaschinenherstellers Horst Esch übernommen.

Glykol – überall im Cellophan?

AP, Wien

Alles in der Lebensmittelindustrie als Verpackungsmaterial bisher verwendete Zellglas, das sogenannte Cellophan, enthielt offenbar das als Zusatz für Frostschutzmittel bekanntgewordene Diethylenglykol. Nachdem in mehreren österreichischen Käsesorten durch die Verpackung bis zu 0,6 Gramm giftiges Diethylenglykol pro Kilogramm festgestellt worden waren, erklärte der österreichische Importeur des Verpackungsmaterials gestern in Wien, daß es „bisher kein glykolfreies Zellglas" gebe. Dennoch stuften es die Gesundheitsbehörden als „unbedenklich" ein.

Moscone-Mörder tot

SAD, San Francisco

Dan White (39), der im Januar begnadigte Mörder des ehemaligen Bürgermeisters von San Francisco, George Moscone, und des Stadtverordneten Harvey Milk, hat durch Einatmen von Auspuffgasen seines Autos Selbstmord begangen. White war für den Doppelmord, den er 1978 beging, wegen verminderter Unzurechnungsfähigkeit zu nur sieben Jahren und acht Monaten Zuchthaus verurteilt worden.

Höchster Lottogewinn

dpa, Koblenz

Ein Junggeselle aus der Pfalz hat den bisher höchsten Lottogewinn gemacht. Der Glückspilz erhält von der Ausspielung vom vergangenen Samstag genau 6 981 859 Mark. Damit übertraf er den bisherigen Rekordgewinn einer Frau aus dem Nürnberger Raum um rund 10 000 Mark.

Todesschuß am Kiosk

dpa, Limburg

Bei der Suche nach dem Unbekannten, der an einem Kiosk zwischen Limburg und Weilburg einen 38jährigen Mann erschossen und die Betreiberin des Kiosk verletzt hat, ist ein Verdächtiger gefaßt worden. Ob er der Todesschütze ist, steht nach Ansicht der Polizei jedoch noch nicht fest. Dazu müsse erst die Leiche des 38jährigen untersucht werden.

Morsche Hungerkralle

AP, Berlin

Das 1951 gebaute Denkmal für die Berliner Luftbrücke in Tempelhof, von den Berlinern meist Hungerkralle genannt, verliert kiloschwere Betonbrocken und wird renoviert. Für die Reparatur des 20 Meter hohen Betonwerks sind rund 50 000 Mark vorgesehen.

Mordverdächtiger Polizist

dpa, Stuttgart

Von dem des zweifachen Mordes verdächtigten 34 Jahre alten Polizeibeamten Norbert Pöhlke fehlt noch jede Spur. Die beiden Leichen – vermutlich die Frau des Gesuchten und eines seiner Kinder – werden noch untersucht. Dabei soll auch die Todesursache ermittelt werden. Der Polizist ist mit einem weißen Daimler-Benz auf der Flucht.

ZU GUTER LETZT

„Gebiß auf dem Schreibtisch ist ein legitimer Entlassungsgrund", meldet AP aus Nottingham.

WETTER: Sonnig

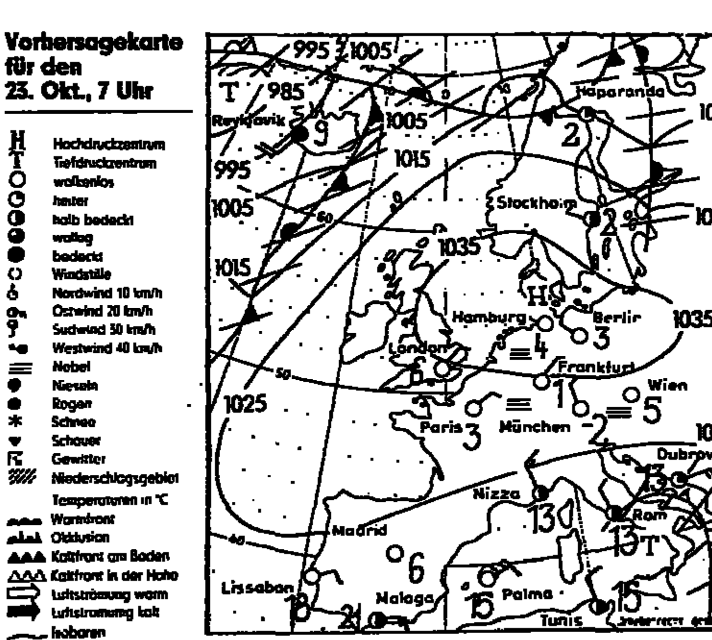
Lage: Ein Hochdruckgebiet mit Kern über Jütland bestimmt das Wetter.

Vorhersage für Mittwoch: Im Küstenbereich zum Teil hochnebelartige Bewölkung. In Flußtälern, vor allem in Süddeutschland, zäher Nebel. Sonst nach rascher Auflösung von Dunst und Frühnebel sonnig. Höchste Temperaturen am Tage um 10 Grad. In der kommenden Nacht klar und Abkühlung auf Werte um null Grad. In Süddeutschland verbreitet leichter Frost. Schwacher bis mäßiger Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Keine durchgreifende Änderung.

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 7.01 Uhr, Untergang: 17.11 Uhr; **Mondaufgang:** 16.14 Uhr, Untergang: 1.55 Uhr (* in MEZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 23. Okt., 7 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Dienstag, 12 Uhr (MEZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	11	be
Bielefeld	9	wl
Braunlage	7	he
Bremen	11	he
Dortmund	6	wl
Dresden	11	wl
Düsseldorf	10	wl
Erfurt	1	Ne
Essen	10	wl
Feldberg/S.	7	he
Flensburg	10	bw
Frankfurt/M.	9	wl
Freiburg	5	be
Garmisch	3	bw
Greifswald	12	he
Hamburg	11	he
Hannover	7	wl
Kahler Asten	6	wl
Kassel	7	wl
Kiel	11	bw
Koblenz	6	wl
Köln-Bonn	10	wl
Konstanz	7	bd
Leipzig	3	wl
List/Sylt	9	bw
Lübeck	11	he
Mannheim	10	wl
München	3	Ne
Münster	10	wl
Norderney	12	he
Nürnberg	9	he
Oberstdorf	3	bd
Passau	9	he
Saarbrücken	9	wl
Stuttgart	4	bw
Trier	7	wl
Zugspitze	0	he

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	19	wl
Amsterdam	10	wl
Athen	21	he
Barcelona	20	he
Belgrad	17	he
Bordeaux	14	bw
Bozen	8	wl
Brüssel	8	he
Budapest	13	he
Bukarest	15	wl
Casablanca	19	bw
Dublin	13	he
Dubrovnik	17	bw
Edinburgh	7	bd
Faro	23	he
Florenz	14	bw
Genf	9	bd
Helsinki	8	he
Hongkong	24	he
Innsbruck	10	he
Istanbul	17	he
Kairo	26	he
Klagenfurt	9	bd
Konstanza	15	he
Kopenhagen	12	he
Korfu	20	bw
Las Palmas	23	he
Leningrad	6	bw
Lissabon	19	he
Locarno	10	wl
London	13	he
Los Angeles	25	he
Luxemburg	8	wl
Madrid	16	wl
Mailand	16	wl
Malaga	22	he
Mallorca	20	he
Moskau	8	bw
Neapel	19	he
New York	14	wl
Nizza	19	he
Oslo	9	he
Ostende	10	wl
Palermo	21	he
Paris	11	wl
Peking	18	wl
Prag	6	bw
Rhodos	24	he
Rom	14	bw
Salzburg	5	bw
Singapur	27	bw
Split	18	bw
Stockholm	9	he
Straßburg	4	bd
Tel Aviv	30	he
Tokio	17	R
Tunis	22	he
Valencia	20	wl
Varna	15	he
Venedig	14	bw
Warschau	7	bw
Wien	12	he
Zürich	7	bd

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gw = Gewitter; he = heiter; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schnee, Sp = Sprühregen; wl = wolkenlos

Enttäuscht

Die Erfinderin des stimmgesteuerten Computers, die Elsässerin **Martine Kempf**, hat ihrem Heimatland enttäuscht den Rücken gekehrt und will ihr weltweit anerkanntes Wunderwerk jetzt in den Vereinigten Staaten produzieren lassen. In Frankreich hatte sie bis Ende vergangener Woche nicht die für die industrielle Herstellung des Katalavox notwendige finanzielle Unterstützung bekommen.

Dementiert

Popstar **Bob Geldof**, dessen Hungerhilfswerk weltweit schon an die 240 Millionen Mark eingebracht hat, plant wieder Großes: Im November trifft er **Papst Johannes Paul II.** und will den Vatikan um 80 Millionen Mark für die Hungerhilfe bitten. Seinen Rückzug aus der Wohtätigkeit hat der Popmusiker inzwischen dementiert.

Ehrgeizig

Das größte Bild der Welt hat der Japaner **Takumi Furukawa** am Rande eines Festivals in Hiratsuka bei Tokio gemalt. Das abstrakte Gemälde ist 3,8 Kilometer lang und einen Meter breit. Der 35jährige Maler wurde bei seinem Kolossalwerk von 30 Kunststudenten unterstützt. Das größte Gemälde war bisher nach dem „Guinness Book of World Records" 125 Meter lang und 21,3 Meter breit.

LEUTE HEUTE

Romantisch

Nichts besingen die US-Amerikaner mehr als ihre republikanische Verfassung. Doch wenn sich **Prinz Charles** und **Prinzessin Diana** zum Besuch ansagen, geraten die Spitzen der Gesellschaft aus dem Häuschen und zahlen viel Geld, um mit dem königlichen Paar auch nur mal die gleiche Luft atmen zu dürfen. Die Gäste aus dem einstigen Mutterland werden im November in der „National Gallery of Arts" in Washington an einem Gala-Dinner teilnehmen, das US-Präsident **Ronald Reagan** zugunsten des Bildungswerkes „United World Colleges" gibt. Geladen sind 500 handverlesene Gäste. Es kommt nur, wer zu Reagans engstem Kreis gehört oder, wer wie Popstar **Neil Diamond** und seine Frau **Marcia**, von Charles und Diana benannt wird.

Hoffnungsfroh

Die französische Romanschriftstellerin **Françoise Sagan**, die in der kolumbianischen Hauptstadt Bogotá einen Schwächeanfall erlitt und mehrere Tage im Koma lag, ist wieder bei Bewußtsein. Nach Angaben der Ärzte des französischen Militärkrankenhauses „Val de Grace" leide Françoise Sagan unter „Lungenbeschwerden", befinde sich aber auf dem Weg der Besserung.

Gescheitert

Der millionenschwere US-Tabakerbe und Schauspieler **Patrick Reynolds** läßt sich nur zwei Jahre nach der bayerischen Traumhochzeit von seiner deutschen Frau **Regine Wahl** scheiden – er hat eine andere. Die beiden trennen sich aber angeblich als gute Freunde.

Die Berliner Todesschützen schweigen

Neben dem Toten lag ein Taschenmesser / Ein Anwohner meldete sich als Zeuge

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft ermittelt gegen die beiden Berliner Polizeibeamten, die den 33jährigen Maurer Klaus-Detlef Wolkenstein erschossen haben. Die Polizisten werden des Tötungsdeliktes verdächtigt. Auch gestern war der Ablauf des Geschehens noch unklar. Die Todesschützen verweigern weiterhin jede Aussage zu dem Einsatz.

Die Staatsanwaltschaft veröffentlichte die Zeugenaussage eines Anwohners, der das Geschehen vom Balkon seiner Wohnung mitverfolgt hatte. Danach riefen die beiden Polizeibeamten dem Mann, der kurz zuvor eine Betriebsfeier verlassen hatte, um Luft zu schnappen, zu: „Halt, stehenbleiben, Polizei."

Der Maurer, der von den Beamten für einen Einbrecher gehalten wurde, nahm, so der Zeuge, daraufhin eine „gebückte Haltung mit nach vorn gebeugten Armen" ein. Danach bewegten sich der Mann und die Polizisten mehrfach hin und her, bis schließlich einige dumpfe Knallgeräusche zu hören waren – es waren die Schüsse.

Der Erschossene hatte ein kleines Taschenmesser bei sich. Kriminalbeamte fanden es später aufgeklappt neben der Leiche.

Die Verlobte des Maurers, die das Messer identifiziert hatte, bekräftigte gestern erneut ihre Auffassung, ihr Freund sei angetrunken und fast hilflos auf dem Firmengelände umhergeirrt. Er habe zuvor seine Brille, ohne die er kaum etwas sehen konnte, in einer Gaststätte liegengelassen. Möglicherweise habe er sich von den Zivilbeamten bedroht gefühlt.



Klaus-Detlef Wolkenstein

Der letzte Polizeieinsatz in Berlin mit tödlichem Ausgang liegt mittlerweile drei Jahre zurück. Damals, im November 1982, war ein Jugendlicher nach einem Einbruch in ein Geschäft auf der Flucht erschossen worden. Ein Schwurgericht verurteilte den Todesschützen wegen Totschlags zu 30 Monaten Haft.

Im Verlauf des Verfahrens wurde offenkundig, daß die Polizei die Ermittlungen gegen ihren Kollegen mit allen Mitteln zu manipulieren versucht hatte. Dies führte zu einer Reihe von Meineidsverfahren, von denen ein Teil noch nicht abgeschlossen ist. In einem Fall wurde ein Polizist rechtskräftig verurteilt.

In einem Revisionsverfahren erhielt der Todesschütze ein Jahr Haft auf Bewährung. Der Fall führte auch dazu, daß eine sogenannte „Schußwaffenkomission" der Polizei, die derartige Vorgänge aufklären sollte, wegen zahlreicher fragwürdiger Praktiken aufgelöst wurde.

Nach dem Vorfall vom November ist auch die Schießausbildung der Polizei umgestellt worden. In den neuen Richtlinien wird es beispielsweise als unzulässig bezeichnet, in Notwehrsituationen mehrere Schüsse abzugeben. Am Wochenende, so steht fest, fielen zumindest vier Schüsse.

Die Wettervorhersage soll noch treffsicherer werden

Großes Interesse an Klimadaten aus der Dritten Welt

DIETER F. HERTEL, Hamburg

Der Welt-Wetter-Wacht-Plan, den es seit 1967 gibt, soll engmaschiger, unfehlbarer und schneller arbeiten. Das beabsichtigt eine Fachkommission der Weltorganisation für Meteorologie (WMO), die diese Woche in Hamburg über das weltweite Netz der ständigen Wetterbeobachtung aus dem All, zu Land, zu Wasser und in der Luft berät.

Denn immer noch kommen Wetterprognosen weltweit der Traummarke einer 95prozentigen Trefferrate nicht nahe genug. Irrtümer, die den Volkswirtschaften teuer zu stehen kommt.

Das Wetter ist zwar nicht beeinflußbar, aber es möglichst genau und möglichst weit im voraus zu kennen, interessiert nicht nur Menschen, die sich morgens fragen, ob sie den Regenschirm mitnehmen sollen. Auf der ganzen Welt haben Sonne, Hagel, Schnee, Sturm und Regen entscheidende Wirkungen auf die Landwirtschaft, den Straßen-, Schiffs- und Flugverkehr, die Industrie und die Beweglichkeit des Militärs.

Aber immer noch gibt es auf der Weltkarte der Wetterwächter zu viele und zu große „weiße Flecken". In Ländern der Dritten Welt fehlen Wetterkundler, Beobachtungsstationen und Mittel für die prompte, weltweite Übertragung der gewonnenen Erkenntnisse.

Drei Weltzentralen dienen bislang der globalen Wettervorhersage. Sie stehen in Moskau, Washington und Melbourne. Zwischen Atlantik und Ural, Spitzbergen und Mittelmeer steht in Offenbach die deutsche Regionalzentrale. Hier laufen Wetterdaten aus den drei Weltzentralen ein.

Wenn beispielsweise die norwegische Wetterbehörde Angaben über das skandinawische Wetter braucht, wendet sie sich an die schwedische Regionalzentrale in Norsköping. Klimawerte vom Atlantik oder vom Mittelmeer kommen in erster Linie aus Offenbach.

Finanziert wird die weltweite Zusammenarbeit der WMO vor allem durch die Wetterdienste der Industrieländer. Denn diese sind an zuverlässigen Wetterdaten aus allen Ecken der Welt besonders interessiert.

